

# die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



[http://phototheque.npa2009.org/sites/default/files/styles/tr\\_s\\_large/public/sites/default/files/00004791.jpg](http://phototheque.npa2009.org/sites/default/files/styles/tr_s_large/public/sites/default/files/00004791.jpg)

## GAZAKRIEG UND DIE FOLGEN

## INHALT

<i>Dossier Gazakrieg</i>	
<b>Ein Verbrechen gegen die Humanität, Gilbert Achcar</b> .....	<b>4</b>
<b>Von der Apartheid zum Völkermord, David Finkel</b> .....	<b>8</b>
<b>Jüdische Vorherrschaft vom Jordan bis zum Mittelmeer, B'Tselem</b> .....	<b>13</b>
<b>Völkermord in Gaza und Angriff auf demokratische Rechte, Hermann Dierkes</b> .....	<b>20</b>
<i>Ökosozialismus</i>	
<b>Zum Entwurf des Ökosozialistischen Manifestes, Daniel Tanuro</b> .....	<b>23</b>
<i>Ökonomie</i>	
<b>Polykrise und Kapitalismus, Norbert Holcblat</b> .....	<b>29</b>
<i>USA</i>	
<b>Autostreiks in den USA, Dan La Botz</b> .....	<b>39</b>
<b>„Rekordprofite bedeuten Rekordverträge“, Dianne Feeley</b> .....	<b>41</b>
<i>Philippinen</i>	
<b>Indigene Völker zwischen allen Interessen, Pierre Rousset</b> .....	<b>46</b>
<i>Indien</i>	
<b>Unabhängigkeit durch Gewaltlosigkeit?, Sushovan Dhar</b> .....	<b>51</b>
<i>Bücher</i>	
<b>Trotzkis Literaturschriften, Helmut Dahmer</b> .....	<b>54</b>
<b>Der Abschied vom historischen Materialismus, Friedrich Voßkuhler</b> .....	<b>57</b>
<b>Ein Plädoyer für den Universalismus, Jakob Schäfer</b> .....	<b>60</b>
<i>Pakistan</i>	
<b>Unterstützung der pakistanischen Online-Zeitung Jeddojehad</b> .....	<b>62</b>
<i>Register</i>	
<b>Register 2023</b> .....	<b>63</b>

## IMPRESSUM

*die internationale* wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss\*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS, Schweiz).

*die internationale* erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor\*innen wieder.

Redaktion:  
Wilfried Dubois, Jochen Herzog,  
Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich  
Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis  
(V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-  
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

<https://www.intersoz.org>  
<https://www.inprekorr.de>

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:  
die internationale  
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln  
Vertrieb:  
[internationale-vertrieb@intersoz.org](mailto:internationale-vertrieb@intersoz.org)

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:  
ISO,  
[iso@intersoz.org](mailto:iso@intersoz.org),  
<https://intersoz.org/>
- Österreich:  
SOAL, Sozialistische Alternative,  
[office@soal.at](mailto:office@soal.at),  
<https://soal.at/>
- Schweiz:  
BFS/MPS, [info@bfs-zh.ch](mailto:info@bfs-zh.ch),  
<https://sozialismus.ch/>

# KONTROLLIERTER VÖLKERMORD

Die ersten Prognosen in Washington und bis zu einem gewissen Grad auch in Jerusalem gingen davon aus, dass Biden von Israel verlangen würde, die hochintensive Bodenoffensive gegen die Hamas bis zum Jahresende zu beenden, und dass die USA die Fortführung des Kriegs in der derzeitigen Form allenfalls noch wenige Wochen hinnehmen würden.

Stattdessen schlagen Biden und Netanjahu nun einen Deal vor: Israel kann kämpfen, solange Hilfsgüter in den Gazastreifen gelangen und Israel weniger Zivilisten tötet. Dafür zögern die USA einen Waffenstillstand weiter hinaus und drängen nicht darauf, dass Israel die Intensität der Kämpfe verringert (*Haaretz*, 25.12.2023).

Netanjahu reagiert prompt und kündigt eine weitere Intensivierung der Offensive an, derweil alle internationalen Hilfsorganisationen die Vernichtung der palästinensischen Bevölkerung durch Aushungern und Epidemien beklagen. Das Ergebnis des famosen israelisch-amerikanischen Deals ist also der kontrollierte Völkermord, der nicht auf dem Verhandlungsweg gestoppt werden wird, sondern nur durch den Druck internationaler Proteste auf diese zynischen Völkermörder.

## Ein Dossier mit 4 Beiträgen

Ein Verbrechen  
gegen die Hu-  
manität  
**SEITE 4**

Von der  
Apartheid zum  
Völkermord  
**SEITE 8**

Jüdische Vor-  
herrschaft vom  
Jordan bis zum  
Mittelmeer  
**SEITE 13**

Völkermord  
in Gaza und  
Angriff auf  
demokratische  
Rechte  
**SEITE 20**

# VERBRECHEN GEGEN DIE HUMANITÄT

**Gilbert Achcar** spricht in diesem Interview, das Thierry Labica für *l'Anticapitaliste la revue* am 11. Oktober 2023 mit ihm geführt hat, über den 7. Oktober, seine Bedeutung im Krieg zwischen Israel und den Palästinenser:innen und unter welchen Umständen diese sich letztlich durchsetzen könnten.

**L'Anticapitaliste: Welche möglichen Szenarien siehst du aus der momentanen Lage der Dinge heraus? Das heißt, einen umfassenden und wohl sehr gut organisierten Angriff der Hamas, der ein offensichtliches Versagen des gesamten israelischen Sicherheits- und Geheimdienstsystems zur Schau gestellt und den Beweis geliefert hat, dass die israelische Sicherheitspolitik, gerade seit der Abriegelung des Gazastreifens, komplett und dauerhaft versagt hat. Wir erleben nun eine Reaktion, die schlimmer zu werden droht als alles, was wir in den letzten Jahren erlebt haben. Siehst du mögliche Szenarien, die über die endgültige Vernichtung des Gazastreifens hinausgehen?**

**Gilbert Achcar:** Wir müssen leider das Schlimmste befürchten. Israel bereitet sich momentan darauf vor, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen. Zweieinhalb Millionen Menschen von Lebensmitteln, Strom und sogar Wasser abzuschneiden, ist an sich schon ein Verbrechen, und ich bin schockiert über die Zurückhaltung, mit der Frankreich darauf reagiert. Es gibt ein absolutes Missverhältnis zwischen der Empörung und dem Entsetzen über das Vorgehen der Hamas und den Reaktionen auf die Äußerungen des israelischen Verteidigungsministers, der die Palästinenser als „Tiere“

bezeichnete, sowie auf die Handlungen der israelischen Regierung, die an sich schon Kriegsverbrechen darstellen, insbesondere die Bombardements, die bereits eine beträchtliche Anzahl ziviler Opfer gefordert haben.

Insofern steht das Schlimmste zu befürchten, aber was ist das Schlimmste? Das Schlimmste ist in diesem Fall der Versuch der israelischen Regierung, die Hamas auszurotten, was die Zerstörung eines großen Teils des Gazastreifens voraussetzen würde. Zumal die israelische Armee all dies mit möglichst geringen Verlusten bewerkstelligen möchte und daher ihre Zerstörungskraft intensiv einsetzen wird, um die Opferzahlen unter den eigenen Streitkräften zu minimieren. Dies ist mit einer schrecklichen Option verbunden, die sich unter dem Vorwand der Ausrottung der Hamas abzeichnet, nämlich der Zwangsumsiedlung eines Großteils der Bevölkerung in Richtung der ägyptischen Grenze oder gar auf ägyptisches Territorium (im Moment ist die Grenze blockiert und geschlossen). Dies bedeutet eine Fortsetzung der Nakba oder eine neue Nakba für den Gazastreifen.

Natürlich wird dies von einer Reihe von Faktoren abhängen. Offensichtlich rechnete die Hamas damit, dass die libanesische Hisbollah in den Konflikt eingreifen und damit den Druck auf Gaza verringern würde. Das ist ein sehr riskantes Unterfangen, denn bislang hat sich die Hisbollah mit eher symbolischen oder begrenzten Handlungen begnügt. Ich glaube nicht, dass die Hisbollah und damit auch der Iran bereit sind, das große Risiko eines regionalen Flächenbrandes einzugehen, der sie sehr teuer zu stehen kommen könnte.

Dieses Szenario könnte sich heute in einer Atmosphäre abspielen, in der nicht nur die Regierungen, sondern sogar die westliche Öffentlichkeit resigniert haben, angesichts des Schocks durch die Ereignisse des 7. Oktober. Es könnte viel weniger Druck auf Israel ausgeübt werden als bei früheren Angriffen Israels auf Gaza. Es gibt heute ein Zusammentreffen von Faktoren, die durch die Operation vom 7. Oktober ausgelöst wurden und die äußerst besorgniserregend sind.

**Du sprichst davon, was dem Gazastreifen wohl bevorsteht und was das für die israelische Gesellschaft selbst bedeutet, nämlich einen Bürgerfrieden, wie er momentan tatsächlich besteht. Vielleicht kannst Du das näher erläutern. Außerdem sprichst Du von der Resignation der öffentlichen Meinung. Zieht sich dieses Phänomen quer durch Europa bis in die USA, die sich**

**letztlich hinter einer rechtsextremen Regierung in Israel scharen, die theokratisch und autoritär geprägt ist und die Annexion der palästinensischen Gebiete anstrebt? Dies wiederum hätte Auswirkungen auf die Politik in Frankreich, Deutschland, Großbritannien etc.**

Ja, es ist in der Tat äußerst beunruhigend, wie zaghaft sich viele zu diesen Ereignissen äußern. Es braucht jetzt fast schon Mut, um zu sagen, dass es ein Kriegsverbrechen ist, eine Zivilbevölkerung einer Nahrungsmittelblockade auszusetzen. Die Reaktionen unterscheiden sich grundlegend von denen auf das russische Vorgehen gegenüber der Ukraine. Hier zeigt sich deutlich die von dir angesprochene Doppelmoral. Diese feiert heute fröhliche Urständ und niemand spürt das mehr als der sogenannte globale Süden, wo man genau erkennt, dass für Israel andere Regeln gelten als für die Rivalen des Westens. Vergleichbar mit dem Burgfrieden in Israel ist in Europa eine unheilige Allianz von den Medien und der herrschenden Politik zur Unterstützung Israels entstanden, etwa in Frankreich, wo der Konsens von der extremen Rechten bis zur Sozialistischen Partei reicht.

Die Menschen reagieren zurecht mit Entsetzen auf die Bilder von den Morden der Hamas, aber sie sollten jedes Mal genauso entsetzt sein, wenn palästinensische Zivilist:innen und Kinder ermordet werden. Edward Said hatte bereits in einem Kommentar zu den westlichen Medien darauf hingewiesen, dass diese bei einem Anschlag in Israel weinende Mütter zeigen, während bei getöteten Palästinenser:innen solche Szenen viel seltener zu sehen sind. Ähnlich verhält es sich mit der Wortwahl: Wenn von israelischen Opfern die Rede ist, heißt es, dass diese „getötet“ wurden, die palästinensischen Opfer hingegen sind bloß „gestorben“.

Man muss kein sonderlicher Medienexperte sein, um zu erkennen, wie einseitig hier alles gesehen wird und dass diese Einseitigkeit nicht auf Werten beruht, wie manche behaupten. Wenn man sich auf Werte stützt, wendet man sie universell an. Die Einseitigkeit der Medien beruht im Wesentlichen auf dem, was ich als „narzisstisches Mitgefühl“ bezeichnet habe, d. h. auf der Identifikation mit denjenigen, die man für seinesgleichen hält. Ich hatte diesen Begriff nach den Anschlägen vom 11. September 2001 verwendet und darauf hingewiesen, wie überwältigend die mediale Aufmerksamkeit in der westlichen Welt war und in welchem Missverhältnis sie zu der Aufmerksamkeit stand, die den weitaus schrecklicheren Geschehnissen in der Dritten Welt gewidmet

wurde, den laufenden Völkermorden, die nicht einmal einen Bruchteil dieser medialen Aufmerksamkeit erhalten.

**Charakteristischer ist vielleicht noch die Berichterstattung zum Jemen seit 2015 ...**

Es gibt noch viel mehr: Etwa den Kongo, wo Millionen von Menschen im Krieg getötet wurden, ohne dass sich jemand darum geschert hätte. All das ist zutiefst verstörend. Wir erleben einen weltweiten Rechtsruck, der an die Zwischenkriegszeit des letzten Jahrhunderts, den Aufstieg des Faschismus und alles, was danach kam, erinnert.

Wir erleben einen Aufstieg der extremen Rechten in ganz eigener Weise, insbesondere die Abwanderung eines großen Teils der US-amerikanischen Wählerschaft nach rechtsaußen. Das ist extrem besorgniserregend. In diesem Zusammenhang werden die jetzigen Ereignisse für Verirrungen sorgen, auf die wir energisch reagieren müssen, ohne uns von der heute vorherrschenden Lynchjustizatmosphäre einschüchtern zu lassen.

**In diesem Zusammenhang komme ich noch einmal auf den von Dir erwähnten Konsens zurück, der uns einerseits vertraut ist und weit zurückreicht und andererseits momentan wieder besonders dominant ist, nachdem die Verteidiger Israels in den letzten zwei Jahren eher kompromittiert waren, weil Israel weltweit zunehmend als faschistoider Apartheidstaat angesehen wurde. Jetzt können viele wieder aus der Reserve heraus treten und die Unterdrückungs- und Abriegelungspolitik letztlich als legitim rechtfertigen: „Seht, was die Hamas und die Palästinenser tun ...“.**

**Die Hamas verkörpert für Joe Biden das Böse schlechthin: Hamas sei noch schlimmer als der Islamische Staat, etc. Aber Hamas ist eine Organisation, die eine eigene Geschichte hat und seit den 1980er Jahren existiert, als sie unter dem Wohlwollen Israels aufkam, um die palästinensische Nationalbewegung zu spalten. Das ist kein Geheimnis. Im Jahr 2017 wurde die Hamas-Charta umgeschrieben und von ihrer früheren antijüdischen Rhetorik befreit, indem sie de facto den Staat Israel und den Plan eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 anerkannte. Die Geschichte der Hamas lässt sich also nicht auf bloßen blutigen Ter-**

## **ror reduzieren. Was hat in Deinen Augen die Hamas zu diesem schrecklichen Vorgehen am 7. Oktober veranlasst und was ist der Hintergrund dieser Aktion?**

Zur Klarstellung: Es war nicht die Hamas, die Israel mehrere Jahre lang gefördert hat, sondern die politische Bewegung, aus der die Hamas hervorgegangen ist, d. h. die Muslimbruderschaft. Über Jahre hinweg – und das ist eine von israelischen Beobachtern anerkannte und belegte Tatsache – hat Israel die Muslimbruderschaft als Gegenmittel zu den PLO-Organisationen hofiert.

Die Muslimbruderschaft war in ihrer Selbstdarstellung pietistisch und befasste sich hauptsächlich mit religiösen Zielen und der Verbreitung religiöser Inhalte und Erziehung entlang von Glaubensfragen. Das passte also gut zum Staat Israel. Aber das war vor ihrem Wandel, der Ende 1987 mit der Gründung der Hamas einsetzte, was für Islamische Widerstandsbewegung steht. Dies war ähnlich wie vor dem 7. Oktober: Es gab eine Zeit der Ruhe und der relativ friedlichen Koexistenz zwischen der Hamas und Israel, einschließlich einer Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen und der Einreisemöglichkeit für Gastarbeiter aus Gaza nach Israel. Insofern wurde Israel vom 7. Oktober komplett überrascht.

Selbst nach der Gründung der Hamas war Israel lange Zeit dazu bereit, die Hamas auf machiavellistische Weise gegen die PLO auszuspielen. Ariel Sharon provozierte die Hamas absichtlich, was nicht sehr schwierig ist, wenn es um gewalttätige Aktionen gegen die israelische Gesellschaft geht. Je mehr die Spannungen zunahm, desto größere politische Vorteile zog Sharon daraus. Die israelische Rechte hat nachweislich die Hamas immer der PLO vorgezogen, einschließlich der Palästinensischen Autonomiebehörde von Mahmoud Abbas. Es mag paradox klingen, aber Mahmoud Abbas, den viele Palästinenser:innen zu Recht als einen palästinensischen Petain betrachten, ist für Israel lästiger als die Hamas für die westlichen Regierungen. Die Hamas, die von den westlichen Staaten als Terrororganisation betrachtet wird, ist der Lieblingsfeind Israels und insbesondere der israelischen Rechten.

Dieses machiavellistische Spiel wurde über viele Jahre hinweg praktiziert. Dabei gewann die Hamas an Popularität, indem sie sich als radikale Opposition zu Israel profilierte, als Alternative zur PLO, die sich auf das Oslo-Abkommen eingelassen hatte, in der Hoffnung auf eine friedliche Lösung und einen unabhängigen palästinensischen Ministaat – zumal die traditionelle palästinensische Führung damit Schiffbruch auf der ganzen Linie erlitten hatte.

Seit einiger Zeit versucht die Hamas, aus der Diskreditierung der Palästinensischen Autonomiebehörde von Mahmoud Abbas Kapital zu schlagen, indem sie spektakuläre Aktionen durchführt, die von Raketenbeschüssen bis hin zum vorläufigen Schlusspunkt am 7. Oktober reichen. Auf diese Weise will sie ihre Hegemonie in der palästinensischen Gesellschaft stärken. In diesem Sinne bereiteten sie den großen Coup am 7. Oktober vor.

Hinzu kommt, dass die Hamas eine religiöse Organisation ist und ihre religiösen Überzeugungen nicht nur zur Schau stellt. Sie ist vielmehr eine fundamentalistische Organisation, die eine Art magisches Denken praktiziert, das für eine bestimmte Art von religiöser Ideologie typisch ist: Gott ist auf unserer Seite und wir können daher enorme Risiken eingehen, da Gott da ist und über uns wacht. Bei der Hamas gilt dieses Denken. Eines der ersten Dinge am Morgen des 7. Oktober war, ein Video zu veröffentlichen, in dem ihre Führung betet, um Gott für den Erfolg der Operation zu danken.

Zu ihrer Vorgehensweise, die viele zivile Opfer forderte, gibt es zwei Dinge zu sagen. Ich weiß nicht, ob es zu ihrem Plan gehörte, ein solches Massaker zu veranstalten. Ich nehme an, dass es ihr Plan und in ihrem Interesse war, so viele Geiseln wie möglich zu nehmen, aber dass diese beträchtliche Zahl ziviler Opfer ein Produkt des Wahnsinns ist, der im Verlauf einer solchen Aktion ausbricht. Sie ist aber auch das Produkt eines über Jahrzehnte angestauten Hasses – des schrecklichen Hasses von Menschen, die unter einer schrecklichen Situation leiden. Gaza ist die Hölle! Und das schon seit langer Zeit. Es ist eine Hölle, die jedes Mal noch infernalischer wird, wenn Israel anfängt, sie zu bombardieren, wie es seit 2006 mehrfach geschehen ist. Man muss die Stimmung verstehen, die in einer solchen Situation entsteht.

Dies rechtfertigt in keiner Weise das Töten von Zivilist:innen. Tatsache ist jedoch, dass Israel ständig Zivilist:innen tötet und Staatsterrorismus betreibt, der im Westen selten verurteilt wird, außer von internationalen Gremien im Namen der Menschenrechte. Staatsterrorismus besteht darin, zuhauf die Zivilbevölkerung zu bombardieren und somit Tausende von Zivilist:innen zu töten. Dieser massenhaft angelegte Staatsterrorismus wird weitaus weniger verurteilt als eine terroristische Aktion einer nichtstaatlichen Gruppe. Hier kommen wir wieder auf die Frage der „doppelten Standards“ zu sprechen. Die Hamas-Kämpfer sind der Meinung, dass sie keinen Grund haben, die israelische Zivilbevölkerung zu verschonen, da Israel die palästinensische nicht verschont. Außerdem

denken sie, dass jeder, der in Israel alt genug ist, um Waffen zu tragen, entweder Soldat oder Reservist ist, weil Israel sich damit rühmt, eine Volksarmee zu haben, was auch stimmt. Fast alle Israelis durchlaufen einen verlängerten Militärdienst, gefolgt von regelmäßigen Einberufungen, und sind in der übrigen Zeit Reservist:innen. Dies führt bei den Palästinensern zu der Sichtweise, dass die Grenze zwischen Zivilisten und Militärs in Israel fiktiv ist. Man muss ihre Logik verstehen, ohne sie natürlich zu teilen.

Ich halte sie natürlich für zutiefst falsch. Die Unterdrückten müssen ihre moralische Überlegenheit gegenüber ihren Unterdrückern geltend machen. Diese moralische Überlegenheit war schon immer ein sehr starkes Element im Kampf der Unterdrückten. Ein gutes Beispiel dafür ist der vietnamesische Widerstand gegen die amerikanische Besatzung, der keine derartigen Operationen praktiziert hat und erst recht nicht gegenüber der US-amerikanischen Gesellschaft: Der vietnamesische Widerstand ging nicht in die USA, um Anschläge zu verüben. Vielmehr versuchte er, die US-amerikanische Öffentlichkeit und insbesondere die Jugend für sich zu gewinnen. Und das gelang ihm zu einem guten Teil. Die US-amerikanische Antikriegsbewegung spielte eine große Rolle für den Erfolg des vietnamesischen Widerstands gegen die US-Besatzung. Ebenso ist es für die Palästinenser von größter strategischer Bedeutung, die israelische Gesellschaft spalten zu können und innerhalb dieser israelischen Gesellschaft denjenigen Auftrieb zu verschaffen, die gegen die Fortsetzung der kolonialen Unterdrückung sind.

Eine solche Operation wie sie die Hamas jetzt mit einem wahllosen Angriff auf Zivilist:innen durchgeführt hat, widerspricht jedoch den strategischen Interessen des palästinensischen Volkes. Letztendlich könnte sie zu einer weiteren Katastrophe für das palästinensische Volk führen. Ich glaube, dass der palästinensische Kampf so nicht gewonnen werden kann und dass sein Höhepunkt und die weltweit größte Wirkung – auch auf die israelische Gesellschaft – die erste Intifada war, bei der sehr bewusst keine Waffen eingesetzt wurden. Die einzigen „Waffen“ der ersten Intifada waren die Steine, die die Jugendlichen auf die Besatzungstruppen warfen. Diese erste Intifada löste eine tiefe Krise im Staat Israel und sogar in der israelischen Armee aus, die so tief war, dass auch Generäle nicht mehr die Armee als Polizei- und Repressionstruppe gegen Zivilist:innen einsetzen wollten. Es gab eine starke weltweite Sympathiebewegung für die palästin-

ensische Sache, die zu diesem Zeitpunkt einen Höhepunkt erreichte. Es geht also in erster Linie um eine strategische und weniger um eine moralische Frage.

**■ Gilbert Achcar** ist im Libanon aufgewachsen, studierte dort und später in Paris Politologie und Soziologie. Seit 2007 ist er Professor für Entwicklungsstudien und Internationale Beziehungen an der School of Oriental and African Studies (SOAS, Universität London).

Aus: *l'Anticapitaliste la revue* von Anfang Oktober 2023

Übersetzung: MiWe



# VON DER APARTHEID ZUM VÖLKERMORD

Die Hamas war Israels Geist in der Flasche, um die palästinensische Autonomiebewegung zu spalten. Doch wohin das Versagen des Zauberlehrlings führte, zeigte sich am 7. Oktober. **David Finkel**

Am Morgen des 7. Oktobers durchbrach die Rachegöttin, zu deren Aufstieg der israelische Staat viel beigetragen hat, die Grenzmauer, die Gazas „Freiluftgefängnis“ vom Süden Israels trennt, und nahm dabei alle Wege unter, auf und über der Erde. Die darauffolgenden brutalen Geschehnisse haben die Tore der Hölle im Nahen Osten noch ein Stück weiter geöffnet.

Dabei wurden eine ganze Reihe von Illusionen zerstört, angefangen bei der größten – dem Glauben der US-Regierung, dass eine „Normalisierung“ der Beziehungen zwischen Israel und Saudi-Arabien sowie anderen arabischen Golfmonarchien Palästina aus dem Blickfeld verschwinden lassen würde. Damit sind wir gleich bei der wesentlichen Erkenntnis, dass die US-Politik, die Israel die fortdauernde Zerstörung Palästinas und der Hoffnungen der dortigen Bevölkerung ermöglicht hat, den seit 100 Jahren andauernden palästinensisch-zionistischen Konflikt zu einer permanenten Krise mit wenig Hoffnung auf eine Lösung gemacht hat.

Zum jetzigen Zeitpunkt sind die Risiken eines noch größeren Krieges in der gesamten Region, an dem keine Regierung interessiert sein kann, noch unbekannt – „Gott bewahre“, wie Professor Rashid Khalidi<sup>1</sup> sagt. Aber was täglich dort geschieht, ist mehr als entsetzlich und braucht hier nicht erzählt zu werden, denn nur allzu klar ist, wohin es führt. Deswegen sind auch Millionen von Menschen in aller Welt auf die Straßen gegangen, um ein Ende des Gemetzels in Gaza zu fordern. [...]

Vorbei ist die trügerische Sicherheit Israels infolge der „unüberwindbaren“ Mauern, der erstklassigen Überwachungstechnologie, der allgegenwärtigen Geheimdienste und der Gewissheit, dass massive Vergeltungsmaßnahmen die Hamas „abschrecken“ würden, wie ein hochrangiger

israelischer Funktionär wiederholt geprahlt hat. An ihre Stelle ist die noch tödlichere Illusion getreten, dass die versprochene „vollständige Zerstörung“ der Hamas, die nicht ohne Zehn- und wahrscheinlich Hunderttausende von Toten im Gazastreifen zu bewerkstelligen ist, für Sicherheit sorgen wird.

Auch die Illusion einiger pro-palästinensischer Aktivist:innen, der Angriff der Hamas sei ein Fortschritt für den Widerstand und den Befreiungskampf, muss kritisiert werden. Alles in allem ist der Tod von 1400 [die Zahl wurde inzwischen auf 1200 korrigiert, AdÜ] Israelis, zumeist Zivilist:innen, für die israelische Bevölkerung katastrophal, bedroht aber nicht den Staat. Darauf wird weiter unten eingegangen.

## Die angekündigte Katastrophe

Die israelische Regierung von Benjamin „Mr. Security“ Netanjahu ist die rassistischste, undemokratischste, inkompetenteste und eine der korruptesten in der Geschichte des Landes – auch wenn es mehrere Anwärter auf diesen Titel gibt. Wahrscheinlich ist sie jetzt auch diejenige, die am meisten für ihre katastrophalen Misserfolge geschmäht wird.

Tatsächlich folgen die israelischen Massenbombardements und die Invasion des Gazastreifens vor allen anderen Erwägungen nur einer einzigen Priorität: Netanjahus Koalition an der Macht zu halten und ihn selbst vor dem Gefängnis zu bewahren, das ihm wegen zahlreicher Korruptionsfälle droht. Weder Palästinenser:innen noch Israelis noch das Leben der Geiseln können diesem obersten Ziel in die Quere kommen.

Da die Koalition von der Unterstützung der faschistischen, offen für eine ethnische Säuberung eintretenden Minister der Parteien „Jüdische Stärke“ und „Der religiöse Zionismus“ Itamar Ben-Gvir und Bezalel Smotrich abhängt, sind die Dimensionen des Krieges buchstäblich völkermörderisch. Dieses Potenzial war in der israelischen Politik schon immer vorhanden, aber Netanjahus Bestreben, ein politisches Amt zu bekleiden, um sich vor Strafverfolgung zu schützen (kommt das nicht bekannt vor?), setzt sich über alle Grenzen einer totalen Zerstörung hinweg, die die Weltpolitik und die Interessen der USA normalerweise auferlegen würden.

Mustafa Barghuti, Arzt in Ramallah und Präsident der Palästinensischen Nationalen Initiative, hat wiederholt vor einem Szenario gewarnt (z. B. in Democracy Now vom 19. Oktober), in dem Israel den nördlichen Gazastreifen entvölkert und annektiert und dann zur ethnischen Säube-



zung und Annexion des Westjordanlandes übergeht. „Ich hätte nie gedacht, dass Israel im 21. Jahrhundert ethnische Säuberungen durchführen würde“, sagt Dr. Barghuti, „aber ich gebe zu, dass ich mich geirrt habe.“ [...]

Unter dem unmittelbaren Schock des 7. Oktober, als die Berichte aus dem Süden Israels in weiten Teilen der Welt und insbesondere in den USA kursierten, konnte man erleben, wie sich die jahrelang vorhandene Unterstützung für die unter der Besatzung leidende palästinensische Bevölkerung in Luft auflöste. Das Ausmaß und die Brutalität der Hamas-Morde weckten spontane Sympathie für Israel. Innerhalb einer Woche verwandelten Israels massive Bombardements, die „totale Abriegelung“ und die bevorstehende Invasion des Gazastreifens einen Großteil dieser Sympathie in Abscheu.

Seitdem bekommen wir ständig zu hören, dass das „Recht Israels, sich selbst zu verteidigen“, schwerer wiegt als die zugrunde liegenden und historischen Bedingungen, die zu der gegenwärtigen Situation geführt haben. All das kann warten, bis „der Hamas-Terror ein für alle Mal beendet ist“.

Bei allem Respekt muss ich darauf bestehen, dass das Gegenteil der Fall ist. Da die israelische Apartheid den Weg in Richtung Völkermord einschlägt, vor dem viele Beobachter als durchaus mögliche Konsequenz gewarnt haben, kann man nicht wissen, wohin dieses Vorgehen führt, ohne zu verstehen, woher es kommt.

### Die Geburtshelfer des Fundamentalismus

Im Frühjahr 1982 reiste ich mit einer Delegation linker Journalist:innen in die besetzten palästinensischen Gebiete und nach Israel, wo wir die Bir Zeit Universität im besetzten Westjordanland besuchten. Wie uns die nationalistischen Student:innen – Anhänger der Palästinensischen Befreiungsorganisation – erzählten, kam zu den israelischen Blockaden und ständigen Schikanen gegen die Schule hinzu, dass die israelischen Behörden den rechten Islamisten aus dem Gazastreifen freien Zugang gewährten, um die Student:innen auf dem Campus zu drangsaliieren.

Das war bereits ein unheilvoller Vorgeschmack auf Israels Vorliebe für den islamischen Fundamentalismus gegenüber dem palästinensischen Nationalismus. Diese zynische Masche mit dem „Lieblingsfeind“ war dem nicht unähnlich, was die USA im gleichen Zeitraum taten – sie unterstützten Osama bin Ladens islamisch-fundamentalistische Kräfte in Afghanistan gegen die Sowjets, aus denen sich später al-Qaida entwickelte, die letztlich die Anschläge vom 11. September 2001 verüben sollte.

Unsere Gespräche in Bir Zeit fanden nur wenige Monate vor der israelischen Invasion des Libanon statt, die im September in den Massakern in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila und der Vertreibung der PLO aus Beirut gipfelte.

Dies war eine schwere Niederlage für den palästinensischen Nationalismus und führte im Libanon (mit iranischer Unterstützung) zugleich zum Aufstieg der schiitisch-fundamentalistischen Hisbollah-Bewegung, die später zu Israels wichtigstem militärischem Gegner wurde und noch immer ist.

Die Hamas (ein arabisches Akronym für Islamische Widerstandsbewegung) wurde 1987 als Gaza-Ableger der in Ägypten ansässigen Muslimbruderschaft gegründet. Mitte der 2000er Jahre erstarkte die Hamas und füllte das Vakuum, das durch den Niedergang der palästinensischen Linken und die erfolgreich von Israel und den USA betriebene Umwandlung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA, die nach den Osloer Abkommen von 1993 gegründet wurde) zum Kollaborateur der Besatzungsmacht entstanden war.

Während sich die israelischen Siedlungen wie ein Krebsgeschwür im Westjordanland unkontrolliert ausbreiteten, kam es im Jahr 2006 zu einem bemerkenswerten politischen Umbruch in Palästina. Eine Wahl im Westjordanland und im Gazastreifen, bei der es um die Führung der Palästinensischen Autonomiebehörde ging, wurde vom Carter Center für frei und fair erklärt und galt weithin als demokratisches Musterbeispiel für den Nahen Osten.

Zur Überraschung aller – einschließlich der Hamas selbst – gewann die islamistische Bewegung und besiegte die führende PLO-Fraktion (Fatah). Die entsetzte US-Senatorin Hillary Clinton beklagte, dass die USA es versäumt hätten, für ein anderes Wahlergebnis zu sorgen.

Jassir Arafat, langjähriger Führer der PLO und Symbol des palästinensischen Nationalismus, war 2004 gestorben (höchstwahrscheinlich durch israelische Agenten vergiftet, obwohl Mord als Todesursache nie bestätigt wurde). Zumal die Popularität der PLO in der Bevölkerung erheblich am Schwinden war, waren sich beide Parteien der realen Schwäche ihrer Wählerbasis durchaus bewusst, da auch die meisten Menschen nicht aus Überzeugung für eine islamisch-fundamentalistische Ideologie gestimmt hatten, sondern aus Protest gegen die Inkompetenz und Korruption der PA und der PLO.

Dementsprechend begannen Fatah und Hamas mit der Bildung einer palästinensischen Einheitsregierung. Diese Praxis politischer Demokratie in Palästina war für die USA

und Israel absolut inakzeptabel. Was dann geschah, hat der Journalist David Rose in seinem investigativen Bericht „The Gaza Bombshell“ (Vanity Fair, April 2008) beschrieben. Wie die Einleitung des Artikels zusammenfasst:

„Nachdem das Weiße Haus den Sieg der Hamas über die Fatah bei den palästinensischen Wahlen 2006 nicht beizeiten kommen gesehen hat, hat es ein weiteres skandalöses, verdecktes und selbstzerstörerisches Szenario für Nahost ausgeheckt: halb Irangate<sup>2</sup>, halb Schweinebucht. Anhand vertraulicher Dokumente, die von empörten ehemaligen und gegenwärtigen US-Beamten bestätigt wurden, enthüllt der Autor, wie Präsident Bush, Condoleezza Rice und der stellvertretende nationale Sicherheitsberater Elliott Abrams eine bewaffnete Truppe unter dem starken Mann der Fatah Muhammad Dahlan unterstützten und damit einen blutigen Bürgerkrieg im Gazastreifen auslösten, aus dem die Hamas stärker denn je hervorging.“

Der Staatsstreich scheiterte, so dass der Rest der PLO die Palästinensische Autonomiebehörde in den ihr verbliebenen Resten des Westjordanlandes verwaltete. Die Hamas hingegen festigte ihre Kontrolle über Gaza.

Seitdem steht der Landstreifen unter zunehmend verschärfter israelischer Belagerung, regelmäßigen Operationen, die von den israelischen Behörden als „Grasmähen“ bezeichnet werden, mit gezielten Tötungen und Bombardements der zivilen Infrastruktur, einer auf das Existenzminimum beschränkten Lebensmittelversorgung, einer Stromversorgung von wenigen Stunden pro Tag, einer Versorgung mit zunehmend ungenießbarem Trinkwasser und einer Terrorisierung, die in Norman Finkelsteins Buch in unerträglicher, aber unerlässlicher Ausführlichkeit beschrieben wird: *Gaza. An Inquest into its Martyrdom* (University of California Press, 2018).

Die in einem Freiluftgefängnis eingepferchte Bevölkerung des Gazastreifens, die zum größten Teil aus Flüchtlingen und deren Nachkommen aus der massenhaften Enteignung und Vertreibung der Palästinenser:innen aus Israel im Jahr 1948 besteht, ist auf zweieinhalb Millionen Menschen in einem Landstreifen von der Größe Detroits angewachsen. Nach jeder Zerstörungsrunde wird ein teilweiser Wiederaufbau aus Quellen in der arabischen Welt, vor allem Katar, und von einigen internationalen Organisationen finanziert.

Die Hamas selbst war bestrebt, ihre ideologische Ablehnung der Existenz Israels mit den harten Fakten ihrer Regierungsverantwortung in Einklang zu bringen. Insbesondere ihr politischer Flügel signalisierte die Bereitschaft, mit einer Art Zweistaatenlösung zu leben, wenn dies dem

Willen des palästinensischen Volkes entsprach. Die israelische Führung, gleich welcher politischen Couleur, zeigte kein Interesse daran. Ein paar Brosamen an Hilfsgütern und die Schaffung einer Handvoll Arbeitsplätze in Israel für die verzweifelten Arbeiter:innen aus dem Gazastreifen sollten sicherstellen, was Israel zynisch als „Ruhe gegen Ruhe“ bezeichnete.

Die israelischen Behörden waren mit der Stabilität des Status quo so zufrieden, dass sie vertrauensvoll Militäreinheiten verlegten, um fanatischen Siedlern im Westjordanland zu dienen und sie zu schützen, während diese palästinensische Dörfer überfielen und plünderten, Felder niederbrannten und unbezahlbare Olivenbäume entwurzten. Die Städte im Süden Israels wurden kaum noch bewacht. Aber was konnte vor dem 7. Oktober schon schief gehen?

### Ein brutaler Weckruf

Man kommt nicht umhin, sich den harten Fakten des 7. Oktobers und seiner Folgen zu stellen. Die außergewöhnliche Organisation, die geheime Vorbereitung, die Komplexität und die schiere Wucht des Hamas-Anschlags haben die ganze Welt buchstäblich schockiert.

Das Gleiche gilt für die extreme Brutalität der begangenen Massenmorde. Sofern es nicht zu einem Zusammenbruch der Befehls- und Kontrollstrukturen gekommen ist, scheint der Hauptzweck des Angriffs darin bestanden zu haben, Menschen zu töten – mehr noch als Gefangene zu machen, um sie gegen mehr als sechstausend palästinensische Gefangene (darunter 360 Kinder) auszutauschen, die in Israel festgehalten werden, viele von ihnen in „Verwaltungshaft“ ohne Anklage oder Prozess.

Behauptungen, dass einige israelische Bürger:innen bei den Angriffen der Armee zur Wiedererlangung der Kontrolle getötet worden sein könnten, etwa: „Eine wachsende Zahl von Berichten deutet darauf hin, dass israelische Streitkräfte für den Tod von israelischen Zivilist:innen und Militärs bei dem Angriff vom 7. Oktober verantwortlich sind“<sup>3</sup>, sind unbestätigt, wären aber in der Geschichte Israels im Umgang mit Geiselnahmen nicht neu.

Jedenfalls aber sind die breit angelegten Morde am 7. Oktober durch militante Hamas-Kämpfer ausführlich durch Aufnahmen von Bodycams und Smartphones sowie durch Berichte von Überlebenden dokumentiert. Dabei wurden wahllos Familien in ihren Häusern abgeschlachtet, so wie viele Zivilisten getötet wurden, obwohl sie eigentlich hätten gefangen genommen werden können.

Das Ausmaß des Massakers, das kein offensichtliches strategisches Ziel verfolgt, macht daraus eine abscheuliche Aktion, die nichts mit der Förderung des palästinensischen Widerstands oder irgendeinem fortschrittlichen Anliegen zu tun hat.

Hamas hat damit eine noch erschreckendere Gleichgültigkeit gegenüber der Vernichtung der Zivilbevölkerung des Gazastreifens bewiesen, die diese Aktion unweigerlich nach sich ziehen würde. Inwiefern könnte dies den Kampf „voranbringen“?

Zu den moralischen und politischen Verbrechen der Hamas gehört auch das Versäumnis, angesichts der wiederholten israelischen Luft- und Bodenangriffe zivile Luftschutzbunker zu errichten und eine Notversorgung zu organisieren.

Die Anhänger der palästinensischen Befreiungsbewegung müssen sich damit auseinandersetzen, was dies über das wahre Wesen der Hamas und die Art und Weise, wie sie in Gaza regiert, aussagt. Die Anerkennung des unabdingbaren Rechts unterdrückter Völker auf Widerstand, auch mit Waffen, entbindet uns nicht von der Verantwortung, die Methoden und die Politik der Kräfte zu analysieren, die in ihrem Namen handeln.

Das Verbrechen ist umso größer, wenn, wie einige Beobachter vermuten, ein Ziel des Hamas-Angriffs darin bestand, Israel absichtlich zu einer Bodenoffensive zu bewegen. Gingen die militärischen und politischen Führer der Hamas etwa davon aus, dass ihnen Staaten aus der Region zu Hilfe kommen würden?

Wie zu erwarten, hat die enorme Macht der israelischen Militärmaschinerie mit voller Unterstützung der USA die 1200 israelischen Todesopfer des 7. Oktober schnell in den Schatten gestellt. Die Zahl der palästinensischen Opfer, die allein in den ersten Tagen der israelischen Vergeltungsbombardements und der „totalen Abriegelung“ infolge von Netanjahus Versprechen, die Hamas „auszulöschen“ und „den Gazastreifen für immer und auf Generationen hinaus zu verändern“, ums Leben gekommen sind, hat sich rasch verdoppelt. Zum jetzigen Zeitpunkt schätzt das Gesundheitsministerium von Gaza die Zahl der Todesopfer unter den Palästinensern auf über 8000.

Das war vor der Bodeninvasion in Gaza, bevor die Krankenhäuser den letzten Treibstoff für die Generatoren verbraucht haben und bevor Israel die Menschen bombardiert hat, die seinem Befehl gefolgt sind, in den Süden zu fliehen. Welches Ziel verfolgt Israel eigentlich damit?

Erst hat Israel den Aufstieg der Kräfte, aus denen die Hamas hervorgegangen sind, ermöglicht. Und nun soll diese „eliminiert“ werden können, ohne dass mindestens Zehntausende von Zivilisten im Gazastreifen abgeschlachtet und wahrscheinlich Hunderttausende zwangsumgesiedelt werden? Wohin sollen sie denn gehen?

Wer, wenn überhaupt, wird den Gazastreifen dieses Mal wieder aufbauen? Wird ein „kleinerer Gazastreifen mit weniger Menschen“, wie ein israelischer Regierungsminister verspricht, die israelische Illusion von Sicherheit wiederherstellen? Beabsichtigt Israel, die Region wieder zu besetzen oder ihn einer völlig diskreditierten palästinensischen Autonomiebehörde zu überlassen, einem erbärmlichen Kollaborateur der Besatzungsmacht?

In der Presse werden all diese obszönen Szenarien und noch weitere propagiert, die alle auf der Aufrechterhaltung der israelisch-kolonialistischen Apartheidherrschaft beruhen.

## Die Reaktionen

Inmitten des weltweiten Aufschreis nach einem sofortigen Waffenstillstand hat das US-Außenministerium seinem Personal verboten, diesen Begriff auch nur zu erwähnen. Abgesehen von der „Solidarität mit Israel“ und noch mehr Waffenlieferungen, die das Land nicht einmal bräuchte, um den Gazastreifen mehrfach zu zerstören, scheint der Plan der USA darin zu bestehen, die „Normalisierung“ der israelisch-saudi-arabischen Beziehungen auf den rauchenden Trümmern von Israels Krieg gegen Palästina fortzusetzen.

Joe Biden verkündet die Binsenweisheit, dass „die Hamas nicht das palästinensische Volk repräsentiert ...“. In der Tat deuten die verfügbaren Umfragen darauf hin, dass die Hamas von etwa 20 % der Bevölkerung des Gazastreifens unterstützt wird, vielleicht sogar noch weniger.<sup>4</sup>

Aber solche US-Verlautbarungen passen kaum zu den Äußerungen des israelischen Staatspräsidenten Herzog, dass „Gaza gleich Hamas ist“, oder von Benjamin Netanjahu, der bei den Vereinten Nationen eine Flagge zeigt, die Groß-Israel einschließlich Gaza und Westjordanland zeigt. So sieht das Ergebnis von Bidens Versprechen, Israel massive neue Militärhilfen zu gewähren, konkret aus.

In der Zwischenzeit hat die neue Katastrophe die Polarisierung der jüdischen Gemeinde in den USA in Bezug auf Israel und Palästina offenbart und vertieft. In der Woche vom 16. Oktober haben Jewish Voice for Peace, IfNotNow und andere jüdische Solidaritätsorganisationen am Montag die Ausgänge des Weißen Hauses blockiert und am Mittwoch den Capitol Hill gestürmt, um einen soforti-

gen Waffenstillstand zu fordern, und zwar mit Aktionen von nie dagewesenem Ausmaß. Das von der JVP initiierte Massen-Sit-in am 27. Oktober legte die New Yorker Grand Central Station lahm und führte zu über 400 Verhaftungen.

Eine typische Reaktion des jüdischen Establishments hingegen erschien in der *Detroit Free Press* (Sonntag, 16. Oktober) von Rabbi Asher Lopatin, der zu Unrecht den Ruf einer moderaten und versöhnlichen Stimme genießt:

„Die groß angelegte Ermordung von Familien – Babys, Kinder, Mütter und Großmütter – durch die Hamas war die schlimmste Katastrophe, die unser Volk seit dem Holocaust an einem Tag erlebt hat. Sie weckte Erinnerungen an die Pogrome in Osteuropa vor und nach der russischen Revolution, als Juden in brutalen Razzien angegriffen und getötet wurden. Aber dieses Mal war es noch extremer, so wie die Brutalität des IS, bloß dass dieses Mal der IS die Juden trifft.“

Hier fehlt, gelinde gesagt, der historische Kontext! Die jüdischen Gemeinden, die von Pogromen in Europa betroffen waren, ganz zu schweigen vom Völkermord der Nazis, waren nicht nur wehrlos, sondern – was noch wichtiger ist – hatten nichts mit der Schaffung der Bedingungen zu tun, die zu ihrer Ermordung führten.

Die israelischen Opfer des Hamas-Angriffs, die an sich sicherlich unschuldig waren, waren Bürger des selbsternannten „Nationalstaates des jüdischen Volkes“ – eines Staates, der nicht nur behauptete, sie zu verteidigen, sondern auch die Bedingungen für ihre Ermordung schuf und dazu beitrug, die Kräfte erst auf den Weg zu bringen, die das Massaker vom 7. Oktober verübten.

Vergleiche der Hamas mit IS, wie Netanjahus Behauptung, dass „Hamas gleich IS ist“ (und Bidens Geschwätz, dass „diese Typen Al-Qaida unschuldig aussehen lassen“), liefern einen Deckmantel für einen Krieg ohne Grenzen oder Zurückhaltung, währenddessen die Gräueltaten der Siedler im Westjordanland von Tag zu Tag eskalieren. Es ist zutreffender, die Hamas und die israelischen Besatzer als asymmetrische, aber symbiotische Tanzpartner in einer Todesspirale zu bezeichnen.

Man kann sagen, dass die israelische Regierung und die Hamas, jeder aus seinen eigenen Gründen, den gegenwärtigen Krieg gewollt haben und die USA entweder nicht willens oder unfähig sind, ihn zu verhindern. Andererseits will keiner der staatlichen Akteure die Apokalypse eines regionalen Krieges – nicht Israel, nicht Saudi-Arabien oder Iran, schon gar nicht der Libanon, der vernichtet würde, und auch nicht die USA.

Wenn aber die Staaten und/oder ihre Adlanten blindlings in einen regionalen Krieg taumeln, dann weiß niemand, wohin er führen wird und wie weit dadurch die Pforten der Hölle geöffnet werden könnten.

Die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand für den Gazastreifen ist zur zentralen Priorität der globalen Bewegung geworden. Die sich weltweit ausbreitende Empörung und der wachsende Protest von Palästinensern, Arabern, progressiven Teilen der jüdischen Gemeinde und anderen solidarischen Verbündeten in den USA sind im Moment die beste Hoffnung, den Weg zum Völkermord zu blockieren.

30. Oktober 2023

David Finkel ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift *Against the Current* (Detroit, USA) und in „Jewish Voice for Peace“ aktiv.

Aus *Against the Current* vom November-Dezember 2023

Übersetzung: MiWe

**1** Rashid Khalidi, 1948 in New York geboren, ist ein US-amerikanischer Historiker palästinensischer Herkunft mit dem Schwerpunkt auf der Geschichte des Nahen Ostens. Er hat den Lehrstuhl Edward Said an der Columbia Universität inne und leitet dort die Nahost-Abteilung.

**2** Die Iran-Contra-Affäre, in Anlehnung an die Watergate-Affäre auch Irangate genannt, war ein politisch-militärischer Skandal während der zweiten Amtszeit von US-Präsident Ronald Reagan. Von der Reagan-Regierung wurden Einnahmen aus geheimen Waffenverkäufen unter Umgehung des Embargos an den Iran an die rechtsgerichtete Guerilla-Bewegung der Contras in Nicaragua weitergeleitet, um sie entgegen eines bestehenden Verbots im Contra-Krieg gegen die sandinistische Regierung zu unterstützen

**3** *Mondoweiss* vom 22. Oktober 2023

**4** Jim Zogby vom Arab American Institute schätzt die Zahlen eher auf 11 %. Siehe auch Amaney A. Jamal und Michael Robbins, „What Palestinians Really Think of Hamas“, *Foreign Affairs*, 25. Oktober 2023. Diese neue Umfrage wurde kurz vor dem 7. Oktober durchgeführt, als der Krieg zwischen Israel und Gaza ausbrach. Sie zeigt auch, dass sowohl Hamas als auch Fatah von nicht mehr als 30 % unterstützt werden und nach den meisten Maßstäben sogar noch viel weniger.

# JÜDISCHE VOR- HERRSCHAFT VOM JORDAN BIS ZUM MITTELMEER

Das 2021 entstandene Papier der israelischen Menschenrechtsorganisation zeigt, wie sich in Israel ein Apartheidsystem entwickelt und verfestigt hat - ein Begriff, der im heutigen Klima der bundesdeutschen Version des McCarthyismus vom Staatsschutz geahndet wird. **B'Tselem**

Mehr als 14 Millionen Menschen, etwa die Hälfte davon Juden und die andere Hälfte Palästinenser, leben zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer unter einem einzigen Regime. Im öffentlichen, politischen, rechtlichen und medialen Diskurs herrscht die Auffassung vor, dass in diesem Gebiet, das durch die Grüne Linie getrennt ist, zwei verschiedene Regime nebeneinander existieren. Das eine Regime innerhalb der Grenzen des souveränen Staates Israel ist eine dauerhafte Demokratie mit einer Bevölkerung von etwa neun Millionen, die alle israelische Staatsbürger sind. Das andere Regime in den Regionen, die sich Israel 1967 einverleibt hat und deren endgültiger Status auf dem Verhandlungsweg geklärt werden soll, befindet sich unter einstweiliger militärischer Besatzung, die Israel etwa fünf Millionen palästinensischen Untertanen aufgezwungen hat.

Mit der Zeit hat sich die Unterscheidung zwischen den beiden Regimen von der Realität entfernt. Dieser Zustand besteht seit mehr als 50 Jahren – doppelt so lange, wie der Staat Israel ohne ihn existierte. Hunderttausende von jüdischen Siedlern leben heute in dauerhaften Siedlungen östlich der Grünen Linie so, als ob sie westlich davon wären. Ostjerusalem wurde offiziell in Israels Hoheitsgebiet integriert und das Westjordanland de facto annektiert. Vor allem aber verschleiert diese Unterscheidung

die Tatsache, dass das gesamte Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan nach einem einzigen Prinzip organisiert ist: die Förderung und Festigung der Vorherrschaft einer Gruppe – der Juden – über eine andere – die Palästinenser. All dies lässt den Schluss zu, dass es sich nicht um zwei parallele Regime handelt, die nur zufällig dasselbe Prinzip verfolgen. Vielmehr gibt es bloß ein Regime, das das gesamte Gebiet und die darin lebenden Menschen regiert, basierend auf einem einzigen Organisationsprinzip.

Als B'Tselem 1989 gegründet wurde, beschränkte sich unser Mandat auf das Westjordanland (einschließlich Ost-Jerusalem) und den Gazastreifen, und wir verzichteten darauf, uns mit den Menschenrechten innerhalb des 1948 gegründeten Staates Israel zu befassen oder einen umfassenden Ansatz für das gesamte Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer zu verfolgen. Doch die Situation hat sich geändert. Das Organisationsprinzip des Regimes hat in den letzten Jahren an Sichtbarkeit gewonnen, was sich in dem Grundgesetz widerspiegelt: „Israel – der Nationalstaat des jüdischen Volkes“, das 2018 verabschiedet wurde. Oder die offene Diskussion über die formelle Annexion von Teilen des Westjordanlandes im Jahr 2020. Zusammen mit den oben beschriebenen Fakten bedeutet dies, dass das, was in den besetzten Gebieten geschieht, nicht mehr getrennt von der Realität in dem gesamten Gebiet unter israelischer Kontrolle behandelt werden kann. Die Begriffe, die wir in den letzten Jahren zur Beschreibung der Situation verwendet haben – wie „verlängerte Besatzung“ oder „Ein-Staat-Realität“ – sind nicht mehr angemessen. Um die Menschenrechtsverletzungen weiterhin wirksam bekämpfen zu können, ist es unerlässlich, das Regime, das das gesamte Gebiet beherrscht, zu untersuchen und zu definieren.

In diesem Papier wird analysiert, wie das israelische Regime arbeitet, um seine Ziele in dem gesamten von ihm kontrollierten Gebiet durchzusetzen. Wir geben keinen historischen Rückblick oder eine Bewertung der palästinensischen und jüdischen Nationalbewegungen oder des früheren südafrikanischen Regimes. Dies sind zwar wichtige Fragen, aber sie liegen außerhalb des Aufgabenbereichs einer Menschenrechtsorganisation. Vielmehr werden in diesem Dokument die Grundsätze dargelegt, von denen sich das Regime leiten lässt, es wird aufgezeigt, wie es diese umsetzt, und es wird auf die Schlussfolgerung hingewiesen, die sich aus all dem ergibt, wie das Regime zu definieren ist und was dies für die Menschenrechte bedeutet.

## Teilen, trennen, herrschen

Im gesamten Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan wendet das israelische Regime Gesetze, Praktiken und staatliche Gewalt an, um die Vorherrschaft einer Gruppe – der Juden – über eine andere – die Palästinenser – zu festigen. Eine wichtige Methode zur Verfolgung dieses Ziels ist die unterschiedliche Gestaltung des Raums für jede Gruppe.

Jüdische Bürger leben so, als wäre das gesamte Gebiet ein und derselbe Raum (mit Ausnahme des Gazastreifens). Die Grüne Linie bedeutet für sie so gut wie nichts: Ob sie westlich davon, innerhalb des souveränen Territoriums Israels, oder östlich davon, in Siedlungen, die nicht formell an Israel angegliedert sind, leben, ist für ihre Rechte oder ihren Status irrelevant.

Wo die Palästinenser leben, ist dagegen entscheidend. Das israelische Regime hat das Gebiet in mehrere Einheiten aufgeteilt, die es unterschiedlich definiert und verwaltet und in denen die Palästinenser jeweils unterschiedliche Rechte haben. Diese Aufteilung ist nur für Palästinenser relevant. Der geografische Raum, der für Juden zusammenhängend ist, ist für Palästinenser ein fragmentiertes Mosaik:

- Palästinenser, die auf dem 1948 als israelisches Hoheitsgebiet definierten Land leben (manchmal als arabisches Israel bezeichnet), sind israelische Staatsbürger und machen 17 % der Staatsbürgerschaft aus. Obwohl dieser Status ihnen viele Rechte einräumt, genießen sie weder nach dem Gesetz noch in der Praxis die gleichen Rechte wie jüdische Bürger – wie in diesem Dokument näher erläutert.

- Rund 350 000 Palästinenser leben in Ostjerusalem, das aus etwa 70 000 Dunam [1 Dunam = 1000 Quadratmeter] besteht, die Israel 1967 seinem Hoheitsgebiet einverleibt hat. Sie gelten als ständige Einwohner Israels – ein Status, der es ihnen ohne Sondergenehmigung ermöglicht, in Israel zu leben und zu arbeiten, Sozialleistungen und eine Krankenversicherung zu erhalten und an den Kommunalwahlen teilzunehmen. Die Daueraufenthalts-genehmigung kann jedoch, anders als die Staatsbürgerschaft, jederzeit nach dem Ermessen des Innenministers widerrufen werden. Unter bestimmten Umständen kann sie auch erlöschen.

- Obwohl Israel das Westjordanland nie formell annektiert hat, behandelt es das Gebiet wie sein eigenes. Mehr als 2,6 Millionen Palästinenser leben im Westjordanland in Dutzenden von voneinander getrennten Enklaven unter strenger Militärrherrschaft und ohne politische Rechte.

In etwa 40 % des Gebiets hat Israel einige zivile Befugnisse an die Palästinensische Behörde (PA) übertragen. Die PA ist jedoch nach wie vor Israel unterstellt und kann ihre begrenzten Befugnisse nur mit Israels Zustimmung ausüben.

- Im Gazastreifen leben etwa zwei Millionen Palästinenser, denen ebenfalls politische Rechte verweigert werden. Im Jahr 2005 zog Israel seine Streitkräfte aus dem Gazastreifen ab, löste die dort errichteten Siedlungen auf und gab jegliche Verantwortung für das Schicksal der palästinensischen Bevölkerung auf. Nach der Machtübernahme durch die Hamas im Jahr 2007 verhängte Israel eine Blockade über den Gazastreifen, die immer noch in Kraft ist. In all diesen Jahren hat Israel weiterhin fast jeden Aspekt des Lebens in Gaza von außen kontrolliert.

Israel gewährt den Palästinensern in jeder dieser Einheiten ein anderes Bündel von Rechten – aber alle sind geringer als die, die jüdischen Bürgern gewährt werden. Das Ziel der jüdischen Vorherrschaft wird in jeder Einheit anders verfolgt, und die sich daraus ergebenden Formen der Ungerechtigkeit sind unterschiedlich: Die Lebenserfahrung der Palästinenser im blockierten Gazastreifen unterscheidet sich von der palästinensischer Untertanen im Westjordanland, ständiger Einwohner in Ostjerusalem oder palästinensischer Bürger auf israelischem Hoheitsgebiet. Dies sind jedoch nur Variationen der Tatsache, dass alle Palästinenser, die unter israelischer Herrschaft leben, in Bezug auf ihre Rechte und ihren Status gegenüber den Juden, die in demselben Gebiet leben, als minderwertig behandelt werden.

Im Folgenden werden vier Hauptmethoden beschrieben, die das israelische Regime zur Durchsetzung der jüdischen Vorherrschaft einsetzt. Zwei davon werden im gesamten Gebiet in ähnlicher Weise angewandt: die Beschränkung der Migration von Nicht-Juden und die Aneignung von palästinensischem Land, um ausschließlich jüdische Gemeinden zu errichten, während Palästinenser auf kleine Enklaven verwiesen werden. Die beiden anderen werden vor allem in den besetzten Gebieten umgesetzt: drakonische Einschränkungen der Bewegungsfreiheit von Palästinensern, die nicht die Staatsbürgerschaft besitzen, und Verweigerung ihrer politischen Rechte. Die Kontrolle über diese Aspekte des Lebens liegt vollständig in den Händen Israels: Im gesamten Gebiet hat Israel die alleinige Macht über das Bevölkerungsregister, die Landzuteilung, die Wählerverzeichnisse und das Recht (oder die Verweigerung desselben), sich innerhalb des Gebiets zu bewegen, es zu betreten oder zu verlassen.

## A. Einwanderung – nur für Juden

Jeder Jude auf der Welt und seine Kinder, Enkelkinder und Ehepartner haben das Recht, jederzeit nach Israel einzuwandern und die israelische Staatsbürgerschaft mit allen damit verbundenen Rechten zu erhalten. Sie erhalten diesen Status auch dann, wenn sie sich dafür entscheiden, in einer Siedlung im Westjordanland zu leben, die nicht formell an das israelische Hoheitsgebiet angeschlossen ist.

Im Gegensatz dazu haben Nicht-Juden in den von Israel kontrollierten Gebieten keinen Anspruch auf einen Rechtsstatus. Die Gewährung des Status liegt fast vollständig im Ermessen der Beamten – des Innenministers (im souveränen Israel) oder des Militärkommandanten (in den besetzten Gebieten). Trotz dieser offiziellen Unterscheidung bleibt das Organisationsprinzip dasselbe: Palästinenser, die in anderen Ländern leben, können nicht in das Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan einwandern, selbst wenn sie, ihre Eltern oder Großeltern dort geboren wurden und dort gelebt haben. Die einzige Möglichkeit für Palästinenser, in die von Israel kontrollierten Gebiete einzuwandern, besteht darin, einen Palästinenser zu heiraten, der bereits dort lebt – als Staatsbürger, Einwohner oder Untertan – sowie eine Reihe von Bedingungen zu erfüllen und eine israelische Genehmigung zu erhalten.

Israel behindert nicht nur die Einwanderung von Palästinensern, sondern verhindert auch den Umzug von Palästinensern zwischen den Einheiten, wenn der Umzug in den Augen des Regimes ihren Status verbessern würde. So können beispielsweise palästinensische Bürger Israels oder Bewohner Ost-Jerusalems problemlos in das Westjordanland umziehen (obwohl sie dabei ihre Rechte und ihren Status riskieren). Palästinenser in den besetzten Gebieten können nicht die israelische Staatsbürgerschaft annehmen und in das israelische Hoheitsgebiet umziehen, außer in sehr seltenen Fällen, die von der Zustimmung israelischer Beamter abhängen.

Die israelische Politik zur Familienzusammenführung veranschaulicht diesen Grundsatz. Jahrelang hat das Regime Familien, in denen jeder Ehepartner in einer anderen geografischen Einheit lebt, zahlreiche Hindernisse in den Weg gelegt. Dies hat im Laufe der Zeit dazu geführt, dass Palästinenser:innen, die eine/n Palästinenser:in in einer anderen Einheit heiraten, den Status in dieser Einheit nur schwer oder gar nicht erlangen können. Diese Politik hat dazu geführt, dass Zehntausende von Familien nicht mehr zusammenleben können. Wenn ein Ehepartner im Gazastreifen wohnt, erlaubt Israel der Familie, dort zusammenzuleben, aber wenn der andere Ehepartner im Westjor-

danland wohnt, verlangt Israel, dass die Familie dauerhaft nach Gaza umzieht. Im Jahr 2003 erließ die Knesset eine (immer noch gültige) vorläufige Verordnung, die es Palästinenser:innen aus den besetzten Gebieten, die Israelis heiraten, im Gegensatz zu Bürger:innen anderer Länder verbietet, die israelische Staatsbürgerschaft zu erhalten oder sich dauerhaft in Israel niederzulassen. In Ausnahmefällen, die vom Innenminister genehmigt werden, kann Palästinenser:innen aus dem Westjordanland, die Israelis heiraten, ein Status in Israel gewährt werden, der jedoch nur vorübergehend ist und keinen Anspruch auf Sozialleistungen begründet.

Israel untergräbt auch das Recht der Palästinenser:innen in den besetzten Gebieten – einschließlich Ost-Jerusalem –, weiterhin dort zu leben, wo sie geboren wurden. Seit 1967 hat Israel den Status von rund 250 000 Palästinensern im Westjordanland (einschließlich Ost-Jerusalem) und im Gazastreifen widerrufen, in einigen Fällen mit der Begründung, sie hätten mehr als drei Jahre im Ausland gelebt. Besonders betrifft dies Tausende von Bewohnern Ostjerusalems, die nur wenige Kilometer östlich ihrer Häuser in Teile des Westjordanlands gezogen sind, die offiziell nicht annektiert sind. All diese Menschen wurden des Rechts beraubt, in ihre Häuser und Familien zurückzukehren, wo sie geboren und aufgewachsen sind.

## B. Die Übernahme von Land für Juden, während Palästinenser in Enklaven gepfercht werden

Israel betreibt eine Politik der „Judaisierung“ des Gebiets, die auf der Auffassung beruht, dass Land eine Ressource ist, die fast ausschließlich der jüdischen Bevölkerung zugute kommt. Land wird genutzt, um bestehende jüdische Gemeinden zu entwickeln und zu erweitern und neue zu bauen, während Palästinenser enteignet und in kleine, überfüllte Enklaven gepfercht werden. Diese Politik wird seit 1948 in Bezug auf Land innerhalb des souveränen israelischen Staatsgebiets und seit 1967 in Bezug auf Palästinenser in den besetzten Gebieten praktiziert. Im Jahr 2018 wurde das zugrunde liegende Prinzip im Grundgesetz „Israel – der Nationalstaat des jüdischen Volkes“ verankert, in dem es heißt: „Der Staat betrachtet die Entwicklung jüdischer Siedlungen als einen nationalen Wert und wird Maßnahmen ergreifen, um die Errichtung und Verstärkung solcher Siedlungen zu fördern.“

Innerhalb seines Hoheitsgebiets hat Israel diskriminierende Gesetze erlassen, vor allem das Absentee Property Law (Gesetz über das Eigentum Abwesender),

das es ihm erlaubt, riesige Landflächen in palästinensischem Besitz zu enteignen, darunter Millionen Dunam in Gemeinden, deren Bewohner 1948 vertrieben wurden oder flohen und nicht zurückkehren durften. Israel hat auch die für palästinensische Gemeindeverwaltungen und Gemeinden ausgewiesenen Flächen erheblich verkleinert, so dass diese nun Zugang zu weniger als 3 % der Gesamtfläche des Landes haben. Der größte Teil der ausgewiesenen Flächen ist bereits mit Bauten übersät. Infolgedessen befinden sich mehr als 90 % der Flächen in Israels Hoheitsgebiet unter staatlicher Kontrolle.

Israel hat dieses Land genutzt, um Hunderte von Siedlungen für jüdische Bürger zu bauen – aber keine einzige für palästinensische Bürger. Die Ausnahme ist eine Handvoll Städte und Dörfer, die gebaut wurden, um die beduinische Bevölkerung zu konzentrieren, die der meisten ihrer Eigentumsrechte beraubt wurde. Der größte Teil des Landes, auf dem Beduinen früher lebten, wurde enteignet und als Staatsland registriert. Viele Beduinengemeinschaften wurden als „nicht anerkannt“ und ihre Bewohner als „Eindringlinge“ bezeichnet. Auf historisch von Beduinen besetztem Land hat Israel ausschließlich jüdische Gemeinden errichtet.

Das israelische Regime schränkt die Bebauung und die Entwicklung des wenigen verbleibenden Landes in palästinensischen Gemeinden innerhalb seines Hoheitsgebiets stark ein. Es verzichtet auch auf die Ausarbeitung von Masterplänen, die den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragen, und hält die Zuständigkeitsbereiche dieser Gemeinden trotz des Bevölkerungswachstums praktisch unverändert. Das Ergebnis sind kleine, überfüllte Enklaven, in denen die Bewohner keine andere Wahl haben, als ohne Genehmigung zu bauen.

Israel hat außerdem ein Gesetz verabschiedet, das es Gemeinden mit Zulassungsausschüssen, von denen es im ganzen Land Hunderte gibt, erlaubt, palästinensische Bewerber mit der Begründung der „kulturellen Unvereinbarkeit“ abzulehnen. Dadurch wird verhindert, dass palästinensische Bürger in Gemeinden leben, die für Juden vorgesehen sind. Offiziell kann jeder israelische Bürger in jeder beliebigen Stadt des Landes leben; in der Praxis tun dies nur 10 % der palästinensischen Bürger. Selbst dann werden sie in der Regel in getrennte Viertel verbannt, weil es an Bildungs-, Religions- und anderen Einrichtungen mangelt, die Kosten für den Kauf eines Hauses in anderen Stadtteilen zu hoch sind oder diskriminierende Praktiken beim Verkauf von Grundstücken und Häusern angewandt werden.

Seit 1967 wendet das Regime im Westjordanland (einschließlich Ostjerusalem) das gleiche Organisationsprinzip an. Hunderttausende von Dunams, einschließlich Acker- und Weideland, wurden den palästinensischen Untertanen unter verschiedenen Vorwänden weggenommen und unter anderem für die Errichtung und den Ausbau von Siedlungen, einschließlich Wohnvierteln, Ackerland und Industriegebieten, verwendet. Alle Siedlungen sind geschlossene Militärzonen, die Palästinenser ohne Genehmigung nicht betreten dürfen. Bislang hat Israel mehr als 280 Siedlungen im Westjordanland (einschließlich Ostjerusalem) errichtet, in denen inzwischen mehr als 600 000 Juden leben. Für den Bau von Hunderten von Kilometern an Umgehungsstraßen für die Siedler wurde weiteres Land in Anspruch genommen.

Israel hat für die Palästinenser im Westjordanland ein separates Planungssystem eingeführt, das vor allem darauf abzielt, den Bau und die Entwicklung von Siedlungen zu verhindern. Große Teile des Landes sind für den Bau nicht zugänglich, da sie zu staatlichem Land, zu Militärgebiet, zum Naturschutzgebiet oder zum Nationalpark erklärt wurden. Die Behörden verzichten auch darauf, angemessene Gesamtpläne zu erstellen, die den gegenwärtigen und künftigen Bedürfnissen der palästinensischen Gemeinden in dem wenigen Land Rechnung tragen, das noch übrig geblieben ist. Das separate Planungssystem konzentriert sich auf den Abriss von Bauten, die ohne Genehmigung errichtet wurden – auch hier aus Mangel an Alternativen. All dies hat dazu geführt, dass die Palästinenser in Dutzenden von dicht besiedelten Enklaven gefangen sind, während die Entwicklung außerhalb dieser Enklaven – ob für Wohnzwecke oder für öffentliche Zwecke, einschließlich der Infrastruktur – fast vollständig verboten ist.

### **C. Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Palästinenser**

Israel erlaubt seinen jüdischen und palästinensischen Bürgern und Einwohnern, sich im gesamten Gebiet frei zu bewegen. Ausnahmen sind das Verbot, den Gazastreifen zu betreten, den es als „feindliches Gebiet“ definiert, und das (meist formale) Verbot, Gebiete zu betreten, die angeblich unter der Verantwortung der Palästinensischen Autonomiebehörde stehen (Gebiet A). In seltenen Fällen ist es palästinensischen Bürgern oder Einwohnern gestattet, den Gazastreifen zu betreten.

Israelische Staatsbürger können das Land auch jederzeit verlassen und wieder einreisen. Bewohner Ostjerusalems



hingegen haben keine israelischen Pässe, und eine längere Abwesenheit kann zum Entzug des Status führen.

Israel schränkt die Bewegungsfreiheit der Palästinenser in den besetzten Gebieten routinemäßig ein und verbietet ihnen generell, sich zwischen den Einheiten zu bewegen. Palästinenser aus dem Westjordanland, die nach Israel, Ostjerusalem oder in den Gazastreifen einreisen möchten, müssen einen Antrag bei den israelischen Behörden stellen. Im Gazastreifen, der seit 2007 mit einer Blockade belegt ist, ist die gesamte Bevölkerung eingesperrt, da Israel fast jede Ein- und Ausreise verbietet – außer in den seltenen Fällen, die es als humanitär definiert. Palästinenser, die den Gazastreifen verlassen wollen, oder Palästinenser aus anderen Einheiten, die in den Gazastreifen einreisen wollen, müssen bei den israelischen Behörden einen Sonderantrag auf eine Genehmigung stellen. Diese Genehmigungen werden nur spärlich erteilt und können nur über einen strengen, willkürlichen Mechanismus oder ein Genehmigungssystem erlangt werden, dem es an Transparenz und klaren Regeln mangelt. Israel behandelt jede Genehmigung, die einem Palästinenser erteilt wird, eher als einen Gnadenakt denn als die Erfüllung eines verbrieften Rechts.

Im Westjordanland kontrolliert Israel alle Routen zwischen den palästinensischen Enklaven. Dies ermöglicht es dem Militär, fliegende Kontrollpunkte einzurichten, die Zugänge zu den Dörfern zu sperren, Straßen zu blockieren und die Durchfahrt durch die Kontrollpunkte nach Belieben zu unterbinden. Darüber hinaus hat Israel die Trennmauer im Westjordanland errichtet und palästinensisches Land, einschließlich Ackerland, das zwischen der Mauer und der Grünen Linie liegt, als „Nahtstelle“ ausgewiesen. Palästinenser im Westjordanland dürfen diese Zone nicht betreten und müssen sich demselben Genehmigungssystem unterwerfen.

Palästinenser in den besetzten Gebieten benötigen außerdem eine israelische Genehmigung, um ins Ausland zu reisen. In der Regel erlaubt Israel ihnen nicht, den internationalen Flughafen Ben Gurion zu benutzen, der innerhalb seines Hoheitsgebiets liegt. Palästinenser aus dem Westjordanland müssen über den internationalen Flughafen von Jordanien fliegen – können dies aber nur tun, wenn Israel ihnen den Grenzübergang nach Jordanien erlaubt. Jedes Jahr lehnt Israel Tausende von Anträgen auf Überquerung dieser Grenze ab, ohne dies zu begründen. Palästinenser aus dem Gazastreifen müssen den von Ägypten kontrollierten Grenzübergang Rafah passieren – vorausgesetzt, er ist offen, die ägyptischen Behörden lassen sie durch, und sie können die lange Reise durch ägyptisches

Gebiet antreten. In seltenen Ausnahmefällen erlaubt Israel den Gaza-Bewohnern, in einem begleiteten Konvoi durch sein Hoheitsgebiet zu reisen, um das Westjordanland zu erreichen und von dort aus weiter nach Jordanien und an ihr Ziel zu gelangen.

#### **D. Verweigerung des Rechts der Palästinenser auf politische Beteiligung**

Wie ihre jüdischen Mitbürger können sich auch palästinensische Bürger Israels politisch betätigen, um ihre Interessen zu vertreten, einschließlich Wahlen und Kandidaturen. Sie können Vertreter wählen, Parteien gründen oder sich bestehenden Parteien anschließen. Dennoch werden palästinensische Mandatsträger immer wieder verunglimpft – ein Gefühl, das von erstrangigen politischen Persönlichkeiten verbreitet wird – und das Recht der palästinensischen Bürger auf politische Teilhabe ist ständigen Angriffen ausgesetzt.

Die rund fünf Millionen Palästinenser, die in den besetzten Gebieten leben, können sich nicht an dem politischen System beteiligen, das ihr Leben bestimmt und über ihre Zukunft entscheidet. Theoretisch sind die meisten Palästinenser berechtigt, an den Wahlen der PA teilzunehmen. Da die Befugnisse der Palästinensischen Autonomiebehörde jedoch begrenzt sind, würde das israelische Regime, selbst wenn regelmäßig Wahlen abgehalten würden (die letzten fanden 2006 statt), weiterhin das Leben der Palästinenser bestimmen, da es die wichtigsten Aspekte der Regierungsführung in den besetzten Gebieten innehat. Dazu gehören die Kontrolle über die Einwanderung, das Bevölkerungsregister, die Planungs- und Bodenpolitik, die Wasser- und Kommunikationsinfrastruktur, die Ein- und Ausfuhr sowie die militärische Kontrolle über den Land-, See- und Luftraum.

In Ostjerusalem sind die Palästinenser in einer Zwickmühle gefangen. Als ständige Einwohner Israels dürfen sie zwar an Kommunalwahlen teilnehmen, aber nicht an den Parlamentswahlen. Auf der anderen Seite erschwert Israel ihnen die Teilnahme an den Wahlen der Palästinensischen Autonomiebehörde.

Politische Teilhabe umfasst mehr als nur das Wählen oder die Kandidatur für ein Amt. Israel verweigert den Palästinensern auch politische Rechte wie die Rede- und Vereinigungsfreiheit. Diese Rechte ermöglichen es dem Einzelnen, Regime zu kritisieren, gegen die Politik zu protestieren, Vereinigungen zu gründen, um seine Ideen zu propagieren, und sich überhaupt für einen sozialen und politischen Wandel einzusetzen.

Eine Reihe von Gesetzen, wie das Boykottgesetz und das Nakba-Gesetz, schränken die Freiheit der Israelis ein, die Politik gegenüber den Palästinensern im gesamten Gebiet zu kritisieren. Die Palästinenser in den besetzten Gebieten sind sogar noch strengeren Einschränkungen unterworfen: Sie dürfen nicht demonstrieren, viele Vereinigungen wurden verboten, und fast jede politische Äußerung gilt als Aufwiegelung. Diese Beschränkungen werden von den Militärgerichten, die Hunderttausende von Palästinensern inhaftiert haben und ein wichtiger Mechanismus zur Aufrechterhaltung der Besatzung sind, eifrig durchgesetzt. In Ostjerusalem versucht Israel, jede soziale, kulturelle oder politische Aktivität zu unterbinden, die in irgendeiner Weise mit der PA in Verbindung gebracht wird.

Die Aufteilung des Raums behindert auch einen einheitlichen palästinensischen Kampf gegen die israelische Politik. Die unterschiedlichen Gesetze, Verfahren und Rechte in den einzelnen geografischen Einheiten und die drakonischen Bewegungsbeschränkungen haben die Palästinenser in verschiedene Gruppen aufgeteilt. Diese Zersplitterung hilft Israel nicht nur, die jüdische Vorherrschaft zu fördern, sondern vereitelt auch Kritik und Widerstand.

### **Nein zur Apartheid: Das ist unser Kampf**

Das israelische Regime, das das gesamte Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer kontrolliert, will die jüdische Vorherrschaft in dem gesamten Gebiet ausbauen und festigen. Zu diesem Zweck hat es das Gebiet in mehrere Einheiten aufgeteilt, die jeweils unterschiedliche Rechte für die Palästinenser vorsehen, die den Rechten der Juden stets untergeordnet sind. Im Rahmen dieser Politik werden den Palästinensern viele Rechte verweigert, darunter auch das Recht auf Selbstbestimmung.

Diese Politik wird auf verschiedene Weise vorangetrieben. Israel gestaltet den Raum demografisch durch Gesetze und Verordnungen, die es jedem Juden auf der Welt oder seinen Verwandten erlauben, die israelische Staatsbürgerschaft zu erhalten, aber den Palästinensern diese Möglichkeit fast vollständig verwehren. Es hat das gesamte Gebiet physisch gestaltet, indem es Millionen von Dunam Land übernahm und ausschließlich jüdische Gemeinden errichtete, während es die Palästinenser in kleine Enklaven trieb. Die Bewegungsfreiheit wird durch Beschränkungen für palästinensische Bürger eingeschränkt, und durch politische Maßnahmen werden Millionen von Palästinensern von der Teilnahme an den Prozessen ausgeschlossen, die ihr Leben und ihre Zukunft bestimmen, während sie unter militärischer Besatzung gehalten werden.

Ein Regime, das Gesetze, Praktiken und organisierte Gewalt einsetzt, um die Vorherrschaft einer Gruppe über eine andere zu zementieren, ist ein Apartheidregime. Die israelische Apartheid, die die Vorherrschaft der Juden über die Palästinenser fördert, ist nicht an einem Tag oder mit einer einzigen Rede entstanden. Es handelt sich um einen Prozess, der allmählich immer stärker institutionalisiert und explizit gemacht wurde, mit Mechanismen, die im Laufe der Zeit in Gesetz und Praxis eingeführt wurden, um die jüdische Vorherrschaft zu fördern. Diese kumulierten Maßnahmen, ihre Allgegenwärtigkeit in Gesetzgebung und politischer Praxis sowie die öffentliche und gerichtliche Unterstützung, die sie erfahren, bilden die Grundlage für unsere Schlussfolgerung, dass die Hürde für die Einstufung des israelischen Regimes als Apartheid genommen wurde.

Wenn sich diese Regelung über viele Jahre hinweg entwickelt hat, warum dann dieses Papier im Jahr 2021 veröffentlichen? Was hat sich geändert? In den letzten Jahren haben die Motivation und die Bereitschaft israelischer Amtsträger und Institutionen zugenommen, die jüdische Vorherrschaft im Gesetz zu verankern und ihre Absichten offen zu bekunden. Die Verabschiedung des „Grundgesetzes: Israel – der Nationalstaat des jüdischen Volkes“ und der erklärte Plan, Teile des Westjordanlandes formell zu annektieren, haben die Fassade erschüttert, die Israel jahrelang aufrechtzuerhalten versuchte.

Das 2018 in Kraft getretene Nationalstaatsgesetz bekräftigt das Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes unter Ausschluss aller anderen. Es legt fest, dass die Unterscheidung zwischen Juden in Israel (und in der ganzen Welt) und Nicht-Juden grundlegend und legitim ist. Auf der Grundlage dieser Unterscheidung erlaubt das Gesetz eine institutionalisierte Diskriminierung zugunsten der Juden in den Bereichen Siedlung, Wohnen, Landentwicklung, Staatsbürgerschaft, Sprache und Kultur. Es stimmt, dass das israelische Regime diese Grundlagen schon früher weitgehend befolgt hat. Doch die jüdische Vorherrschaft ist nun im Grundgesetz verankert und damit ein verbindlicher Verfassungsgrundsatz – im Gegensatz zu gewöhnlichen Gesetzen oder Praktiken von Behörden, die angefochten werden können. Dies signalisiert allen staatlichen Institutionen, dass sie die jüdische Vorherrschaft im gesamten Gebiet unter israelischer Kontrolle nicht nur fördern können, sondern müssen.

Israels Plan, Teile des Westjordanlandes formell zu annektieren, überbrückt auch die Kluft zwischen dem offiziellen Status der besetzten Gebiete, der von leeren Worten

über Verhandlungen über ihre Zukunft begleitet wird, und der Tatsache, dass Israel den größten Teil des Westjordanlandes tatsächlich schon vor langer Zeit annektiert hat. Israel hat seine Erklärungen zur formellen Annexion nach Juli 2020 nicht umgesetzt, und verschiedene Regierungsvertreter haben seitdem widersprüchliche Erklärungen zu diesem Plan abgegeben. Unabhängig davon, wie und wann Israel die formale Annexion in der einen oder anderen Form vorantreibt, wurde seine Absicht, die dauerhafte Kontrolle über das gesamte Gebiet zu erlangen, bereits von den höchsten Vertretern des Staates offen erklärt.

Die Begründung des israelischen Regimes und die Maßnahmen zu ihrer Umsetzung erinnern an das südafrikanische Regime, das die Vorherrschaft der weißen Bürger zu bewahren suchte, unter anderem durch die Aufteilung der Bevölkerung in Klassen und Unterklassen und die Zuweisung unterschiedlicher Rechte für jede Klasse. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen den beiden Regimen. So beruhte die Teilung in Südafrika auf Rasse und Hautfarbe, während sie in Israel auf Nationalität und ethnischer Zugehörigkeit beruht. Die Segregation in Südafrika manifestierte sich auch im öffentlichen Raum, in Form einer polizeilich überwachten, formalen, öffentlichen Trennung zwischen Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe – ein Grad der Sichtbarkeit, den Israel normalerweise vermeidet. Im öffentlichen Diskurs und im internationalen Recht bedeutet Apartheid jedoch nicht eine exakte Kopie des früheren südafrikanischen Regimes. Kein Regime wird jemals identisch sein. „Apartheid“ ist seit langem ein eigenständiger Begriff, der in internationalen Konventionen verankert ist und sich auf das Organisationsprinzip eines Regimes bezieht: die systematische Förderung der Vorherrschaft einer Gruppe über eine andere und deren Festigung.

Das israelische Regime muss sich nicht zu einem Apartheidregime erklären, um als solches definiert zu werden, und es ist auch nicht relevant, dass Vertreter des Staates es allgemein als Demokratie bezeichnen. Was die Apartheid definiert, sind nicht Erklärungen, sondern die Praxis. Südafrika hat sich zwar 1948 selbst zum Apartheidregime erklärt, doch ist es angesichts der historischen Auswirkungen unvernünftig, von anderen Staaten zu erwarten, dass sie diesem Beispiel folgen. Die Reaktion der meisten Länder auf die südafrikanische Apartheid wird die Länder eher davon abhalten, ein ähnliches Regime zuzulassen. Es ist auch klar, dass das, was 1948 möglich war, heute nicht mehr möglich ist, sowohl rechtlich als auch im Hinblick auf die öffentliche Meinung.

So schmerzhaft es auch sein mag, der Realität ins Auge zu sehen, schmerzhafter noch ist es, unterdrückt zu werden. Die hier beschriebene harte Realität kann sich weiter verschlechtern, wenn neue Praktiken eingeführt werden – mit oder ohne begleitende Rechtsvorschriften. Dennoch haben Menschen dieses System geschaffen, und Menschen können es verschlimmern – oder daran arbeiten, es zu ersetzen. Diese Hoffnung ist die treibende Kraft hinter diesem Positionspapier. Wie können Menschen gegen Ungerechtigkeit kämpfen, wenn sie nicht benannt wird? Die Apartheid ist das organisierende Prinzip, doch dies anzuerkennen, bedeutet nicht, aufzugeben. Im Gegenteil: Es ist ein Aufruf zur Veränderung.

Gerade jetzt ist es wichtig, für eine Zukunft zu kämpfen, die auf Menschenrechten, Freiheit und Gerechtigkeit beruht. Es gibt verschiedene politische Wege zu einer gerechten Zukunft hier zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer, aber wir alle müssen uns zuerst dafür entscheiden, Nein zur Apartheid zu sagen.

■■■■■■■■■■ **B'Tselem** ist eine israelische Menschenrechtsorganisation, die dieses Papier am 12.1.2021 veröffentlicht hat.

*Die Übersetzung wurde der homepage des ICAHD (Israeli Committee Against House Demolitions) Deutschland entnommen und überarbeitet.*

■■■■■■■■■■

# VÖLKERMORD IN GAZA UND ANGRIFF AUF DEMOKRATISCHE RECHTE

Nach der blutigen Attacke der islamistischen Gruppen aus Gaza auf die israelische Grenzregion und der Verschleppung von über 200 Geiseln am 7. Oktober bombt die israelische Luftwaffe – unterstützt von einer umfassenden Bodenoffensive – die dichtbesiedelte Region mit 2,3 Mio. Menschen rücksichtslos in Schutt und Asche. Zugleich geraten die Rechte auf Protest und freie Meinungsäußerung weltweit unter Druck der Regierungen, die die ethnische Säuberung zur „Staatsräson“ erheben. **Hermann Dierkes**

Die Zahl von fast 40 000 Toten und Verletzten kann inzwischen nur noch geschätzt werden, weil die öffentlichen Strukturen weitgehend zusammengebrochen sind. Im Windschatten von Gaza schlagen die israelische Besatzungsarmee und faschistoide Siedlerbanden auch im Westjordanland erbarmungslos zu. Tagtäglich fallen sie in Städte und Dörfer ein und terrorisieren die Bevölkerung. Nach den ständigen Massakern und Pogromen das gesamte Jahr über wurden seit Anfang Oktober fast 200 Palästinenser:innen getötet und noch mehr verletzt, darunter wieder eine hohe Zahl von Kindern, Infrastruktur und Häuser zerstört, Dorfbewohner vertrieben, illegale Siedlungen ausgeweitet, über 2 500 Menschen verhaftet.

Das Morden, Zerstören und Erniedrigen macht uns zu Zeitzeugen eines erneuten Kulturbruchs. Wir erleben, wie sich der gesamte öffentliche Diskurs scharf nach rechts verschoben hat, fundamentale Rechtspositionen aufgeweicht oder umgelogen werden, um den offenkundigen

Völkerrechtsbruch und die zahllosen Kriegsverbrechen zu vertuschen und zu rechtfertigen. Was man gestern noch Russland und Putin angesichts des Ukrainekriegs an kriminellen Untaten vorgeworfen hat, gilt nicht, wo es um Israel geht. Dies, obwohl die Tatbestände sich kaum unterscheiden, das Massaker an der palästinensischen Zivilbevölkerung oft noch grausamer, zynischer und in seinem Tempo unübertroffen ist. „Wir müssen Israel jetzt freie Hand lassen,“ forderte der ausenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Michael Roth, zu Beginn des israelischen Rachefeldzugs, wobei er nur auf den Punkt brachte, was die große Mehrheit der Bundestagsabgeordneten und die komplette Regierung vertritt oder weil viele zu feige sind, zu widersprechen. Ihm wurde von der früheren Bundestagsabgeordneten Annette Groth energisch widersprochen. Die Journalistin Ute Hüttmann schrieb ihm: „Wer soll denn der israelischen Regierung freie Hand lassen? Sie tut doch ohnehin, was sie will, weil alle Welt sie lässt (...) Die brutale Macht des Faktischen scheint aber dann das Einzige, was für Sie zählt, um die Rollen zu verteilen und zum Angriff zu blasen.“

## **Angriff auf demokratische Rechte**

Im Kielwasser der aktiven Komplizenschaft der USA und weiter Teile der EU beim Völkermord erleben wir eine Welle von Angriffen auf demokratische Rechte, Verleumdungen und Ausgrenzungen. Die völkerrechtswidrige und den eigenen Verfassungen widersprechende Komplizenschaft soll auf allen Ebenen durchgedrückt und befolgt werden. Das Recht auf freie Meinungsäußerung wird in vielen Ländern faktisch eingeschränkt, die Mainstream-Medien gegängelt – soweit sie sich nicht selbst zensieren – und auf Sympathie für den Apartheidstaat gebürstet. Im Bildungsbereich (so in Hessen) schreiben Richtlinien die stromlinienförmige Vermittlung der Regierungslinie vor. Das Recht auf Protest und Demonstration wird böswillig angegriffen, sei es in Berlin, Essen, München oder Bremen. Noch halten beherzte und rechtstreue Richter, wie der bayerische Verwaltungsgerichtshof dagegen und kippen Demonstrationsverbote. Antidemokratische Vorstöße kommen praktisch aus allen Parteien. Sie richten sich vor allem gegen migrantische Aktivitäten und haben eine antimuslimische Stossrichtung, zum Wohlgefallen – lange mehr nicht nur – der Neonazis. Palästinensische Organisationen, die angeblich Hamas, Terror und Antisemitismus unterstützen, wurden im Schnellverfahren verboten. Schon das Zeigen von palästinensischen Fahnen ist verdächtig. Die weltweit skandiierte Parole „From the River to the Sea – Palestine must be free“ – die nichts als

gleiche Rechte für alle Bewohner fordert – wird als Ausdruck von Antisemitismus und Israelfeindschaft gebrandmarkt. In Wahrheit geht es gegen den kolonialen Siedler- und Apartheidstaat, eine Staatsform mit ihren rassistischen Aktivitäten, die durch demokratische Verhältnisse und ein friedliches Miteinander der verschiedenen Bevölkerungsgruppen abgelöst werden muss.

In etlichen EU-Ländern, darunter Belgien, Irland und Spanien, fordern die Regierungen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel wie bereits neun andere Staaten weltweit und sogar Sanktionen gegen den israelischen Vernichtungskrieg, bisher vergeblich. Waffenstillstand zu fordern und den Genozid zu beenden, macht Protestierende ganz schnell zu „Hamas-Unterstützern“, „Terror-Sympathisanten“ und – natürlich – zu „Antisemiten“. Im US-Repräsentantenhaus wird die einzige Abgeordnete mit palästinensischen Wurzeln, Rashida Tlaib, mit einer Mehrheit auch von Teilen ihrer eigenen Fraktion und den Republikanern wegen ihrer klaren Worte gerügt. Aber sie bleibt unbeugsam. Wie brutalisiert die politische Stimmung in den USA inzwischen ist, zeigt exemplarisch auch die Antwort einer republikanischen Abgeordneten aus Florida auf die Frage eines Abgeordneten aus der Demokratischen Partei: „Wie viele sollen denn noch sterben?“ Antwort: „Alle.“

In Britannien und den USA werden Gesetze angestrebt, die den „Extremismus-Begriff“ ganz weit auslegen wollen, die rechtsgewirkte britische Innenministerin („Mein Traum ist es, Asylsuchende nach Ruanda zu schicken“) kritisierte die Londoner Polizeiführung, weil diese vor einem Demonstrationsverbot und Massenverhaftungen zurückschreckt und bezeichnet die zu hunderttausenden Protestierenden aus der gesamten Bevölkerung als „Mob“. Das war selbst für viele Tory-Abgeordnete und Premier Sunak zu viel und sie wurde entlassen. In Frankreich werden laufend Pro-Palästina-Demos verboten, zensiert, Auftrittsverbote verhängt, willkürliche Verhaftungen durchgeführt, Strafprozesse anberaumt und Geldstrafen verhängt. Betroffen ist u.a. Perrine Olf-Rastegar, jüdische Tochter eines bekannten Resistance-Kommandeurs aus dem Kampf gegen die Nazis, die derzeit in Strasbourg belangt wird. So viel zu dem angeblichen „Kampf gegen Antisemitismus“ mit staatlich organisierten Demos.

In Israel werden Aktionen gegen den Krieg erst recht polizeilich verfolgt und sind angesichts der aufgeheizten, völkermörderischen und oft pogromartigen Stimmung gegen „Verräter“ und „innere Feinde“ kaum noch möglich. 90 Ärzte fordern in einer Erklärung unverhüllt auf,

Gaza plattzumachen. Mutige Journalist:innen wie Amira Hass, Gideon Levy von der Zeitung Haaretz, bekannte Autoren wie Ilan Pappé, Menschenrechtsgruppen und Aktivist:innen etwa von B'Tselem, ehemalige Soldaten und Kriegsdienstverweigerer knicken nicht vor der Hassflut ein.

### Kein Krieg, sondern Genozid ...

Peter Vonnahme, ehem. Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, sieht Deutschland mit seiner Regierungsposition „tief im Abseits“: „Ein Massaker rechtfertigt nicht das nächste. Ein Staat, der sich gegen Terroristen wehrt, darf nicht selbst zu Mitteln des Terrors greifen, andernfalls wird er selbst zum Terrorstaat. Das Völkerrecht kennt kein Recht auf Rache. (...) Wenngleich eine Sonderverantwortung Deutschlands für den Staat Israel besteht, hat diese Grenzen.“ Vonnahme wendet sich dagegen, „dass Deutschland eine ungerechte Politik Israels gegenüber dem palästinensischen Volk unterstützt und bei Menschen- und Völkerrechtsverletzungen wegschaut und schweigt. Durch eine solche Haltung würde begangenes Unrecht nicht verringert oder gar geheilt werden. Vielmehr würde einer großen historischen Schuld eine weitere hinzugefügt“ (...). Die von Kanzler Scholz vertretene Position der „Staatsräson“ sei ein „Blankoscheck in dem Sinne, dass Israel machen kann, was es will, und Deutschland hierbei sekundiert. Damit lässt der Kanzler das Völkerrecht weit hinter sich und macht sich zum naiven Büttel eines rechtvergessenen und rachsüchtigen Apartheidstaats. Norman Paech mahnt eindringlich, wer gegen einen Waffenstillstand votiere oder sich der Stimme enthalte, mache sich zum Komplizen eines Völkermords.“

Die Kriegsgegner weltweit fragen zu Recht: Was ist das für ein „Selbstverteidigungsrecht Israels“, wenn abertausende Kinder und Zivilist:innen hingemetzelt werden und ein dichtbesiedeltes Gebiet weitgehend dem Erdboden gleich gemacht wird? „Das ist kein Krieg, das ist Genozid“ stellt der brasilianische Präsident Lula fest und fordert – wie so viele weltweit – sofortige Feuereinstellung. UN-Chef Antonio Guterres zieht sich den Zorn Israels zu mit seiner unbestreitbaren Feststellung, dass der Angriff der Hamas-Kämpfer aus Gaza nicht aus dem luftleeren Raum kam, sondern die jahrzehntelange Unterdrückung der Palästinenser:innen durch Israel die wesentliche Ursache ist, Politik und Moral allzu lange versagt haben und Gaza zu einem Massengrab für Kinder geworden ist. Eine Mehrheit der UN-Vollversammlung, die die große Mehrheit der Weltbevölkerung stellt, fordert – leider nicht bindend – einen sofortigen Waffenstillstand. Vergeblich, Israel missachtet notorisch UN-Beschlüsse und wird

ständig von seinem Hauptverbündeten USA gedeckt. Deutschland steht dem nicht nach. Craig Mokhiber, Leiter des New Yorker Büros des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte, hat mit einer absolut stimmigen öffentlichen Stellungnahme seinen Rücktritt erklärt, um gegen das Versagen der UN und ihre Handlungsunfähigkeit angesichts des laufenden Völkermords zu protestieren.

### ... und Deutschland ist Komplize

Unsere „wertebasierten“ Parteien und Regierungen machen sich praktisch – und auch nach der internationalen Rechtslage – zu Komplizen des Völkermords. Bundeskanzler Scholz, der schon immer die „gemeinsamen Werte“ mit Israel behauptet hat, versichert zynisch und im Widerspruch zum offenkundigen Gegenteil, bei Israel handele es sich um einen demokratischen Staat, seine Armee werde von humanitären Werten getragen und halte sich an das Völkerrecht. Er wiederholt nur die israelische Position, stellt sich gegen einen Waffenstillstand, der nur der Hamas nütze, und ist bestenfalls für das eine oder andere Püschchen im Schlachthaus.

Da landet einer, dem die „Sicherheit Israels“ als „deutsche Staatsräson“ in Fleisch und Blut übergegangen ist – und das Blut hat er vor allem an den Händen. Das gewaltsame Vorgehen Israels ist so perspektivlos wie seit Jahrzehnten. Es wird den massiven Konflikt im Nahen Osten nicht lösen, sondern droht das Elend von Besatzung, Unterdrückung, menschlichem Leid, periodischen Ausbrüchen der unterdrückten Palästinenser:innen, regionaler Kriegsgefahr und ständiger Unsicherheit der israelischen Bevölkerung selbst nur zu verlängern.

13.11.2023

██████████ **Hermann Dierkes** ist langjähriger Aktivist in der Palästinasolidaritätsbewegung und war mehrfach in Israel-Palästina.

██████████



## Wer wir sind und was wir wollen

Die Vierte Internationale tritt für die Selbstorganisation der Ausgebeuteten und Unterdrückten zur Abschaffung des Kapitalismus und zum Aufbau eines ökosozialistischen Systems ein. Ihre Mitgliedsorganisationen eint die Überzeugung, dass dies ohne eine tiefgreifende und revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist.

Unsere Gründungsprinzipien stehen in der klassischen marxistischen Tradition: Demokratie, „die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“; und Internationalismus, „der Sozialismus wird international sein oder er wird nicht sein“. In unserer Resolution von 1985 haben wir diese Prinzipien den neuen Herausforderungen angepasst.

Die Vierte Internationale ist auf allen fünf Kontinenten mit Organisationen in über 40 Ländern vertreten. Ihre Genoss\*innen beteiligen sich am Klassenkampf und bauen soziale Bewegungen und Parteien auf, um die Schaffung einer revolutionären und emanzipatorischen Organisation für das 21. Jahrhundert voranzutreiben.

Als demokratische politische Strömung kommt sie alle sieben bis acht Jahre zu einem Weltkongress zusammen, auf dem ihre regelmäßig rechenschaftspflichtigen Führungsgremien gewählt werden: das Internationale Komitee als politische Führung und das Exekutivbüro.

Die Vierte Internationale unterhält ein internationales Forschungs- und Schulungsinstitut in Amsterdam (IIRE), das auch Kongresse in Asien unterstützt und politische Schulungen mit jährlichen Intensivkursen für Aktivist\*innen aller Altersgruppen anbietet. Das IIRE organisiert auch Seminare zu Ökologie, Frauenbewegung, Wirtschaft, Rassismusbekämpfung, LGBTBIQ und anderen Themen, in denen Aktivist\*innen aus der ganzen Welt aus ihrer Praxis berichten, um unsere Analyse dieser Themen zu vertiefen und unsere kollektive Praxis zu stärken.

Die Vierte Internationale führt jedes Jahr ein internationales Jugendlager durch, das von den Jugendorganisationen ihrer europäischen Sektionen selbstorganisiert wird und jedes Jahr in einem anderen europäischen Land stattfindet.

<https://fourth.international/>

# ZUM ENTWURF DES ÖKOSOZIALISTISCHEN MANIFESTES

---

Der folgende Beitrag wurde als Bericht auf der Sitzung des Internationalen Komitees der IV. Internationale im Oktober 2023 gehalten und spiegelt den Diskussionsstand innerhalb unserer Organisation wider. Das Ökosozialistische Manifest soll auf dem Weltkongress der IV. Internationale 2025 diskutiert und verabschiedet werden.

■ **Daniel Tanuro**

---

Im *Kapital* weist Karl Marx auf einen Widerspruch des Kapitalismus hin, den er zuvor nicht erkannt hatte: Die große Industrie und die große, industriell betriebene Agrikultur „erzeugen einen unheilbaren Riss“ im komplexen Gleichgewicht des Stoffwechsels zwischen der Menschheit und dem Rest der Natur.

Industrie und Landwirtschaft wirken zusammen bei der Entstehung des Risses: „Wenn sie sich ursprünglich dadurch scheiden, dass die erste mehr die Arbeitskraft des Menschen und daher die Naturkraft des Menschen, letztere mehr direkt die Naturkraft des Bodens verwüstet und ruiniert, so reichen sich später im Fortgang beide die Hand“, um gemeinsam „die Springquellen alles Reichtums: die Erde und den Arbeiter“ zu ruinieren.

Zu dieser Schlussfolgerung gelangte Marx bei den Vorbereitungen für *Das Kapital*, die einen enormen intellektuellen Aufwand erforderten, um die Erkenntnisse der Bodenchemie, der Agrarwissenschaft und anderer Naturwissenschaften aufzunehmen. Auf dieser Grundlage erweiterte er seine Kritik der politischen Ökonomie: Das Profitstreben führt dazu, dass man produziert, um zu produzieren, was dazu führt, dass man konsumiert, um zu konsumieren. Es gibt „den Eigentümern das Recht, den

Erdkörper, die Eingeweide der Erde, die Luft und damit die Erhaltung und Entwicklung des Lebens zu exploittieren“.

Es handelt sich um weit mehr als eine Ergänzung zu seinen früheren Analysen, nämlich um einen Wendepunkt.

Im *Kommunistischen Manifest* schrieben Engels und Marx, dass der Kapitalismus zu eng geworden sei, um die mächtigen Produktionsmittel, die er geschaffen habe, zu fassen. Die menschliche Emanzipation hänge daher von der Fähigkeit des Proletariats ab, „der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren“. Die Quantität, wohlgemerkt!

Im *Kapital* hält Marx natürlich daran fest, dass das Proletariat die Macht ergreifen muss. Aber die menschliche Emanzipation wird nicht mehr durch die quantitative Vermehrung der Produktivkräfte bestimmt, sondern durch die rationale Regelung des Stoffwechsels zwischen der Menschheit und dem Rest der Natur. Nicht nur in der Landwirtschaft, sondern in der gesamten Wirtschaft. Er schreibt:

„Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß [...] die assoziierten Produzenten diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln und ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung.“

In heutigen Begriffen könnte man sagen, dass *Das Kapital* einen klaren Bruch mit dem Produktivismus darstellt.

Ich erlaube mir, auf diese wenigen Zitate hinzuweisen, die Ihr kennt, weil die meisten Marxisten im 20. Jahrhundert, auch in unserer Strömung, ihre Bedeutung vernachlässigt haben. Unser Genosse Ernest Mandel schrieb einmal, dass „jenseits eines bestimmten Niveaus die Entwicklung der Produktivkräfte uns vom Sozialismus entfernt“, aber er hat diesen Gedanken nicht näher erläutert. Heute ist diese Problematik der Grenzen der Entwicklung jedoch brandaktuell. Innerhalb von zwei Jahrhunderten ist das, was Marx als unheilbaren Riss im komplexen Gleichgewicht des Stoffwechsels zwischen Menschheit und Natur bezeichnete, zu einem Graben geworden, und aus dem Graben eine Schlucht.

Die Hauptursache für diese Entwicklung – nicht die einzige – ist, dass die Energie, die für die kapitalistische Entwicklung seit der industriellen Revolution benötigt wird, dadurch gewonnen wird, dass immer mehr Kohle, Erdöl und Erdgas verbrannt wird. Bei der Verbrennung dieser fossilen Energieträger wird jedoch CO<sub>2</sub> freigesetzt, das sich in der Atmosphäre anreichert und die Erderwärmung verursacht.

Seit fast 70 Jahren wird Alarm geschlagen wegen der Gefahr einer globalen Erwärmung. Seit 1989 wird dies von einem zwischenstaatlichen Gremium, dem Weltklimarat, offiziell bestätigt. Doch es wurde nichts oder nur wenig getan. Die Nutzung fossiler Brennstoffe ist nicht zurückgegangen. Der Klimawandel ist somit eine eklatante Manifestation des von Marx aufgedeckten Widerspruchs: der „irrationalen Regelung“ des Stoffwechsels zwischen der Menschheit und dem Rest der Natur. Diese schreiende Irrationalität ist offiziell anerkannt. Sie ist also kriminell.

Angesichts dieser Situation müssen wir uns, wie Marx es in Bezug auf die Landwirtschaft getan hat, auf die Erkenntnisse der Wissenschaft stützen. Was sagt uns die Wissenschaft? Ich beschränke mich auf einige Punkte.

Dass bereits eine Erwärmung um 1,5 °C im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu schwerwiegenden sozialen und ökologischen Folgen führen wird. Wir befinden uns derzeit bei +1,3 °C und beobachten überall eine Zunahme extremer Wetterphänomene, die immer heftiger und tödlicher werden.

Dass 3 bis 3,5 Milliarden Menschen derzeit in Regionen leben, die durch den Klimawandel stark beeinträchtigt werden. Dass die Mehrheit von ihnen arme in armen Ländern sind, die keine oder nur eine sehr geringe historische Verantwortung für die Treibhausgasemissionen tragen. Dass Frauen, Kinder, ältere Menschen und Kranke besonders hart betroffen sind. Dass die Arbeit im Freien in weiten Gebieten unmöglich wird, weil die Temperatur die homöostatische Regulationsfähigkeit des Organismus übersteigt.

Dass die derzeitige Politik auf eine katastrophale Erwärmung von etwa 3 °C zusteuert. Eine rasche Umwälzung könnte uns sogar auf +5 °C bringen. Wir wissen nicht, was in diesem Fall passieren würde, außer dass die Umwälzung unumkehrbar wäre und dass dieser „dampfende Planet“ weit davon entfernt wäre, 8 Milliarden Menschen zu beherbergen. Eher die Hälfte ...

Dass die weltweiten Netto-CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2030 um 50 % gesenkt und bis 2050 auf Null reduziert werden müssen. Um den Begriff zu erklären: „Nettoemissionen“ sind Emissionen abzüglich der Menge an CO<sub>2</sub>, die der Atmosphäre durch natürliche oder technologische Mittel entzogen werden kann, die eigens zu diesem Zweck eingesetzt werden. Zu den „natürlichen“ Mitteln gehören das Pflanzen von Bäumen, eine andere Bodenbewirtschaftung und die Wiederherstellung von Feuchtgebieten. Die technologischen Mittel hingegen sind Maschinen.

Was die Strategie zur Erreichung dieser Ziele angeht, gibt es in der Wissenschaft zwei Lager: das Lager des grünen Wachstums und das Lager des gerechten Degrowth.

Das Lager des grünen Wachstums ist der Ansicht, dass ein Wirtschaftswachstum, gemessen am BIP, notwendig ist, damit Innovationen und Investitionen in den massiven Einsatz grüner Technologien erfolgen können. Diese Wissenschaftler:innen glauben, dass diese Technologien die Nettoemissionen beseitigen und gleichzeitig das BIP-Wachstum aufrechterhalten werden. In diesem Zusammenhang wird von einer „Entkopplung“ von Emissionen und BIP gesprochen.

Das Lager des gerechten Degrowth ist der Ansicht, dass diese Wette zu riskant ist: Da dieses Wachstum mit einem immer höheren Bedarf an Ressourcen einhergeht, sollte



man sich auf die ausreichende und effiziente Nutzung der vorhandenen Ressourcen und Technologien konzentrieren, die gleichmäßig auf die menschlichen Bedürfnisse ausgerichtet sind.

Hierzu muss zweierlei angemerkt werden.

Das Lager des gerechten Degrowth plädiert für eine globale Abnahme der physischen Faktoren, wie z. B. die Menge an emittierten Tonnen Kohlenstoff, an verbrauchter Energie, an Mineralien oder an Fleisch etc., die verbraucht wird. Dies hat Auswirkungen auf das BIP, die jedoch nicht linear sind: Das BIP kann stärker oder schwächer steigen als die Treibhausgasemissionen. Die Wissenschaftler:innen haben nicht primär das BIP im Visier.

Sie plädieren nicht für eine lineare Schrumpfung für alle sozialen Schichten und alle Regionen der Welt, sondern sind sich der Tatsache bewusst, dass ärmere Länder und die Armen in anderen Ländern ein Bedürfnis und ein Recht darauf haben, mehr an Energie und anderen Ressourcen zu nutzen. Sie schlagen vor, nicht mehr die Wirtschaft als Ganzes zu betrachten, sondern sich in allen Wirtschaftszweigen auf Aktivitäten zu konzentrieren, die dem Klima, der Artenvielfalt und dem menschlichen Wohlergehen nutzen. Selbst in den ärmsten Ländern geht es also nicht mehr darum, jedes beliebige Wachstum zu fördern, sondern darum, welche Sektoren, Technologien, Arbeitsplätze und Investitionen notwendig sind, um die Emissionen zu reduzieren und das menschliche Wohlbefinden, die soziale Gerechtigkeit etc. zu steigern. Die gleichen Fragen stellen sich natürlich auch für die reicheren Länder.

Das Lager des grünen Wachstums hingegen hängt – bewusst oder unbewusst – ideologisch am Warenfetischismus nach, d. h. dem Fetisch des Profits und der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Die Argumentation begeht einen gewaltigen logischen Fehler: Man kann ein Märchen von einem dekarbonisierten Kapitalismus erzählen, der nur erneuerbare Energien nutzt. Aber in der realen Welt hat sich das, was Marx als Kapitalismus sui generis bezeichnet, in der industriellen Revolution auf der Grundlage von fossilen Brennstoffen entwickelt. Er bleibt auf dieser Grundlage organisiert und hält daran fest, weil sein gesamtes Produktions- und Vertriebssystem davon abhängt.

In der realen Welt würde der Übergang zu einem zu 100 % erneuerbaren System den Aufbau eines neuen globalen Energiesystems mit Millionen neuer Maschinen erfordern, und dieser Aufbau würde Ressourcen und

Energie etc. verbrauchen. Da diese Energie zu 80 % aus fossilen Brennstoffen besteht, ist es offensichtlich, dass ein Übergang ohne einen Rückgang des globalen Energieverbrauchs mit einer Explosion der Emissionen einhergehen würde. Wissenschaftler:innen, die nicht den „Degrowth“ vertreten, haben kürzlich gezeigt, dass unter der Hypothese eines Wachstums die Investitionen, die zur Einhaltung des Pariser Abkommens allein im Energiesektor erforderlich sind, zu Emissionen führen würden, die das akzeptable „Kohlenstoffbudget“ überschreiten würden, um eine 50%-ige-Chance zu haben, unter 1,5 °C zu bleiben. Da kommen natürlich noch die Emissionen des sozioökonomischen „Business as usual“ hinzu.

Ein solcher Übergang wäre vielleicht vor vierzig Jahren noch vorstellbar gewesen. Aber heute ist dies sicherlich nicht mehr möglich. Dafür ist die Lage zu ernst und die verbleibende Zeit zu kurz. Deshalb ist ein Ausweg aus der Krise durch die Entkopplung von Emissionen und Wachstum ein Mythos. Dies zeigt auch eine weitere aktuelle Studie über den Degrowth. Nur elf von 36 Industrieländern – also weniger als ein Drittel – haben über einen signifikanten Zeitraum hinweg eine solche absolute Entkopplung zwischen Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum erreicht. Jedoch ist ihre Entkopplungsquote lächerlich gering und es würde für diese 11 Länder durchschnittlich 220 Jahre dauern, bis ihre Emissionen um 95 % gesenkt wäre – das Ziel also, das bis 2050 erreicht werden soll! In diesen 220 Jahren würden sie mindestens 27 Mal so viel Kohlenstoff ausstoßen, wie sie bei Einhaltung der Klimagerechtigkeit noch ausstoßen dürften. Ganz zu schweigen von den 25 anderen imperialistischen Ländern, darunter die USA, die ihre Emissionen nicht vom BIP entkoppelt haben. Im Klartext: Was vom verbleibenden Kohlenstoffbudget übrig bleibt, wird von den Reichen für eine Politik in Anspruch genommen, die sich „grün“ nennt, in Wirklichkeit aber den Planeten auf dem Rücken der Armen zerstört.

Es ist glasklar, dass der grüne Kapitalismus eine bloße Legende ist. In Wahrheit treibt uns dieses System in die Katastrophe und die Katastrophe droht zu einem Kataklysmus [erdgeschichtliche Katastrophe] zu werden. Um das zu verhindern, haben die Neoliberalen nur einen Ausweg anzubieten: die sogenannten „negativen Emissionstechnologien“, die Abscheidung und Sequestrierung von überschüssigem Kohlenstoff und den Ausbau der Kernenergie. Ohne ins Detail gehen zu wollen, handelt es sich dabei in der Regel um Scheinlösungen nach Art des Zauberlehrlings, die mit zusätzlichen Gefahren verbunden

sind. Diese Scheinlösungen entsprechen vor allem den Akkumulationsbedürfnissen des Kapitals. In den USA hat die Regierung beschlossen, 1,2 Milliarden US-Dollar an ein Ölunternehmen zu spenden, das in die direkte Abscheidung von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre investiert. Das ist der Gipfel der Perversion: Im Kapitalismus kann die fossile Industrie das Klima zerstören, indem sie CO<sub>2</sub> aus Profitgründen emittiert, und anschließend lässt sie sich von der Allgemeinheit bezahlen, um noch mehr Profit zu machen, indem sie das CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre entfernt.

Es ist offensichtlich, dass die These vom gerechten Degrowth dem Plädoyer von Marx für eine rationale Regelung des Stoffwechsels recht nahe kommt. Einige von uns haben Kontakt und Austausch mit Forscher:innen dieser Strömung, die am Weltklimarat beteiligt sind. Die meisten von ihnen sind jung, viele sind auch Klimaaktivist:innen, einige sind Marxisten oder stehen dem Marxismus nahe. Der Entwurf unseres Manifests baut auf ihrer Arbeit auf, was nicht heißen soll, dass unsere Argumentation deswegen sakrosankt wäre. Allerdings glauben wir, dass unser ökosozialistisches Engagement durch die Zusammenarbeit und die Debatten mit ihnen an Legitimität und Relevanz gewinnen kann.

Der Ausgangspunkt unserer Arbeit ist einfach: Die ökologische Krise im Allgemeinen und die Klimakrise im Besonderen bestimmen zunehmend alle anderen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Durch diese Krise ruiniert der Kapitalismus, wie Marx es ausdrückte, das, was die Erhaltung und Entwicklung des Lebens auf der Erde bedingt. Ohne einen antikapitalistischen Ausweg aus dem ökologischen/klimatischen Dilemma wird es auch auf keinem anderen Gebiet einen antikapitalistischen Ausweg geben.

Wir müssen daraus sämtliche Schlussfolgerungen ziehen, und die wichtigste Schlussfolgerung ist, dass wir ein neues, umfassendes Programm brauchen. Ein ökosozialistisches Übergangsprogramm. Ein Programm, das auf die objektive Situation reagiert, indem es die kurz-, mittel- und langfristigen sozialen Bedürfnisse befriedigt und gleichzeitig die metabolische Kluft, die durch die kapitalistische Irrationalität des Austauschs zwischen der Menschheit und dem Rest der Natur entstanden ist, so weit wie möglich überbrückt. Denn Marx hatte Recht: Der Riss ist „unheilbar“. Man kann ihn verkleinern, aber nicht abschaffen ...

Natürlich sind wir nicht in der Lage, dieses Programm stante pede und allein am grünen Tisch abschließend zu verfassen. Aber wir können und müssen öffentlich dafür

eintreten, dass dies das Gebot der Stunde ist. Wir müssen unsere Analysen und Prinzipien als Vierte Internationale öffentlich vertreten und debattieren, in der Hoffnung, dass wir gemeinsam mit anderen ein neues politisches Instrument der Ausgebeuteten und Unterdrückten schaffen können. Ein demokratisches, ökosozialistisches, feministisches, internationalistisches und revolutionäres Instrument. Das ist das Ziel, das wir mit diesem Manifest-Entwurf verfolgen, und an dieser Absicht soll das Manifest gemessen werden.

Die wichtigste Frage in diesem Stadium der Debatte betrifft den „gerechten ökosozialistischen Degrowth“. Einerseits als Konzept und andererseits im Hinblick auf seine Bedeutung außerhalb der entwickelten kapitalistischen Länder, d. h. im größten Teil der Welt, wo die große Mehrheit der Weltbevölkerung lebt. Was ich oben über „das Lager des gerechten Degrowth“ gesagt habe, dieses minoritäre, aber dynamische Lager unter den Wissenschaftler:innen des Weltklimarats, stellt meiner Meinung nach eine Reihe von Punkten klar. Degrowth ist weder ein Slogan noch eine Forderung, sondern ein Muss, das sich aus dem kapitalistischen Wahnsinn ergibt, der uns dorthin gebracht hat, wo wir jetzt sind. Degrowth ist auch nicht, ganz sicher nicht, ein alternativer Gesellschaftsentwurf zum selbstverwalteten Kommunismus, für den wir kämpfen, sondern eine globale Anpassung, die notwendig ist, um die Stoffwechsellücke zu stabilisieren und dann zu verringern.

Noch einmal: Das Problem, das wir diskutieren, ist nicht der Rückgang des BIP, sondern die Verringerung der physischen Entnahme und der physischen Freisetzung in die Biosphäre. Dieser globale Rückgang ist objektiv gesehen absolut notwendig. Ohne ihn wird der Kapitalismus die „metabolische Kluft“ weiter vertiefen, bis sie zu einem Abgrund wird, der mehrere hundert Millionen Menschen, die Ärmsten der Armen, verschlingen kann. Diese objektive Notwendigkeit erfordert radikale antikapitalistische Maßnahmen, um den Tauschwert radikal zurückzudrängen.

Eine Schlüsselmaßnahme ist die Enteignung des fossilen Sektors und des Finanzsektors. Öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle ist die Voraussetzung für eine Energiepolitik, die durch den Gebrauchswert gesteuert wird, durch die Befriedigung sozialer Bedürfnisse unter Beachtung ökologischer Zwänge. Die CO<sub>2</sub>-Steuer dagegen zu setzen, wie von einem Genossen nachdrücklich vorgeschlagen, ist angesichts der Dringlichkeit und des Ernstes der Lage völlig unzulänglich. Dies ist eine immer

wiederkehrende Debatte, zu der ich mich bereits geäußert habe. Man kann nicht von vornherein jede steuerliche Maßnahme ausschließen, aber die soziale Gerechtigkeit muss im Vordergrund stehen. Bei Flugreisen beispielsweise ist es logisch, Kerosin zu besteuern, aber darüber hinaus sind meiner Meinung nach Quoten besser als Preiserhöhungen.

Zweitens muss man ernsthaft versuchen, genauer zu bestimmen, was ein gerechtes ökosozialistisches Degrowth je nach Entwicklungsstand der Länder oder zumindest von Ländergruppen bedeuten kann. In den imperialistischen Ländern muss ein frontaler Kampf gegen das kapitalistische Wachstum, gegen den Imperialismus und seine neuen „grünen“ Formen (verdoppelter „grüner“ Ressourcenraub, CO<sub>2</sub>-Kompensation, REDD+ etc.) geführt und eine plausible Alternative formuliert werden, um zumindest Teile der Arbeiterklasse davon abzubringen, dass alles – Arbeitsplätze, Löhne, soziale Sicherheit, Bildung, etc. – vom „Wachstum“, d.h. von den Profiten, abhängt. Ich sage nicht, dass es einfach ist – im Gegenteil, es ist sehr kompliziert! – aber die Marschrichtung ist relativ klar. In anderen Ländern ist es komplizierter.

Und zwar deshalb, weil dort enorm viele soziale Bedürfnisse noch offen sind. Natürlich gibt es auch im Norden Arme, aber die Befriedigung ihrer Bedürfnisse hat nicht die gleichen Auswirkungen auf den Produktionsapparat. Um es klar zu sagen: In den Ländern des Südens, vor allem in den ärmsten, wäre es absurd, sich abstrakt gegen jegliches Wachstum des materiellen Konsums zu stellen, und zwar aus einem offensichtlichen Grund: Es müssen Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser, öffentliche Verkehrsmittel, Wasser- und Stromversorgungsnetze etc. errichtet werden. All dies erfordert natürlich große Mengen an Material und Energie. Politisch aktive Kräfte, die für einen ökosozialistischen Wandel eintreten und sich dabei ständig fragen müssen, ob ihr Land nicht mehr Kohlenstoff ausstößt als die Menge, die seiner historischen Verantwortung für die Erwärmung entspricht, und außerdem, ob dieses Kohlenstoffbudget sozial gerecht verteilt ist, würden sich selbst zur politischen Lähmung verurteilen, weil diese Daten nicht verfügbar sind. Und selbst wenn sie verfügbar wären, wäre dies nicht der richtige Weg: Es wäre kein Ökosozialismus, sondern Technokratie, kein Marxismus, sondern Saint-Simonismus.

Das Problem kann nur durch den Klassenkampf angegangen und gelöst werden. Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen, dass die Erfüllung des Pariser Abkommens in Bezug auf Klimagerechtigkeit bedeutet, dass das reichste eine

Prozent seine Emissionen um das Dreißigfache reduzieren muss, während die ärmsten 50 % das Recht haben, ihre Emissionen um das Dreifache zu erhöhen. Es ist einfach nicht wahr, dass die Erfüllung der legitimen Bedürfnisse der ärmsten 50 % der Welt die Klimakatastrophe beschleunigen würde. Nach Schätzungen von Forschern:innen würde dies die weltweiten Emissionen um höchstens 2 bis 3 % erhöhen. Das ist nicht unerheblich, aber dieser Anstieg kann durch die Reduzierung des Konsums der Reichen weit mehr als ausgeglichen werden.

Mit anderen Worten: Der Schlüssel zu einer den Herausforderungen angemessenen Klimapolitik liegt in der radikalen Reduzierung der Ungleichheiten durch radikale Umverteilung der Einkommen – sowohl auf globaler als auch auf nationaler Ebene –, im Erlass von Schulden, im massiven Ausbau der öffentlichen Sektoren (kostenlos oder kostengünstig) unter der Kontrolle der Bevölkerung, um Wohnraum, Nahrung, Wasser, Land, Bildung, Mobilität, Vernetzung und demokratische Rechte zu gewährleisten. Nur eine solche Politik, die sich auf das „gute Leben“ konzentriert, kann Reichtum und Bedürfnisstrukturen auf eine attraktive und nachhaltige Weise neu definieren.

Für die abhängigen Länder ist dies der Ausgangspunkt für eine Alternative zum kapitalistischen Entwicklungsmodell, das auf BIP-Wachstum durch Rohstoffförderung und Produktion für den Weltmarkt, Aneignung von Ressourcen durch Raub, CO<sub>2</sub>-Kompensation zugunsten imperialistischer Länder etc. ausgerichtet ist. Dieses Modell führt zu einer ökologischen Katastrophe auf Kosten der Armen, beseitigt nicht die sozialen Ungleichheiten und steht der Demokratie entgegen. Die konkreten Formeln hängen natürlich von der jeweiligen Situation in jedem Land ab, aber eines scheint klar zu sein: Wir müssen uns überall gegen Megaprojekte wie Staudämme, Bergwerke, neue Ölfelder etc. wehren, die der Kapitalakkumulation dienen.

[..]

Angesichts der gegenwärtigen Zivilisationskrise, der Orientierungslosigkeit und der Existenzangst erschien es uns wichtig, dass das Manifest ein sogenanntes „utopisches“ Kapitel enthält. Es handelt sich dabei um eine konkrete Utopie, die jedoch nicht Teil des ökosozialistischen Übergangsprogramms ist. Es muss überprüft werden, ob der Text zwischen den beiden Aspekten unterscheidet. In der Debatte ist es auch wichtig, Klarheit über den Inhalt dieses „utopischen“ Kapitels zu haben. Es heißt zum Beispiel nicht, dass „die Deindustrialisierung eine Priorität ist“. In diesem Fall geht es darum, die Sinnkrise der Arbeit

in den Griff zu bekommen, die durch das verursacht wird, was Marx als die reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital durch „die Maschinerie und die große Industrie“ bezeichnet, eine Subsumtion, die immer weiter geht und entmenschlichend ist.

Es ist klar, dass dies eine gewisse Deindustrialisierung und Demechanisierung voraussetzt. Beispielsweise wird man nicht von der Agrarindustrie zur ökologischen Landwirtschaft übergehen, ohne die lebendige Arbeit auf Kosten der toten Arbeit zu erhöhen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass man zur Feldarbeit, wie sie in der Vergangenheit verrichtet wurde, zurückkehren muss. Mehr lebendige Arbeit wird auf mehr wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen, die zu neuen, ausgefeilten Techniken und Verfahren führen werden.

Wir haben die Kapitel 1, 5 und 6 einer Forscherin des Weltklimarats vorgelegt, die marxistisch orientiert ist und zum Lager des „gerechten Degrowth“ gehört. Sie hat uns mehrere wichtige Hinweise gegeben, insbesondere eben, dass die jüngsten technologischen Fortschritte beispiellose Möglichkeiten eröffnen, die Bedürfnisse zu befriedigen und gleichzeitig den Energieverbrauch etc. zu senken. Unter der Voraussetzung, dass die sozialen Ungleichheiten ganz radikal reduziert werden (übrigens über das eine Prozent der Reichsten hinaus). In diesem Rahmen wollen wir klarstellen, dass ein ökosozialistisches Degrowth natürlich nicht bedeutet, dass keine mineralische Ressourcen mehr gewonnen, transportiert und industriell verarbeitet werden müssen. Ich glaube jedoch nicht, dass wir über das nötige Wissen verfügen, um über allgemeine Überlegungen zu diesem Thema hinauszugehen. Wir haben uns nicht zur Frage der „technologischer Souveränität“ positioniert, aber der Text spricht sich eindeutig für die Abschaffung des Patentsystems aus.

Übersetzung: MiWe



In seinem Buch *Mellopolis '48 – eine Reportage. Vision einer Gesellschaftsordnung nach der Überwindung des Kapitalismus* umreißt Jakob Schäfer die Vision einer Gesellschaftsordnung nach der Überwindung des Kapitalismus. Anhand einer fiktiven Reportage aus der „Stadt der Zukunft“ (Mellopolis) wird anschaulich, wie sich das gemeinschaftliche Leben in einer egalitären Gesellschaftsordnung abspielen könnte. Damit wird keine Prognose dargelegt und auch kein Plan entwickelt, wie die Mechanismen der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsprozesse abzulaufen haben. Die in der „Reportage“ zum Ausdruck kommende Vision vermittelt aber eine Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung, und zwar als eine Möglichkeit, nicht mehr, aber auch nicht weniger. 128 Seiten, 12,90 €; ISBN: 978-3-7003-2312-9

# POLYKRISE UND KAPITALISMUS

Ein Begriff ist heute ein aller Munde: „Polykrise“, der unter anderem vom amerikanischen Wirtschaftshistoriker Adam Tooze verwendet wird, um die aktuelle Weltlage zu charakterisieren, in der mehrere aktuelle oder potenzielle Krisen sich gegenseitig beeinflussen und verstärken.

■ **Norbert Holcblat**

„Eine Polykrise ist nicht nur eine Situation, in der man mit multiplen Krisen konfrontiert ist. Es ist eine Situation [...], in der das Ganze noch gefährlicher ist als die Summe seiner Teile.“<sup>1</sup>.

Tatsächlich befindet sich die Weltwirtschaft in einer Krise mit bedeutenden rezessiven Tendenzen. Doch dies ist nur Teil einer komplexen Situation:

- Der Kapitalismus ist mit großer Sicherheit in eine Phase langer Depression eingetreten ...
- in der er zunehmend auf die Intervention der öffentlichen Hand angewiesen ist, während die wirtschaftspolitischen Dilemmata zunehmen ...
- wobei wirtschaftlich und geopolitisch die Welt an einem Kippunkt steht, der vor allem (aber nicht nur) durch den Aufstieg Chinas gekennzeichnet ist. Die interimperialistischen Widersprüche verschärfen sich. Gleichzeitig spitzt sich die ökologische Krise zu.

## I. Viele wirtschaftliche Warnlampen stehen auf Rot

In diesem ersten Teil wollen wir in neun Punkten die Lage der Weltwirtschaft beleuchten.

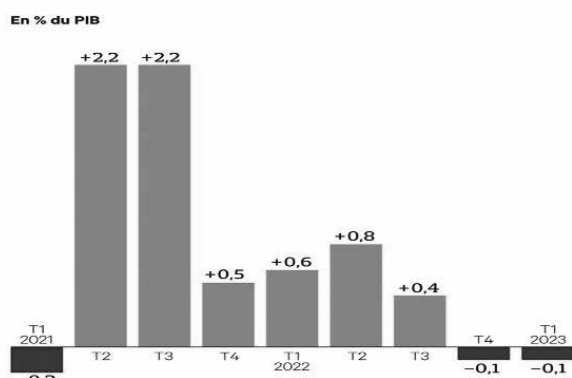
### 1. Eine deutliche Verlangsamung des Wirtschaftswachstums –

■ *In Europa:* Nach den im Juni 2023 veröffentlichten Zahlen schrumpfte das BIP der zwanzig Länder der Euro-

zone zwei Quartale in Folge, nämlich im vierten Quartal 2022 und im ersten Quartal 2023 um jeweils 0,1 %. Auch wenn es sich um begrenzte Rückgänge handelt, offiziell ist die Eurozone somit Anfang 2023 in eine technische Rezession eingetreten. Diese Rezession ist in Deutschland besonders stark. (Grafik1)

Insgesamt ist die flauere Wirtschaftsleistung vor allem auf die schwache Binnennachfrage zurückzuführen. Die Staatsausgaben wurden deutlich zurückgefahren und aufgrund von Inflation und restriktiveren Kreditbedingungen ging auch der private Konsum zurück.

**GRAFIK 1: WIRTSCHAFTSWACHSTUM IN DER EUROZONE**



Quelle: Eurostat

In Frankreich wird sich das jährliche Wachstum des BIP nach den Prognosen des INSEE [franz. Statistikbehörde, Anm. d. Übers.] von 2,5 % im Jahr 2022 auf 0,6 % im Jahr 2023 abschwächen. Mit der Zeit werden sich auch die Auswirkungen der strafferen Geldpolitik (siehe unten) bemerkbar machen. Die Immobilienkäufe privater Haushalte dürften 2023 abnehmen. Auch die Unternehmensinvestitionen werden an Schwung verlieren (+2,5 %), vor allem wegen der steigenden Zinssätze. Die Zahl neuer Arbeitsplätze wird voraussichtlich von 445 000 (im Jahr 2022) auf 175 000 sinken, sowohl für die abhängig Beschäftigten als auch für die Selbständigen.

- *Auf Weltebene:* Nach den Prognosen der OECD ist in den wichtigsten Ländern ein deutlicher Rückgang der Wirtschaftsleistung festzustellen:
- Das US-Wachstum wird sich von aktuell 1,6 % im nächsten Jahr auf 1 % verlangsamen.
- Das chinesische BIP ist 2022 nur um 3 % gewachsen. Damit ist man weit entfernt vom offiziellen Ziel (5,5 %) und erzielt nur noch eine der niedrigsten Raten seit vier Jahrzehnten. Pekings Ziel, in diesem Jahr ein Wachstum von „etwa 5 %“ zu erreichen – auch das eines der niedrigsten seit Jahrzehnten – ist nur noch ein frommer Wunsch. (Grafik 2)

**2. Die Erhöhung der Zinssätze** – Die Entscheidung der Regierungen und Zentralbanken, zur Bekämpfung der Inflation die Zinssätze zu erhöhen, ist eine wesentlicher Grund für die Stagnation (oder sogar die Rezession) und hat eine Reihe weiterreichender Auswirkungen. Mit der Geldpolitik – also mittels Wirtschaftsabschwung und Erwerbslosigkeit – soll die

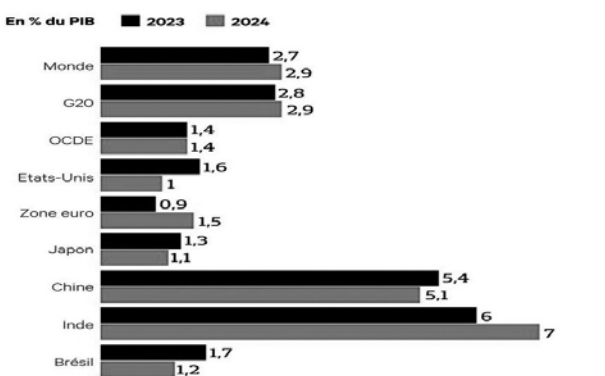
Inflation bekämpft werden, was natürlich auf Kosten der einfachen Bevölkerung geht.

**3. Ein sehr starker Anstieg der öffentlichen und privaten Schulden** – In den letzten elf Jahren hat sich die weltweite Staatsverschuldung verdoppelt. Im letzten Jahr stieg sie – bei konstanten Wechselkursen – um fast 8 % auf den Rekordwert von 66,2 Billionen US-Dollar.

Die lange Zeit niedrigen Zinssätze sind mit der Politik der Zentralbanken (Erhöhung der Zinssätze, Einstellung der Wertpapierkäufe) gestiegen. Nach Berechnungen der Anlagenberatungsfirma Janus Henderson werden 2025 die Zinskosten 2800 Milliarden US-Dollar erreichen, was 2,8 % des zu erwartenden Welt-BIP entspricht. Das ist doppelt so viel wie im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Damit werden die Kreditkosten für die OECD-Länder doppelt so hoch sein wie 2021. Nach einer Phase des Rückgangs werden damit wieder mehr Beträge an den Finanzsektor abgeführt, was die Profite der Unternehmen schmälert, aber in den OECD-Ländern (und insbesondere in Frankreich) sind wir noch weit von der Schuldenkrise entfernt, die bisweilen von den Regierungen heraufbeschworen wird, um Sparmaßnahmen und Kürzungen bei den nichtmilitärischen Ausgaben zu rechtfertigen.<sup>2</sup>

Die ärmsten Länder sind am schlimmsten dran. Nach drei Jahrzehnten eines deutlichen Rückgangs ist die extreme Armut in den letzten drei Jahren wieder angestiegen. Die wieder steigende Inflation – sie wurde durch den Krieg in der Ukraine noch verstärkt – erschwert die Lage seit Herbst 2020. Steigende Zinsen bewirken, dass diese Länder noch weiter stranguliert werden. Die Zinsdifferenzen zu den US-Staatsanleihen sind explodiert. Ein großer Teil ihrer öffentlichen Einnahmen wird für den Schuldendienst verwendet: 2021 waren es im Senegal 26,8 % (gegenüber 7,6 % im Jahr 2011). Zum einen hat die Unterbrechung der Lieferketten (aufgrund der Gesundheitskrise, des Kriegs in der Ukraine und der Klimakatastrophe) die Lebensmittel- und Energiepreise in die Höhe getrieben und das Elend verschlimmert. Zum anderen erstickte die Verschuldung die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie. Mit den seit einem Jahr gestiegenen Zinsen droht einigen Staaten der Bankrott. Nach Angaben der Weltbank sind heute 60 % der weltweiten extremen Armut in Subsahara-Afrika anzutreffen und die Zahl der Menschen in extremer Armut steigt weiter an. (Grafik 3)

**GRAFIK 2: ERWARTETES WIRTSCHAFTSWACHSTUM**



**4. Spekulationsblasen, die jederzeit platzen können, und ein geschwächtes Finanzsystem** – Belege

dafür sind die Bankenzusammenbrüche vom März 2023 (vier US-Regionalbanken sowie Credit Suisse). Die gegenwärtige Phase des Kapitalismus ist weiterhin durch die gewaltige Aufblähung des Finanzkapitals gekennzeichnet, was eines der Symptome der latenten Systemkrise ist und zur teilweisen Blockierung von Akkumulation beiträgt. Der Finanzsektor ist inzwischen entgrenzt: geografisch und zwischen den verschiedenen Märkten, auf denen Profite angehäuft werden können. Die Zahl der Finanzinstrumente erhöht sich ständig weiter. Die großen Finanzakteure werden immer mächtiger und die industriellen Oligopole finanzialisieren sich.

Wir wollen daran erinnern, dass der Finanzsektor keinen Mehrwert schafft, sondern ein Ziehungsrecht auf den anderweitig produzierten Mehrwert ermittelt. Ziehungsrecht, das sich in der gegenwärtigen Situation in erster Linie in den steigenden Dividendenzahlungen an die Aktionäre äußert. Siehe dazu den Oxfam-Bericht vom Juni 2023.<sup>3</sup>

**5. Die Inflation verlangsamt sich, bleibt aber hoch und bewirkt einen Kaufkraftverlust der unteren Einkommenschichten** – So belasten in Frankreich die Preissteigerungen die Ausgaben für den privaten

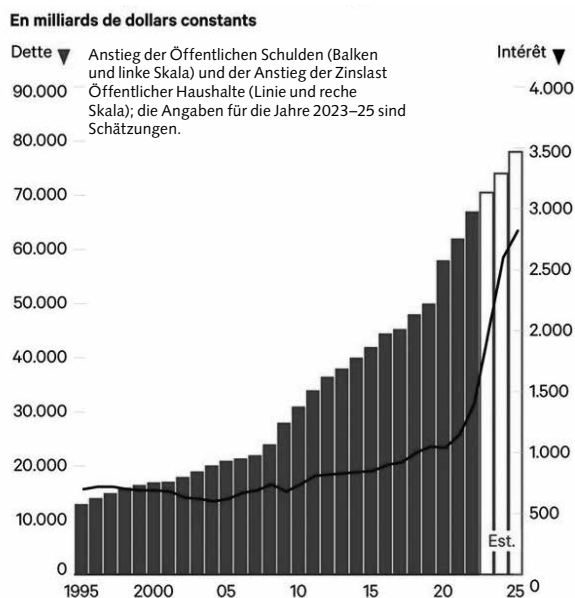
Verbrauch (die stärkste Komponente des Wachstums). Im letzten Jahr stiegen die Einkommen um 5,1 %. Da die Verbraucherpreise (nach dem offiziellen Index, dem VPI, mit seinen bekannten Unzulänglichkeiten<sup>4</sup>) jedoch um 4,8 % stiegen, wuchs die Kaufkraft nur um 0,3 %.

Dieser Trend nach unten hat sich verstärkt. Im ersten Quartal 2023 stiegen die Löhne langsamer als die Preise. Die Kaufkraft sank um 0,6 %. Die Warenkäufe, die nach der Pandemie sprunghaft angestiegen waren, sinken seit Ende 2021, wobei es bei den Waren, die sich am stärksten verteuert haben, zu dramatischen Einbrüchen gekommen ist. So führt der Anstieg der Lebensmittelpreise, der laut Statistikbehörde INSEE zwischen Juni 2002 und Juni 2023 bei 13,7 % lag, zu einem beispiellosen Rückgang des Kaufs von Lebensmitteln – minus 9,7 % gegenüber dem Vorjahr –, was die Entbehrungen deutlich macht, unter denen viele Privathaushalte leiden. Die Durchschnittswerte sagen noch nicht alles: Die Auswirkungen des Preisanstiegs treffen am stärksten die niedrigen und mittleren Einkommen. Der Großteil ihrer monatlichen Einnahmen geht in den Konsum (hohe Einkommen haben bekanntlich eine höhere Sparquote), und die Ausgaben für Lebensmittel (und oft auch für Energie) machen einen größeren Teil des Familienbudgets aus. Diese Ausgaben hängen größtenteils von Faktoren ab, auf die die Privathaushalte kurzfristig nur wenig Einfluss haben: Familienzusammensetzung, Wohn- und Arbeitsort, Art der Wohnungsheizung usw.

Trotz dieser Tatsache, die in vielen Ländern sehr ähnlich ist, fixieren sich die Fed (US-Notenbank) und die Europäische Zentralbank (EZB) auf die Lohnerhöhungen (so z. B. Christine Lagarde in ihrer Erklärung von Ende Juni 2023). Obwohl verschiedene Untersuchungen zeigen, dass für den starken Preisanstieg in erster Linie die Gewinne verantwortlich sind (siehe unten).

**6. Warenangebot** – Unterbrechungen der Lieferketten im Zusammenhang mit den Lockdowns während der Coronavirus-Pandemie 2020–2021 (in China bis einschließlich 2022) haben die Produktion eingeschränkt. Für die Mikroprozessoren, deren Produktion sich auf einige wenige Länder konzentriert (Taiwan produziert 90 % der leistungsstärksten „Chips“), ist dies immer noch nicht vollständig behoben. Die Hersteller haben Probleme, die Nachfrage zu befriedigen (politische Faktoren im Zusammenhang mit der Politik der USA gegenüber China komplizieren die Lage noch).

**GRAFIK 3: ANSTIEG DER ÖFFENTLICHEN SCHULDEN UND DER ANSTIEG DER ZINSLAST ÖFFENTLICHER HAUSHALTE**



Quelle: B. Janus Henderson

**7. Rüstungssektor** – Dieser Wirtschaftssektor expandiert zurzeit deutlich. Unabhängig von den aktuellen Ereignissen sind Militärausgaben und Kriege untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden, genauer gesagt mit dem aktuellen Kapitalismus der „bewaffneten Globalisierung“, wie Claude Serfati es ausdrückt<sup>5</sup>. Die Auswirkungen von Militärausgaben auf die Wirtschaft sind jedoch unter Ökonomen unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung heiß umstritten.

■ Mit Sicherheit haben diese Ausgaben einen keynesianischen Effekt (Verteilung von Einkommen und Unterstützung bestimmter Industrien). Sie tragen zur Anhebung der unzureichenden Gesamtnachfrage bei. Marxistische Autoren, darunter Ernest Mandel, haben ihre Auswirkungen auf die Industrie und die Absatzmärkte hervorgehoben. Mandel schreibt über die Rolle der Rüstungsausgaben: „Dies bestätigt die Diagnose von Rosa Luxemburg vor dem Ersten Weltkrieg. Sie sah für die imperialistische Epoche in der Rüstungswirtschaft den ‚Ersatzmarkt‘ schlechthin, also neue Absatzmärkte für den Verkauf von Waren und die Realisierung des Mehrwerts.“<sup>6</sup>

■ Aber man muss auch festhalten, dass es auf lange Sicht betrachtet keine feste Beziehung zwischen dem Anteil der Militärausgaben am BIP eines Staates und deren wirtschaftlichen Auswirkungen gibt. Im Vergleich zu anderen Staatsausgaben ist ihre wachstumsfördernde Wirkung als begrenzt anzusehen, sie sind eine Abschöpfung von Ausgaben, die an anderer Stelle nützlicher und effektiver sein könnten. Auch die Auswirkungen auf Forschung und Entwicklung sind umstritten. Claude Serfati hat sich besonders diesem Thema gewidmet. Er argumentiert in Bezug auf Frankreich: „Die Hartnäckigkeit, mit der Verteidigungsausgaben wegen ihres Nutzens für das Produktionssystem gerechtfertigt werden, widerspricht der gesamten heutigen Realität.“<sup>7</sup> Abgesehen davon sind Politiker:innen und Kapitalist:innen, nie um eine Rechtfertigung verlegen, die Militärhaushalte zu rechtfertigen, wenn es darum geht, im interimperialistischen Wettbewerb „mitzuhalten“ und zu diesem Zweck das „Wahnsinnsgeld“ (Macron) anzuprangern, das in die Sozialpolitik gesteckt wird. Letztere ist Gegenstand zahlreicher Beurteilungen und Kontrollen, und diejenigen, die Geld aus diesem Etat bekommen, werden ständig des Betrugs verdächtigt, während Aufträge für die Rüstungsindustrie nicht kontrolliert werden und Waffenexporte ein Herd der Veruntreuung öffentlicher Gelder und der Korruption sind.

■ Im Falle Frankreichs sind die Produktion und der Export von Waffen zwar eine der wenigen Stärken der fran-

zösischen Industrie (Frankreich ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt), doch die Militärausgaben haben den Niedergang der Industrie insgesamt nicht verhindert und basieren zu einem großen Teil auf dem Import verschiedenster Bauteile.

**8. Beschäftigungslage** – Ein Punkt ist auf den ersten Blick positiv: Die Beschäftigungslage mit einem Anstieg der Zahl der Arbeitsplätze und einem Rückgang der Erwerbslosigkeit, der angesichts eines begrenzten Wachstums nicht so einfach zu erklären ist. Ein Artikel von Romaric Godin in *Mediapart*<sup>8</sup> macht deutlich, dass es diese ungewöhnliche Beziehung zwischen Beschäftigung und Produktion in mehreren „westlichen“ Ländern gibt. In den USA ist sie etwas weniger stark ausgeprägt, in Großbritannien und Deutschland jedoch recht deutlich. Ein Grund dafür ist der Druck auf die Löhne: Die Reallöhne sind in den meisten OECD-Ländern gesunken: Zwischen dem ersten Quartal 2022 und dem ersten Quartal 2023 sanken sie durchschnittlich um 3,8 %.

In Frankreich haben die massiven Beihilfen für Unternehmen dazu beigetragen, dass einige Unternehmen über ihren unmittelbaren Bedarf hinaus Arbeitsplätze halten konnten (z. B. bis zur Überwindung von Lieferengpässen). Aber auch andere Unternehmen konnten auf diese Weise überleben, obwohl sie eigentlich hätten Konkurs anmelden müssen. Darüber hinaus gibt es zusätzlich zu allen Einstellungsbeihilfen einen speziellen Motor, der die Einstellung von Personal unterstützt. Die Vergünstigungen, die die Unternehmen für die Lehrlingsausbildung erhalten, sind seit 2018 erheblich gestiegen. Diese Arbeitsverträge machen ein Drittel der neu geschaffenen Arbeitsplätze aus. Die Zahl der Auszubildenden ist damit von 437 000 (Ende 2018) auf 980 000 (Ende 2022) gestiegen. Laut INSEE wird die Arbeitslosenquote bis Ende 2023 stabil bei 7,2 % der Erwerbsbevölkerung bleiben.

Wie dem auch sei, die Gesamtzahl neu geschaffener Arbeitsplätze sagt natürlich nichts über die Qualität dieser Arbeitsplätze aus (Lohn, Art des Vertrags, Arbeitszeit). Das Ziel der Vollbeschäftigung, das Macron gelegentlich erwähnt, ist bestenfalls eine statistische Vollbeschäftigung (mit einer Arbeitslosenquote um die 5 %), die sowohl auf einer Erhöhung des Drucks auf die Arbeitslosen als auch auf prekären Arbeitsverhältnissen und niedrigen Löhnen für einen erheblichen Teil derjenigen beruht, die eingestellt werden sollen. Dies verweist auf Marx' Analysen der industriellen Reservearmee: Im Kapital werden drei Kategorien dieser „Reserve“ unterschieden, von denen



eine durch ein Hin und Her zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sowie durch niedrige Löhne gekennzeichnet ist: „Die dritte Kategorie der relativen Überbevölkerung, die stockende, bildet einen Teil der aktiven Arbeiterarmee, aber mit durchaus unregelmäßiger Beschäftigung. Sie bietet so dem Kapital einen unerschöpflichen Behälter disponibler Arbeitskraft. Ihre Lebenslage sinkt unter das durchschnittliche Normalniveau der arbeitenden Klasse, und gerade dies macht sie zur breiten Grundlage eigner Exploitationszweige des Kapitals. Maximum der Arbeitszeit und Minimum des Salairs charakterisieren sie.“<sup>9</sup> (Grafik 4)

**9. Die Profite** – Es ist schwierig, die tatsächlichen Profitraten anhand der Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Informationen aus den Unternehmen zu bestimmen. Bislang – und obwohl es nicht zu massiven Unternehmensschließungen kam, was schließlich (aufgrund der wegfallenden Konkurrenten) die Profitraten der anderen befördert – geht es den Profiten nach Aussage der Manager der großen Unternehmen recht gut (es sei denn,

man stellt nicht nur die statistischen Daten, sondern auch die Selbstzufriedenheit der Kapitalisten infrage).

Die Gewinne stiegen 2020 stark an und scheinen sich trotz steigender Kosten vorerst zu halten. Carlos Tavares (Vorstandsvorsitzender von Stellantis) äußerte sich Ende Juli 2022 stolz und zuversichtlich: Auch wenn es zu neuen großen Schockwellen – etwa eine Weltwirtschaftskrise oder eine Energiekrise in Europa – kommen sollte, wird Stellantis in der Lage sein, sie zu bewältigen: „Im ersten Halbjahr ist unser Break-even-Punkt auf 40 % des Umsatzes gesunken. Wir könnten einen Umsatzrückgang von 60 % verkraften und wären immer noch profitabel.“

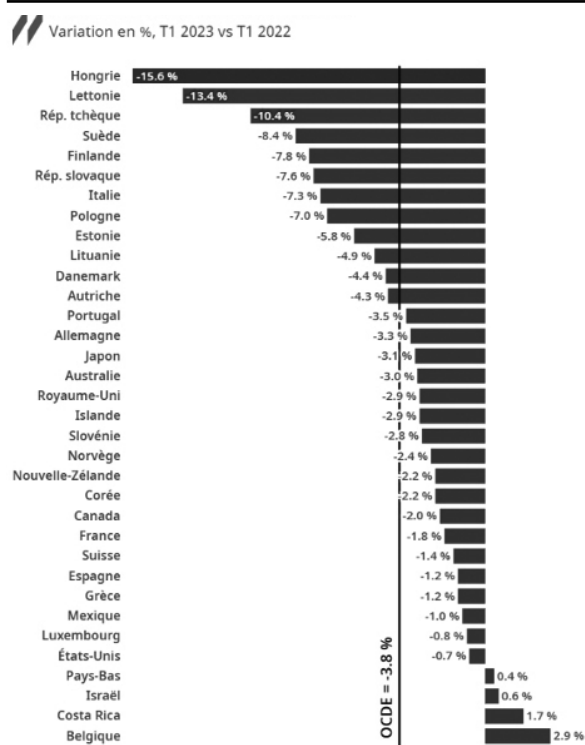
In Frankreich stiegen die Gewinnmargen trotz des Konjunkturrückgangs und der steigenden Zinssätze. Im ersten Quartal 2023 erreichten sie 32,3 % der Wertschöpfung, verglichen mit 31,9 % im dritten und vierten Quartal 2022.

Hierfür waren zwei Faktoren entscheidend. Zum einen wurden die Gewinne durch staatliche Maßnahmen angekurbelt – etwa die erneute Senkung der Produktionssteuern durch die Abschaffung der Hälfte der Wertschöpfungssteuer (CVAE) oder die Hilfen, die gegeben wurden, um den Anstieg der Gas- und Strompreise für die Unternehmen abzufedern. Zum anderen – und dies ist eine allgemeine Feststellung des INSEE und der Wettbewerbsbehörde für Frankreich sowie auf internationaler Ebene der OECD und des IWF – haben die Unternehmen die Kostensteigerungen (Löhne und Zulieferungen) mehr als nur weitergegeben und damit ihre Gewinne gesteigert und zur Inflation beigetragen. In einem Dokument von IWF-Ökonomen wird der Anteil der Gewinne an der Inflation in der Eurozone zwischen Anfang 2022 und Anfang 2023 auf 45 % geschätzt. In Großbritannien und den USA macht derzeit ein Begriff Furore: „Greedflation“ (Inflation der Gier).<sup>10</sup>

Neuere Beiträge des französischen Statistikamtes INSEE belegen, dass die Lebensmittel- und Getränkeindustrie hohe Gewinne erzielt hat: Das EBITDA (Bruttobetriebsüberschuss) stieg im ersten Quartal auf 7 Milliarden Euro, das sind 18 % mehr als im Vorquartal. Damit ist in diesem Sektor die Gewinnspanne auf 48 % gestiegen. Es gibt derzeit eine „Gewinn-Preis-Spirale“ und nicht eine „Lohn-Preis-Spirale“, aber in Sachen „Greedflation“ gibt es zwei Einschränkungen:

- Die unterschiedliche Lage der Unternehmen – also Größe und Stellung in der Produktions- und Vertriebskette – führt zu unterschiedlichen Möglichkeiten, die Preise zu erhöhen;

**GRAFIK 4: ENTWICKLUNG DER REALLÖHNE ERSTES QUARTAL 2023 GEGENÜBER ERSTEM QUARTAL 2022**



Quelle:OECD

■ Die angeprangerte „Gier“ ist ein ständiges Merkmal des Kapitalismus und ist dies umso mehr, je stärker die Machtverhältnisse (d. h. die Monopolisierung der Wirtschaft und das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit) dies zulassen.

Insgesamt scheinen trotz der möglichen Wirkungen der Militärausgaben und der Milliarden, die von den Staaten zur Unterstützung der Unternehmen ausgegeben werden (siehe weiter unten die Entwicklung zum „Kapitalismus am Tropf“), derzeit alle Zutaten für eine starke Verlangsamung der Weltwirtschaft gegeben zu sein.

## II. Die „lange Depression“

Ernest Mandel hat eine Analyse und Interpretation der „langen Wellen“ des Kapitalismus geliefert<sup>9</sup>. Diese über mehrere Jahrzehnte sich erstreckenden Bewegungen der Wirtschaft haben jeweils eine expansive und eine rezessive Phase, in denen kurze Zyklen eingelagert sind. Während die Umkehr einer expansiven Phase in eine rezessive Phase endogenen Mechanismen entspringt (z. B. die Erschöpfung der Faktoren, die das anhaltende Wachstum der imperialistischen Zentren von den 1940er bis Ende der 1960er Jahre ermöglichten), benötigt – laut Mandel – der Übergang von einer rezessiven zu einer expansiven Phase exogene Faktoren (Kriege, imperialistische Expansion). Die jüngsten Entwicklungen im Kapitalismus können dazu führen, dass man sich fragt, ob dieses Schema für die Jahre nach der großen Wende des Kapitalismus in den 1970er Jahren (im Zuge dessen, was als „Ölschock“ bezeichnet wurde) weiterhin passt.<sup>12</sup>

Der englische marxistische Ökonom Michael Roberts unterscheidet<sup>13</sup>:

- zyklische Rezessionen, auf die Expansionsphasen folgen;
- große Depressionen mit langanhaltenden Perioden niedrigen durchschnittlichen Wachstums, in denen die Erholung schwach und begrenzt bleibt.

Nach Roberts ist die aktuelle Phase die dritte große Depression in der Geschichte des Kapitalismus. Sie habe 2007–2008 mit dem Finanzcrash und der anschließenden weltweiten Rezession begonnen. Die Periode des schwachen Wachstums wurde anschließend von der Corona-Krise und dem Krieg in der Ukraine geprägt. Abgesehen von den Problemen der Periodisierung besteht die Hauptdifferenz zwischen Mandel und Roberts darin, dass für letzteren die Umkehrung der langen Wellen in beiden Richtungen (von rezessiver zu expan-

siver Phase und umgekehrt) auf interne Faktoren des kapitalistischen Wirtschaft zurückzuführen ist.<sup>14</sup>

In ihrer Prognose vom Juni dieses Jahres hebt die OECD hervor, dass – ungeachtet verschiedener Unwägbarkeiten – das Wachstum in den Industrieländern aus strukturellen Gründen schwach bleiben wird:

- Die Arbeitsproduktivität wird zurückgehen.
- Die Investitionen in produktives Kapital in den Volkswirtschaften der Mitgliedsländer waren seit 2010 bedeutend geringer als in den vorangegangenen Jahrzehnten. Dafür ist Japan ein bezeichnendes Beispiel: In den 1980er Jahren betrug das Wachstum des Produktivkapitals mehr als 5 % pro Jahr. Seit 2010 liegt es fast bei null. In der Eurozone ging das Wachstum von fast 3 % auf unter 1 % zurück.

Was die Produktivität betrifft, so besteht eine deutliche Kluft zwischen dem allgemeinen Diskurs und den Feststellungen, die viele von uns treffen können, einerseits und den makroökonomischen Daten andererseits: Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) bewirken weiterhin keine Erhöhung der Produktivitätszuwächse. Das INSEE hat – je nach Sektor – unterschiedliche Auswirkungen festgestellt, hat aber auch Folgendes festgehalten: Es gibt eine „allmähliche Verlangsamung der Produktivitätsgewinne in der Gesamtwirtschaft, zu beobachten in Frankreich sowie den meisten entwickelten Ländern.“<sup>15</sup>

Das INSEE fasst die Debatte über Produktivitätsgewinne folgendermaßen zusammen: „*Techno-Optimisten und Techno-Pessimisten*. Das Aufkommen der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und die damit einhergehenden Änderungen des Produktionsapparats erinnern an frühere industrielle Revolutionen (Mechanisierung der Produktion oder Einführung der Elektrizität). Aber die Produktivitätsfortschritte sind nicht in dem angenommenen Maß eingetreten. Der Nobelpreisträger Robert Solow wunderte sich bereits Ende der 1980er Jahre über das Paradoxon, dass „Computer überall zu finden sind, nur nicht in den Produktivitätsstatistiken“ [Solow, 1987]. Angesichts der Tatsache, dass die Produktivitätszuwächse in jüngster Zeit besonders in den nicht IKT-produzierenden Sektoren nachgelassen haben, werden die künftigen Produktivitätszuwächse der IKT zwischen den Techno-Pessimisten und den Techno-Optimisten kontrovers diskutiert. Für die Pessimisten sind die Produktivitätsgewinne bereits erschöpft, weil die Wirkung des IKT-Einsatzes mit vermehrter Anwendung von IKT abnehmen kann [z. B. Gordon, 2015]. Für die Optimisten

stehen die Auswirkungen dieser technologischen Revolution noch aus und mit der allmählichen Senkung der Übergangskosten könnte eine Steigerung der Produktivität eintreten, genauso wie zur Zeit der Einführung und Anwendung der Elektrizität [z. B. Brynjolfsson, Rock und Syverson, 2017]<sup>16</sup>.

Die Ausweitung des Anteils des Dienstleistungssektors am BIP ist eines der Momente, die für die Verlangsamung der Produktivitätszuwächse verantwortlich sind. Ein anderes ist die Tatsache, dass bestimmte Aktivitäten sich eher auf Niedriglohnbeschäftigung und Parzellierung als auf Technologie stützen. Insgesamt jedoch gibt es noch keine ausreichende Erklärung.

### **Die Pandemie: Ein Kapitalismus am Tropf**

Bei Ausbruch der Pandemie hatte der Kapitalismus, zumindest in den OECD-Ländern, immer noch mit den Folgen der Krise von 2008/09 zu kämpfen, der sogenannten „Subprime-Krise“. Insgesamt betrachtet wurde der Kapitalismus an den Tropf gehängt. Am 12. März 2020 kündigte Emmanuel Macron an, die Regierung werde sich dem Coronavirus stellen „koste es, was es wolle“. Auch wenn es nicht überall mit demselben Nachdruck verkündet wurde, haben die verschiedenen Staaten ihre Ausgaben weit über die ursprünglich vorgesehenen Haushaltsvorgaben hinaus erhöht. Zu der seit der Krise 2008/09 andauernden lockeren Geldpolitik der Zentralbanken kamen massive Subventionen des Staates für Unternehmen hinzu (und in weitaus geringerem Umfang auch Hilfen für Arbeitslose).

Dies hat dazu geführt, dass die tiefe Rezession nicht zu einer bedeutsamen Kapitalvernichtung führte: Im Verlauf der Coronavirus-Krise gab es keine großen Konkurse (mit der Ausnahme von Kaufhausketten in den USA). Wenn man zurückdenkt, ist dies kein völlig neues Phänomen.

Konkurse für große Banken und sehr große Unternehmen scheinen im heutigen Kapitalismus immer seltener einzutreten. Große Banken werden von den Regierungen aus Angst vor den Risiken, die ihr Zusammenbruch mit sich bringen würde, gerettet (diese Banken sind demnach „too big to fail“, zu groß, um pleitezugehen). Die großen Industrie- und Transportunternehmen restrukturieren sich, bauen Arbeitsplätze ab, schließen Betriebe und wälzen ihre Schwierigkeiten auf die Zulieferer ab.

Eine weitere Folge dieser Unterstützungen ist, dass kein fiktives Kapital vernichtet wurde. Im Gegenteil: Dank der massiven Wertpapierkäufe der Zentralbanken blühten die Finanzmärkte schnell wieder auf und die

Milliardäre wurden noch reicher (2020 stieg ihr Vermögen weltweit um 1900 Milliarden).

In der Eurozone wurden die Regeln zur Begrenzung der Haushaltsdefizite und der staatlichen Beihilfen vorübergehend ausgesetzt. Die EZB hat ihre Interventionen gesteigert. Darüber hinaus wurde als wichtige Neuerung im Juli 2020 ein europäischer Konjunkturfonds („Next Generation EU“) eingerichtet, der durch eine von der Europäischen Union ausgegebene Anleihe finanziert wird. Einige, auch Linke, sahen in diesen Maßnahmen erste Schritte einer grundlegenden und „progressiven“ Wende der EU, die begonnen habe, sich von den Haushaltsregeln zu lösen, die sich aus dem Vertrag von Maastricht und den nachfolgenden Vereinbarungen ergeben hatten. Nüchterner und realistischer hat der bereits zitierte amerikanische Ökonom Adam Tooze darauf hingewiesen, dass die 2020 in den USA, der EU und anderswo ergriffenen haushaltspolitischen und sonstigen Maßnahmen einer „von Grund auf (...) konservativen Logik“ folgen<sup>17</sup>. In der Tat geht es darum, das System und seine Akteure (Banken, Großunternehmen) zu retten. Dafür sind selbst absolute Neoliberale bereit, Geld auszugeben, um natürlich später zur Austeritätspolitik zurückzukehren.

### **Nach Covid, die Ukraine**

Nach dem Höhepunkt der Pandemie wurde der Optimismus, mit dem die führenden Politiker die Pandemie und ihre Folgen vergessen machen wollten, schnell getrübt. Zunächst überwog noch die Analyse, nach der die Probleme hauptsächlich auf die plötzliche Wiederbelebung der Wirtschaft nach den Lockdowns zurückzuführen waren. Diese Analyse negierte die strukturellen Ursachen. Dabei verweisen die Lieferengpässe (Rohstoffe, elektronische Bauteile, Ersatzteile) auf typische Merkmale des neoliberalen Modells (Aufspaltung der Produktionsprozesse, Just-in-time, Null-Lagerbestände).

Der Krieg gegen die Ukraine und seine Folgen haben die wirtschaftlichen Spannungen verschärft:

■ Zunächst einmal kam es zu einem Inflationsdruck bei Öl, Gas, Getreide usw. In der Folge stiegen die Verbraucherpreise ganz gewaltig. Der Anstieg der Inflation war Anlass für eine Flut von Kommentaren und Analysen. Mainstream-Ökonomen sehen eine Lohn-Preis-Spirale: Es bestehe die Gefahr, dass der Preisanstieg das „schlafende Monster“ (die Lohnforderungen) wecke. In Wirklichkeit geht es heute jedoch (wie oben beschrieben) um eine Profit-Preis-Spirale.

■ Sodann wurden die rezessiven Tendenzen deutlicher: Seit Anfang 2022 korrigiert der IWF seine Wachstumsprognosen immer wieder nach unten.

### **Dilemmata und Zwänge der Wirtschaftspolitik**

Die Wirtschaftspolitik scheint zwischen Skylla und Charybdis hin- und herzuschwanken:

■ Um die Inflation zu bekämpfen, setzen die Regierungen und Zentralbanken das Instrument der Zinsanhebung ein, was rezessive Tendenzen verstärkt. Angesichts des Inflationsdrucks hatten die Zentralbanken, insbesondere die US-Notenbank und die Europäische Zentralbank, bereits vor der Invasion in die Ukraine beschlossen, von der Politik des „billigen Geldes“ abzugehen und die Zinssätze zu erhöhen, um die Inflation zu dämpfen. Im Laufe des Sommers bekräftigten sie diesen Kurs. Dies kann jedoch die depressiven Tendenzen nur vertiefen und die Schwierigkeiten der Länder im Globalen Süden noch vergrößern:

■ Die Staatsverschuldung führt zu einer Intensivierung der Arbeit von Rating-Agenturen. Das Rating eines Landes hat einen Einfluss auf die Kosten, zu denen es auf den Finanzmärkten Kredite aufnehmen kann. Rating-Agenturen sind private Unternehmen (weltweit gibt es drei große), deren Geschäftsmodell darin besteht, Informationen über die Kreditwürdigkeit eines Schuldners zu geben, d. h. über seine Fähigkeit (oder seinen Willen), seine Kredite zurückzuzahlen. Je höher die Investoren das Risiko einschätzen, das sie eingehen, desto höher ist die Vergütung (Zinssatz), die sie verlangen. Daher der Wille, vor allem in der Eurozone, die Haushaltsausgaben zu kürzen, um die Defizite unter Kontrolle zu halten, da die neoliberale Lehre Steuererhöhungen verbietet. Langfristig erhöht sich damit das Risiko eines Abbaus öffentlicher Dienstleistungen.

■ Wenn bei niedrigem Produktivitätszuwachs die Profitraten aufrecht erhalten bleiben sollen, führt dies zu einem erhöhten Druck auf die Löhne (oder die Unternehmen, die es können, erhöhen die Preise), was wiederum die Nachfrage dämpft.

■ In einigen Regierungs- und Wirtschaftskreisen ist man sich bewusst, dass der Finanzsektor neu reguliert werden muss, um neue große Erschütterungen zu vermeiden. Die bestehenden Instrumente (Basel 1, 2 und 3) sind unzureichend oder werden von den Akteuren auf den Finanzmärkten umgangen. Die Regularien zu ändern, würde bedeuten, das gesamte derzeitige Gebäude infrage zu stellen, das durch die gewaltige Ausdehnung des Finanzkapitals

und dessen Einfluss auf die Regierungen und Staatsapparate gekennzeichnet ist.

■ Das Bewusstsein von der ökologischen Krise ist zwar weit verbreitet (auch wenn man sich noch nicht über deren Beschleunigung im Klaren ist), aber die Staaten – in trauter Union mit dem Großkapital – erweisen sich als unfähig, sie zu bewältigen, denn dies würde zumindest Eingriffe in die Profitlogik erfordern. Statt die globale Erwärmung zu bekämpfen, geht es also vor allem darum, „mit ihr zu leben“, indem man auf diesem Feld zusätzliche Profit- und Investitionsmöglichkeiten findet.

### **III. Eine andere Welt?**

Mit der „großen Depression“ gehen große strukturelle Änderungen des Kapitalismus einher, die hier – unterschiedlich detailliert – erläutert werden sollen:

■ *Eine neue Phase der Globalisierung.* Es handelt sich nicht um eine Deglobalisierung, sondern um eine Neuaufstellung des internationalen Handels und eine Umstrukturierung der Wertschöpfungsketten. Der Welthandel der vor 2010 doppelt so schnell wuchs wie das BIP, nimmt ab. Dafür gibt es mehrere Erklärungen: Anstieg der Transportkosten, Lohnsteigerungen in China, Beschleunigung der Automatisierung (Robotereinsatz) an den Montagebändern, aber auch noch Probleme bei den Lieferketten oder der Qualität und Sicherheit verlagertes Produktion. Die Auswirkungen sind je nach Sektor verschieden. Hinzu kommen politische Bemühungen, die auf eine Rückverlagerung von Produktionsstätten oder die Verlagerung in „sichere“ Länder drängen. „Neben den Rückverlagerungen gibt es auch eine Verlagerung in befreundete Länder, wodurch strategische Güter entweder zu Hause oder in verbündeten Ländern produziert werden“, schreibt die Welthandelsorganisation (WTO) über die Folgen des Ukrainekriegs.

■ *Ein Kapitalismus, der zum Wohl der Unternehmen und der Aktionäre Neoliberalismus und öffentliche Kredite kombiniert.* Man braucht sich dazu nur die Milliardensummen anzuschauen, die in den USA, China und der EU ausgegeben wurden, um die Entwicklung von Fabriken zur Herstellung von Mikroprozessoren oder Batterien für Elektroautos voranzutreiben. Die Rückkehr zur Politik der Unterstützung der Industrie vollzieht sich vor dem Hintergrund der Konkurrenz von Staaten, bei der die USA (aufgrund der weiterhin bestehenden zentralen Rolle des Dollars als Leitwährung) und – in geringerem Maß – Deutschland mehr Möglichkeiten haben, die Hilfen an die Industrie auszudehnen.

■ *Umwälzung der geopolitischen Weltlage*, die in erster Linie durch den wirtschaftlichen, militärischen und politischen Aufstieg Chinas gekennzeichnet ist. Dies zeigt sich vielfältig, und zwar nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene: Auf der internationalen politischen Bühne hat China eine Annäherung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran gefördert und eine Konferenz mit zentralasiatischen Republiken der ehemaligen Sowjetunion ohne Russland organisiert. Auf einigen Feldern hinkt China noch hinterher: Trotz gewaltiger Anstrengungen kann es noch nicht die neuesten Mikroprozessoren herstellen.

■ Die USA sind bemüht, ihre geopolitische und technologische Vormachtstellung zu bewahren. Mit der Ertüchtigung der NATO haben sie einen wichtigen Etappensieg errungen und versuchen nun, dies mit der „Hinwendung zu Asien“ (also weit außerhalb des ursprünglichen Bezugs der Organisation, nämlich des Nordatlantiks) für ihre Strategie gegenüber China zu nutzen. Außerdem will Joe Biden die amerikanische Wirtschaft auf dem Gebiet der neuen Technologien stärken. Er lässt im Kongress große Programme verabschieden, trotz der Schwierigkeiten, die ihm die Republikaner bereiten (die vor allem die sozialen Komponenten dieser Programme blockieren). Dabei handelt es sich zunächst um Großprojekte, die es dem Staat ermöglichen, die Infrastruktur instand zu setzen: Brücken, Autobahnen, Kanalisation, Internet ..., wofür insgesamt Ausgaben des Bundeshaushalts in Höhe von 550 Mrd. US-Dollar angesetzt sind. Sodann das „Gesetz zur Eindämmung der Inflation“ (inflation reduction act), für das 400 Mrd. Dollar vorgesehen sind, um die Industrie zu unterstützen und den energetischen Umstieg auf Produkte „Made in America“ zu beschleunigen. Hinzu kommt das „CHIPS and Science Act“ (Chips und Wissenschaftsgesetz, 280 Mrd. im Zeitraum von zehn Jahren), mit dem Fabriken der Hochtechnologie in den USA angesiedelt werden sollen. Diese Programme rufen in der EU Unruhe hervor, denn damit werden US-Firmen bzw. Firmen, die in den USA produzieren, bevorzugt. Außerdem sind die USA nicht einfach nur bestrebt, ihre Produktionskapazitäten zu entwickeln, sondern auch ihren technologischen Vorsprung gegenüber China aufrecht zu erhalten. So ist es ihnen im März 2023 gelungen, der niederländischen Firma ASML, Herstellerin von Maschinen zur Fertigung von miniaturisierten Halbleitern, aufzuerlegen, ihre Verkäufe in China zu drosseln. Die Regierung will auch Investitionen in und Exporte nach China einschränken, wenn sie geeignet sind, den technologischen Fortschritt dieses Landes zu unterstützen.

■ Mit der Militarisierung der Welt gerät Europa ins Hintertreffen und ist bemüht, sich gegenüber einerseits den USA (die wie bereits ausgeführt, mehr Möglichkeiten für eine aktive Industriepolitik haben) und andererseits gegenüber Russland (das trotz seiner Schwierigkeiten in der Ukraine natürlich eine Militärmacht bleibt) zu behaupten. In der EU konkurrieren die Mitgliedsstaaten darum, Investitionen anzuziehen: Tesla, Fertigungsstätten für Batterien für Elektroautos, für Mikroprozessoren usw.

■ Schließlich – wir können auf diesen wichtigen Punkt an dieser Stelle nicht näher eingehen – weist die Bedeutung der ökologischen Krise auf die Grenzen hin, mit denen die Länder im Zentrum des kapitalistischen Systems konfrontiert sind. Bislang konnten sie annehmen (nicht zuletzt, weil sie in klimatisch gemäßigten Zonen liegen), dass die Erderwärmung und ihre Auswirkungen vor allem die Inseln im Pazifik, Bangla Desh, die Sahelzone usw. treffen. Dies ist nicht mehr der Fall ... auch wenn die Herrschenden nicht bereit sind, sich diesem Problem zu stellen.

#### IV. Schlussfolgernd

Wir müssen uns intensiver mit der „Polykrise“ befassen. Es gibt in der Tat verschiedene Krisen, die ineinandergreifen und deren Auswirkungen sich kombinieren, aber dem liegt etwas Entscheidende zugrunde: Die Sackgassen des Kapitalismus, ein System, dessen Widersprüche sich verschärfen, aber nur von „denen da unten“ durch eine nicht rückwärtsgewandte Alternative überwunden werden können.

Vom Autor erweiterte Fassung seines Artikels, der am 7. August 2023 in *L'anticapitaliste* erschienen ist.

■ *Übersetzung: Jakob S.*

1 Adam Tooze, Chartbook #130 Defining polycrisis – from crisis pictures to the crisis matrix. Siehe <https://adamtoozee.substack.com/p/chartbook-130-defining-polycrisis>

2 Isabelle This Saint-Jean, « La dette, la dette, la dette ! », Alternatives économiques, 21/08/2023 [https://www.alternatives-economiques.fr/isabelle-this-saint-jean/dette-dette-dette/00107523?utm\\_source=emailing&utm\\_medium=email&utm\\_content=21082023&utm\\_campaign=quotidienne](https://www.alternatives-economiques.fr/isabelle-this-saint-jean/dette-dette-dette/00107523?utm_source=emailing&utm_medium=email&utm_content=21082023&utm_campaign=quotidienne)

3 Rapport-Oxfam-SBF ([https://www.oxfamfrance.org/wp-content/uploads/2023/06/Rapport-Oxfam-SBF-\\_dividendes\\_DEF.pdf](https://www.oxfamfrance.org/wp-content/uploads/2023/06/Rapport-Oxfam-SBF-_dividendes_DEF.pdf))

4 Zur Frage der Referenzwerte beim Messen der Inflation siehe <https://institutlaboetie.fr/inflation-la-lutte-des-classes-par-les-prix/>.

5 Claude Serfati, « La mondialisation armée », Textuel, 2001.

**6** Ernest Mandel – <http://www.ernestmandel.org/new/ecrits/article/europe-relance-et-austerite>

**7** Claude Serfati : <https://osintpol.org/2017/04/11/claude-serfati-l-acharnement-a-justifier-depenses-de-defense-sur-la-base-de-leur-utilite-pour-le-systeme-productif-va-a-l-encontre-de-toute-realite-contemporaine/>

**8** <https://www.mediapart.fr/journal/economie-et-social/090623/le-cout-eleve-de-la-hausse-de-l-emploi>

**9** Karl Marx, Das Kapital Bd. I, MEW 23: 672

**10** Robert Reich, 1. Juni 2023: <https://robertreich.substack.com/p/its-greedflation-stupid>

**11** Ernest Mandel: „Die langen Wellen im Kapitalismus“, Frankfurt (isp-Verlag) 1983, Michel Husson hat zur franz. Ausgabe ein Nachwort verfasst, das auf der Website von Contretemps zu finden ist: <https://www.contretemps.eu/a-lire-la-postface-de-les-ondes-longues-du-developpement-du-capitalisme-de-ernest-mandel/>

**12** Michel Husson hat Mandels Analyse verteidigt und aktualisiert Siehe <http://alencontre.org/marxisme/leconomie-dernest-mandel-hier-et-aujourd'hui.html>

**13** Ein Gespräch mit Michael Roberts führte Romaric Godin am 4. Juni 2023 für Mediapart : <https://www.mediapart.fr/journal/economie-et-social/040623/le-capitalisme-traverse-une-longue-depression>

**14** Michael Roberts, « Cycles in capitalism », July 2013. *“Crises are endogenous because of the main contradiction within the capitalist mode of production, of accumulation for profit and not need. But also it is possible for capitalism to recover and soldier on ‘endogenously’ when sufficient old capital is destroyed in value (and sometimes physically) to allow a new period of rising profitability.”* <https://thenext-recession.files.wordpress.com/2013/07/cycles-in-capitalism.pdf>

**15** INSEE, 2018 Informatisation, productivité et emploi : des effets différenciés entre secteurs industriels selon le niveau technologique, <https://www.insee.fr/fr/statistiques/3650299>

**16** ibid

**17** Adam Tooze, « L’arrêt – comment le Covid a ébranlé l’économie mondiale », Les Belles Lettres, 2022



# AUTOSTREIKS IN DEN USA

Der Streik der Beschäftigten der Autoindustrie endete mit einem Sieg, der die US-Arbeiter:innenbewegung verändern könnte

## ■ Dan La Botz

Die United Auto Workers [UAW, Gewerkschaft der Beschäftigten der Automobilindustrie u. a.] führte einen 45-tägigen Streik gegen die drei großen US-Autokonzerne Ford, Stellantis und General Motors durch, der in dem im Oktober ausgehandelten Vertrag nicht nur große Lohnerhöhungen und die Beseitigung von Stufenlöhnen [niedrigere Löhne für Neueingestellte] erreichte, sondern auch in die Kontrolle der Konzerne über ihre Werke eingriff. In den Vereinigten Staaten hat es jahrzehntelang keine Gewerkschaft gegeben, die einen solchen Streik anführte. Zum ersten Mal griff die UAW alle drei Unternehmen auf einmal an, indem sie einen eskalierenden Streik in strategisch ausgewählten Werken durchführte, an dem schließlich 50 000 Arbeiter:innen im ganzen Land beteiligt waren, und der die Konzerne zum Nachgeben zwang.

Dieser Streik hat vier signifikante Ergebnisse. Erstens werden die Löhne der 150 000 gewerkschaftlich organisierten Autoarbeiter:innen in den nächsten viereinhalb Jahren um mindestens 25 Prozent [5 % pro Jahr] steigen. Er wird auch Arbeiter:innen der zweiten und dritten Eingangsstufe auf das gleiche Niveau wie ihre Kollegen heben, was für einige eine Lohnerhöhung von mehr als 150 Prozent bedeutet. Viele Zeitarbeitskräfte werden zu Festangestellten. Der neue Vertrag stellt auch die 2008 verlorene Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten wieder her, die zu einer zusätzlichen Lohnerhöhung von 5 bis 10 Prozent führen könnte. Am Ende der Laufzeit des Vertrags werden Autoarbeiter:innen 82 000 US-Dollar pro Jahr verdienen, vielleicht sogar 100 000 US-Dollar mit Gewinnbeteiligung, Boni und Überstunden. Autoarbeitern wird es finanziell deutlich besser gehen als in den letzten Jahrzehnten.

Zweitens griff die UAW in die gewohnheitsmäßigen unternehmerischen Vorrechte in Bezug auf Investitionen

ein. Sie stellte Forderungen an die Unternehmen, die die Gewerkschaftsmitglieder schützen sollten, während die Branche den Übergang von Verbrennungs- zu Elektromotoren vollzieht. Ford- und GM-Arbeiter:innen in neuen Batteriefabriken, die die Unternehmen in Tennessee, Ohio und Michigan bauen, werden in den Tarifvertrag einbezogen. Und die Gewerkschaft brachte Stellantis dazu, das im letzten Jahr geschlossene Werk in Belvidere (Illinois) wieder zu öffnen.

Drittens hatte der Streik auch politische Dimensionen indem er die Verbindungen der Demokratischen Partei zur Gewerkschaft stärkte. Senator Bernie Sanders trat zusammen mit [Gewerkschaftschef] Shawn Fain auf einer Kundgebung auf, bei der er erklärte, die UAW führe einen Streik gegen „die Gier der Unternehmen und um den Menschen an der Spitze zu sagen, dass dieses Land uns allen gehört, nicht nur einigen wenigen“. Im September hat sich in Michigan mit Präsident Joe Biden erstmals der oberste Vertreter des Landes einer Streikpostenkette angeschlossen. Er tat dies, um die Streikenden der UAW zu unterstützen, um zu helfen seine grüne Transformation durchzusetzen, die in seinem Billionen Dollar schweren „Inflation Reduction Act“ verankert ist, und um mit Donald Trump um die Stimmen der Arbeiter:innen zu konkurrieren. Biden sagte, der neue Vertrag würde „Autoarbeiter belohnen, die viel aufgegeben haben, um die Branche während der globalen Finanzkrise vor mehr als einem Jahrzehnt am Laufen zu halten“.

Schließlich versetzt der Sieg der UAW sie in die Lage, die nicht gewerkschaftlichen Werke zu organisieren, die die Hälfte aller in den Vereinigten Staaten hergestellten Autos produzieren. Toyota, Mazda, Honda, Volkswagen, Volvo, BMW, Mercedes und Hyundai haben alle mehr Arbeitskräfte eingestellt. Die UAW hat bereits angekündigt, Kampagnen zu starten, um Toyota und den Elektro-Tesla von Elon Musk [gewerkschaftlich] zu organisieren. Toyota erhöhte daraufhin die Löhne seiner Arbeiter, blieb dabei allerdings unter dem UAW-Tarifvertrag.

Vierzig Jahre lang haben die US-Gewerkschaften, insbesondere die Gewerkschaften der Industriearbeiter:innen, kaum etwas herausgeholt. Gewerkschaftsführer waren Partner der Konzerne, bürokratisch und, wie die alte

## UMBRUCH IN DER US-AUTOINDUSTRIE

Die Arbeiter:innen der US-Autoindustrie sind seit Jahrzehnten bei der Verteidigung ihres Lebensstandards mit zwei großen Problemen konfrontiert: Erstens verkaufte die extrem bürokratisierte Führung der United Auto Workers (UAW) einen Lohnbestandteil nach dem anderen (verstärkt seit 2009), immer in dem Bemühen, den Kern des gewerkschaftlichen Apparats – und damit ihre eigene privilegierte Position – aufrechtzuerhalten. Dieser Konfliktvermeidungskurs ist in seiner strategischen Ausrichtung (Verteidigung der älteren Stammbesellschaft auf Kosten der Neueingestellten) sehr wohl mit dem Kurs der deutschen Industriegewerkschaften vergleichbar.

Zweitens erfolgten seit den 1980er Jahren verstärkt Ausgliederungen aus den großen Werken sowie Verlagerungen in die „gewerkschaftsfreien“ Staaten im Süden der USA. Bei der Umsetzung halfen dem Kapital die generelle Durchsetzung neoliberaler Politik und vor allem die anti-gewerkschaftliche Gesetzgebung, die die Gründung von Gewerkschaften in den neuen Betrieben extrem erschwerte.

Die UAW-Führung ist nicht so stark und nicht so gut vor Ort verankert wie die Teamsters for a Democratic Union (LKW-Fahrer). Sie hat keine vergleichbare Präsenz in der Fläche (weniger Büros usw.), aber sie kann sich auf die Graswurzelbewegung Unite All Workers for Democracy stützen (Alle Arbeiter:innen gemeinsam für Demokratie <https://uawd.org/>). Der Vorsitzende

Shwan Fain und die Mehrheit des Vorstands der UAW gehören dieser widerständigen Bewegung an.

Vor allem die auf Gemeinschaftlichkeit ausgerichtete Strategie und die Kampfentschlossenheit wirkten weit über die bislang bestreikten Konzerne hinaus. So hat Toyota nach dem Tarifabschluss der „Detroit Drei“ unverzüglich angekündigt, die Löhne zu erhöhen. Ähnliches zeichnet sich inzwischen bei Honda und Hyundai ab.

Die UAW hat 400 000 aktive Mitglieder und 600 000 Mitglieder in der Rente. Der Rückgang der Mitgliedszahlen in den letzten 40 Jahren ergab sich nicht aus einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen (es sind heute sogar 48 % mehr als 1968), sondern in der sinkenden Attraktivität der UAW: Der Organisationsgrad fiel im Zeitraum 1983-2022 von 59 % auf 16 %. Dies könnte sich jetzt ändern. Der UAW-Erfolg bei den „Detroit Drei“, wirkt so ansteckend, dass im Chattanooga-Werk von Volkswagen jetzt 1000 Beschäftigte der UAW beigetreten sind (<https://uaw.org/volkswagen-workers-chattanooga-launch-public-campaign-join-uaw-1000-workers-signed/>).

Der Vorsitzende der UAW, Shawn Fain, erläuterte am 14. 11. bei einer Anhörung im Congress die Motive, die Ziele und die Ergebnisse des Streiks: <https://www.msn.com/en-us/news/politics/uaw-president-shawn-fain-testifies-in-front-of-congress/vi-AA1jUMs6>

UAW-Führung, manchmal korrupt; sie handelten Zugeständnisse aus, die Löhne, Gesundheitsleistungen, Renten und Macht am Arbeitsplatz verschenkten. Die Arbeiter:innen fühlten sich wirtschaftlich betrogen, von ihren Arbeitsplätzen und ihren Gewerkschaften entfremdet und zutiefst demoralisiert. Jetzt hat die UAW den Streik als wichtigste Waffe der Arbeiterschaft wiederbelebt. UAW-Präsident Shawn Fain erklärte, die Gewerkschaft streike nicht nur für Autoarbeiter:innen, sondern für die gesamte Arbeiterklasse gegen die Milliardärsklasse. Und dieser Streik scheint offensichtlich einen viel größeren Kampf um die Macht der Arbeiter:innen eröffnet zu haben.

5. November 2023

■ **Dan La Botz** war Gründungsmitglied der Teamsters for a Democratic Union (TDU). Er ist Autor von *Rank-and-File Rebellion: Teamsters for a Democratic Union* (1991). Er ist auch Mitherausgeber von *New Politics* und Herausgeber von *Mexican Labor News and Analysis*.

Quelle: *International Viewpoint*

■ *Übersetzung und [Anmerkungen]: Björn Mertens*



# „REKORDPROFITE BEDEUTEN REKORDVERTRÄGE“

Der Gewerkschaft UAW gelang es, in einem 45-tägigen Streik die drei großen US-Autokonzerne niederzuringen. Eine klassenkämpferische Strömung hatte auf eine neuartige Streiktaktik und eine aktive Rolle der Mitgliedschaft gesetzt

■ **Dianne Feeley**

Da die Großen Drei [GM, Stellantis (Chrysler), Ford] in den letzten zehn Jahren eine Viertelbillion Dollar geschneidert haben, stellte die United Auto Workers (UAW) in ihrer diesjährigen Kampagne für einen neuen Tarifvertrag die Unternehmerrage in den Mittelpunkt. Die drei Unternehmen ihrerseits, die im ersten Halbjahr 2023 alleine 21 Milliarden US-Dollar verdient hatten, hatten sich auf eine Lohnerhöhung eingestellt, machten jedoch deutlich, dass die für die Markteinführung von Elektrofahrzeugen notwendige Umstrukturierung wenig Geld übriglasse.

Aber die neu gewählte Reformführung erklärte „Rekordprofite bedeuten Rekordverträge“ und skizzierte mutig 10 Forderungen:

- **Weg mit den Stufenlöhnen** – Es ist falsch, irgendetwas Beschäftigten zweitklassig zu machen. Die Teamster beendeten die Stufenlöhne bei UPS. Wir beenden sie bei den Großen Drei.
- **Kräftige Lohnerhöhungen** – Wir fordern zweistellige Lohnerhöhungen. Die Vorstände der Großen Drei verzeichneten in den letzten vier Jahren einen durchschnittlichen Gehaltsanstieg von 40 Prozent. Wir wissen, dass unsere Mitglieder das Gleiche wert sind und mehr.
- **Zurück zu COLA** – der automatische Inflationsausgleich (Cost of Living Adjustments, COLA) sorgte dafür, dass es der Arbeiterklasse jahrzehntlang gut ging. Er muss wieder in Kraft gesetzt werden.
- **Leistungsorientierte Rente für alle** – Alle Beschäftigten verdienen die Altersvorsorge, die UAW-Mitglieder seit Generationen genießen.
- **Gesundheitsleistungen für Rentner wiederherstellen** – genauso wichtig wie eine solide Rente.
- **Streikrecht bei Werksschließungen** – Die Großen Drei haben in den letzten 20 Jahren 65 Werke geschlossen. Das hat unsere Städte verwüstet. Wir müssen das Recht haben, unsere Gemeinden zu verteidigen.
- **Arbeiterfamilienschutzprogramm** – Dieses Programm hält UAW-Mitglieder in Arbeit und die Produktion in unseren Werken. Wenn Konzerne ein Werk schließen wollen, müssen sie die UAW-Mitglieder für gemeinnützige Arbeit bezahlen.
- **Missbrauch von Zeitarbeitskräften beenden** – Wir werden den Missbrauch von Zeitarbeitskräften beenden. Unser Kampf bei den Großen Drei ist ein Kampf für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin.
- **Mehr bezahlte Freizeit für Familien** – Unsere Mitglieder arbeiten 60, 70, sogar 80 Stunden pro

Woche, nur um über die Runden zu kommen. Das ist kein Leben. Das reicht kaum zum Überleben und muss aufhören.

- **Deutliche Erhöhung der Renten** – Wir schulden unseren Rentnern alles. Sie haben diese Unternehmen aufgebaut und sie haben unsere Gewerkschaft aufgebaut.

Diese Forderungen, die von der Mitgliedschaft kommen, kehren nicht nur die Jahre der Ungleichheit am Arbeitsplatz um, die sich in den Tarifvertrag eingeschlichen haben, sondern unterstreichen auch das Recht der Autoarbeiter, ein Leben außerhalb der Arbeit zu führen. Obwohl es nicht ausgesprochen ist, wenn der Lohn erhöht und Überstunden gekürzt werden, verringern sich die Drohungen von Werksschließungen. Selbst wenn Werke geschlossen werden, endet die unternehmerische Verantwortung gegenüber der Belegschaft und der größeren Gemeinschaft nicht.

Bei der Vorbereitung der Verhandlungen im Jahr 2023 verstanden die Reformer:innen, dass für einen guten Vertrag die Mitgliedschaft eine aktive Rolle spielen muss. Unternehmen waren bereit, die Löhne um 9–10 % zu erhöhen, aber nur wenig mehr. Sie hätten gerne die massiven Zugeständnisse der Gewerkschaft aus dem letzten Jahrzehnt fortgeschrieben, aber unter Druck könnten die Unternehmen vielleicht die derzeitigen Leiharbeiter:innen in Vollzeit übernehmen.

Es gab auch einen zweiten Grund. Im Laufe der Jahre hatte die Führung unter der Kontrolle des Verwaltungsausschusses (AC) die Erwartungen der Arbeiter:innen an das, was möglich war, gesenkt. Es stellte sich heraus, dass sie nicht nur zustimmten, dass Autoarbeiter:innen Opfer bringen mussten, um die Anlagen am Laufen zu halten, sondern dass einige der Spitzenfunktionäre – darunter zwei Präsidenten – Bestechungsgelder angenommen hatten, Schmiegelder von Lieferanten erhielten und UAW-Gelder stahlen, um ihren Lebensstil aufzubessern. Mehr als ein Dutzend Funktionäre kamen ins Gefängnis und ein staatlicher Aufseher war ernannt worden, um die Gewerkschaft zu überwachen. Wie würde sich die Gewerkschaft von der Korruption und den vierzig Jahren nicht endender Zugeständnisse erholen?

Die Reformer:innen hätten die alte Führung nicht verdrängen können, ohne die Enthüllung der massiven Korruption von Spitzenfunktionären. Aber als das passierte, konnte Unite All Workers for Democracy (UAWD) Direktwahlen durchsetzen und gewann dann die Hälfte der Sitze im Hauptvorstand (IEB).

### Wie es zum Sieg der Reformer:innen kam

Es ist eine lange Geschichte, wie eine kleine Strömung – United All Workers for Democracy (UAWD) — eine Änderung im Statut der UAW durchsetzte, die Direktwahlen vorsah, dann eine Kampagne zur Besetzung der Spitzenplätze durchführte und alle von ihr unterstützten sieben Kandidaten durchbrachte, einschließlich der Präsidentschaft. Ohne ein Reformführungsteam, das die alte Garde ersetzt, hätten wir den Weg der Zugeständnisse fortgesetzt.

Der Ende der 1940er Jahre von Walter Reuther gebildete Verwaltungsausschuss (Administration Caucus, AC) kontrollierte die Führungspositionen der Gewerkschaft von der obersten Ebene bis hinunter zu den Ortsverbänden. Trotz einer ursprünglich sozialdemokratischen Vorstellung von der Rolle der UAW trug ihre Rücksichtslosigkeit im Umgang mit jeder Infragestellung ihrer Autorität zum Aufbau einer Bürokratie bei, die ihre Rolle darin sah, die Konzerne am Laufen zu halten.

Seit den 1970er Jahren hat der AC Verträge ausgehandelt, die Zugeständnisse an die Unternehmen enthielten. Dies bedeutete, der Mitgliedschaft zu erklären, warum es unmöglich sei, bessere Arbeitsbedingungen, Löhne und Sozialleistungen zu erreichen. Einige Funktionäre behaupteten, dass nach der Erholung der Wirtschaft diese Zugeständnisse wieder zurückgeholt würden, aber diese Fehleinschätzung der unaufhörlichen Forderung des Kapitalismus nach billigeren Arbeitskräften bedeutete eine ständige Umstrukturierung der Branche, eine Intensivierung der Arbeit und eine größere Arbeitsplatzunsicherheit.

Typischerweise begannen Verhandlungen damit, dass der UAW-Präsident den Vorstandsvorsitzenden der Detroit Großen Drei die Hand schüttelte. Über den Verlauf der Verhandlungen wurde die Mitgliedschaft nicht informiert. Irgendwann nahm die UAW vielleicht ein Unternehmen ins Visier. Wenn die Verhandlungen ins Stocken gerieten und zu einem Streik führten, meldeten sich die Arbeiter:innen als Streikposten und wurden angewiesen, nicht mit der Presse zu sprechen, da dies die Verhandlungen gefährden könnte. Sogar die Presseabteilung der UAW war angewiesen worden, auf Nachfrage mit „kein Kommentar“ zu antworten.

Es gab schon immer eine alternative Vision innerhalb der UAW. Sie wurde jedoch durch die Macht eines tief verwurzelten AC marginalisiert. Die wohl erfolgreichste war die New-Directions-Bewegung der 1980er und frühen 1990er Jahre. Unter der Leitung von Jerry Tucker konnte sie gute Verträge erkämpfen, indem sie „Dienst

nach Vorschrift“ einsetzte. Aber der Erfolg des stellvertretenden Regionsvorsitzenden bedrohte die Kompromiss-Linie des AC; der bemühte sich, die Bewegung zu zerschlagen – und es ist ihm gelungen.

Die wenigen New-Direction-Aktivist:innen, die überlebten, kämpften gegen den Verkauf ihrer Teilewerke durch die Detroit Großen Drei. Damit sollten die Werke besser kontrolliert und die Belegschaft reduziert werden. So könnte man Preis- und Qualitätsvorgaben nicht nur für das Produkt, sondern auch für die Arbeiter:innen diktieren und auch beobachten, wie die UAW-Führung auf die Forderung nach Stufenlöhnen reagieren würde. Wir ahnten kaum, dass die oberste AC-Führung sich nicht nur entschieden hatte, den Konzernen Jobs anzubieten, sondern auch, dass sie einen Lebensstil wie Unternehmensmanager entwickeln und bestechlich sein könnten. Als die Korruption aufgedeckt wurde, golften diese Arbeiterführer wochenlang in teuren Hotels und rauchten Zigarren für 2000 \$.

Da sowohl das Unternehmen als auch die oberste UAW-Führung für ein Ja als Weg zur Rettung von Arbeitsplätzen warben, stimmten viele Arbeiter:innen widerwillig mit Ja. Im Werk von American Axle in Detroit (Ortsgruppe 235), in dem ich gearbeitet habe, gelang es uns, mit Nein zu stimmen. Aber wir waren nicht in der Lage, die Arbeiter:innen in den anderen Werken des Unternehmens zu erreichen, vor allem, weil eine Flüsterkampagne behauptete, wir hätten sichere Arbeitsplätze und seien daher egoistisch, das Stufenlohnsystem abzulehnen.

Im Umfeld der Insolvenz von GM und Chrysler im Jahr 2009 bildeten sich oppositionelle Strömungen um die Entscheidung der UAW-Führung, die Unternehmensforderung nach Bundesmitteln bedingungslos zu unterstützen. Die Gruppe fuhr in einem Konvoi nach Washington, um eine Pressekonferenz abzuhalten, auf der gefordert wurde, Steuergelder für mögliche Rettungspakete an Bedingungen zu knüpfen. Die erste war, dass die Konzerne sich auf die Produktion für den öffentlichen Nahverkehr konzentrieren sollten. Zweitens sollte nicht verlangt werden, dass Beschäftigte ihr Streikrecht opfern oder ihren Inflationsausgleich COLA ruhen lassen, da sie an der Entscheidungsfindung des Unternehmens nicht beteiligt sind. Diese Forderungen wurden vom Tisch gefegt.

Der Auto Worker Caravan (AWC) setzte die Tradition früherer Strömungen fort, den tatsächlich ausgehandelten, gelesenen und analysierten Vertrag in die Hände zu bekommen.

Als die UAW-Verhandlungsführer:innen eine vorläufige Einigung erzielten, erstellten sie eine Broschüre, in der die „Höhepunkte“ dargelegt wurden. Reformkreise, einschließlich dem AWC, gelang es ihrerseits, den tatsächlichen Vertrag aufzuspüren, ihn zu lesen und dann eine Broschüre zu erstellen, in dem seine „Tiefpunkte“ zusammengefasst wurden. Schließlich konnte AWC den gesamten Vertrag auf ihrer Website veröffentlichen. Erst danach hat die UAW-Führung den Vertrag endlich online gestellt.

Einige der AWC-Aktivist:innen beschlossen, sich auf die Änderung des Gewerkschaftsstatuts zu konzentrieren, um ihre Spitzenfunktionäre direkt zu wählen, und Unite All Workers for Democracy (UAWD) wurde gegründet. Sie organisierten eine Kampagne, um die Anforderungen zu erfüllen, einen außerordentlichen Gewerkschaftstag einzuberufen, um diese Statutenänderung vorzunehmen, aber die Zeit dafür war zu knapp. Gerade als sie sich auf einen Neustart ihrer Kampagne vorbereiteten, begannen die Bundesstaatsanwälte, Anklage gegen mehrere UAW-Funktionäre zu erheben; der Hauptvorstand (IEB) war gezwungen, einen staatlichen Aufseher zu akzeptieren, der für die Untersuchung von Korruption zuständig war und dazu beitrug, die Kontrolle der Mitglieder über ihre gewählte Führung einzuführen. Die UAWD forderte ein Referendum über den Ablauf der IEB-Wahlen, erhielt die Zustimmung für dieses Referendum und die entsprechende Statutenänderung.

Die UAWD organisierte eine Kampagne, um die Hälfte der Sitze im Hauptvorstand (IEB) der UAW zu belegen; tatsächlich konnte sie alle sieben gewinnen. Als letzter zum Gewinner erklärt wurde Shawn Fain, der das Amt des Präsidenten mit nur 600 Stimmen Vorsprung gewann. Er wurde weniger als eine Woche vor der Eröffnung der UAW-Tarifkonferenz vereidigt. Der Slogan der Reformier:innen – ihr Versprechen – lautete: „Keine Zugeständnisse, keine Korruption, keine Stufenlöhne.“ Mit der Wahl eines unabhängigen Kandidaten hatte der neue IEB die Chance, dieses Versprechen einzulösen.

### **Reformgruppe mit neuer Strategie**

Die neue UAW-Führung der Reformier:innen musste aus der apathischen Dynamik ausbrechen, die den Prozess der Tarifverhandlungen bisher prägte. Es begann mit der Organisation einer Kampagne für den Tarifvertrag. Das ermutigte die Mitglieder, sich anzumelden. Wöchentliche Textnachrichten und E-Mails betonten zunächst die Rentabilität der Detroit Großen Drei und unterstrichen, wie viel die Konzernchefs verdienen. Die 10 Forderungen

wurden als Grundlage der Tarifverhandlungen vorgestellt und es wurde dargestellt, was die Mitglieder tun könnten. Sie übernahmen einige der organisatorischen Vorbereitungen, die die Teamsters for a Democratic Union (TDU) bei ihren jüngsten Tarifverhandlungen mit UPS verwendet hatten; es gab Aufrufe, mittwochs rote T-Shirts zu tragen, 10-minütige Treffen mit Kollegen zu organisieren und Streikpostenkettens zu üben.

Am Eröffnungstag der Verhandlungen ging Präsident Fain zu Werken von Ford, GM und Stellantis und schüttelte den Arbeitern [statt den Vorstandsvorsitzenden] die Hand. Dies war ein dramatischer Bruch mit der bisherigen Praxis. Es stellte dar, wie wichtig die Rolle der Mitglieder sein musste, wenn die Verhandlungen erfolgreich sein sollten.

Jede Woche hielt Fain 20-minütige Live-Meetings auf Facebook ab. Er informierte die Mitglieder über die Organisierungsbemühungen und Streiks bei verschiedenen UAW-Ortsgruppen im ganzen Land und kam dann zu den Verhandlungen mit den Großen Drei. Jeweils am Ende seines Facebook-Auftritts antwortete er auf Kommentare oder Fragen, die Mitglieder im Chat geschrieben hatten. In einer Woche berichtete Fain über das Konzept von Stellantis, in dem es hieß, das Unternehmen habe das Recht, 18 Werke während der Laufzeit des Vertrags zu schließen. Dann warf er es in den Mülleimer und sagte: „Da gehört es hin.“

Diese Geste veranschaulichte die aggressive Strategie der Gewerkschaft. Fain hatte die Rentabilität aller drei Unternehmen hervorgehoben und darauf hingewiesen, dass das Geld in Aktienrückkäufe investiert und die Boni der Vorstandsvorsitzenden um 40 % erhöht wurden. Gleichzeitig mussten die Arbeiter:innen von einer Lohnzahlung zur nächsten leben. Es kann sechs oder acht Jahre dauern, bis Zeitarbeiter:innen dauerhaft beschäftigt werden. Wenn sie dann Vollzeitbeschäftigte sind, würden sie die höchste Lohnstufe nach acht Jahren erreichen, aber ohne jemals eine Gesundheitsversorgung im Ruhestand oder eine Rente zu erhalten. Dann gab es die hochprofitablen Ersatzteilvertriebstöchter der Unternehmen, bei denen die Arbeiter:innen mit einem niedrigeren Lohn beginnen als die Montagearbeiter.

Als Industriegewerkschaft fordert die UAW in ihrem Statut die Anhebung der niedrigsten Löhne auf das Niveau der besser Entlohten. Als in den Verträgen mit den Großen Drei zweistufige Löhne eingeführt wurden, fühlten sich selbst diejenigen, die auf Empfehlung der AC-Führung widerwillig dafür gestimmt hatten, unwohl,

neben neu eingestellten Mitarbeitern zu arbeiten, die niedrigere Löhne und weniger Sozialleistungen erhielten. Bei jedem weiteren Vertrag sagten die Arbeiter, dass ein Ende der Stufenlöhne ihre wichtigste Forderung sei – aber das, wovon sie hofften, dass es ein befristetes Zugeständnis sei, wurde zum Standard.

Fünf der 10 Forderungen [für die Tarifrunde] richteten sich gegen die Stufen und waren, wie die Wiederherstellung von COLA und die Erhöhung der Renten, Versuche, das Verlorene zurückzugewinnen. Bei den anderen drei Themen – Überstunden, Werksschließungen und Schutz vor Entlassungen – geht es um die kontinuierliche Intensivierung der Arbeit und die Umstrukturierung der Branche, die die Arbeiter:innen im Stich lässt. Obwohl die Arbeitskosten nur noch 4–5 % der gesamten Fahrzeugkosten ausmachen (von früher 7–8 %), konzentrieren sich die Unternehmen auf diesen Bereich. Während die Unternehmen behaupten, dass sie Geld in die Batterieforschung und -technologie investieren müssen, besteht die UAW auf ihrem Recht, das zurückzugewinnen, was von vielen Arbeitern als vorübergehendes „Opfer“ betrachtet wurde. Darüber hinaus stellen ihre Forderungen das Recht des Managements in Frage, die Ungleichheit zu vertiefen.

Infolgedessen beschränkten sich die wöchentlichen Aktualisierungen nicht auf Verhandlungen mit nur einem Unternehmen. Auch dies brach mit der Tradition, sich auf ein Unternehmen zu konzentrieren, um einen Vertrag durchzusetzen, der zu einem Muster für die beiden anderen werden sollte. Manchmal führte dies zu einem Streik bei dem einen herausgesuchten Unternehmen.

Als sich das Ende der Laufzeit des alten Vertrages näherte, machte Fain deutlich, dass die Frist nicht verlängert werde. Arbeiter, Experten und Medien fragten sich, ob die UAW gegen alle drei losschlagen werde. Mit 825 Millionen US-Dollar in der Streikkasse hätte die UAW einen einmonatigen Streik überstehen können (wobei jeder Streikende Anspruch auf 500 US-Dollar plus Gesundheitsversorgung hat).

Nur zwei Stunden vor Mitternacht enthüllte Fain die innovative Strategie, bei jedem der drei Unternehmen ein Werk anzugreifen. Dies schonte nicht nur die finanziellen Ressourcen der UAW, sondern gab den Verhandlungsteams auch die Möglichkeit, den Arbeitskampf im Wochenrhythmus zu eskalieren, und ließ die Unternehmen raten, welches Werk wohl als nächstes bestreikt werden könnte.

Als 13 000 UAW-Arbeiter:innen zum Streik aufgerufen wurden, skizzierte Fain die „Stand Up“-Strategie, die

sowohl diejenigen im Streik als auch diejenigen, die bereit waren, bei Bedarf hinauszugehen, vereinte. Diejenigen, die unter einem ausgelaufenen Tarifvertrag arbeiteten, wurden darin bestärkt, freiwillige Überstunden abzulehnen und Vorgesetzte zu beobachten, die versuchen könnten, Änderungen vorzunehmen, die gegen die Regeln verstoßen. Diejenigen, die noch nicht streikten, sollten sich weiterhin organisieren, mittwochs rote T-Shirts tragen, mit ihren Kollegen diskutieren und sich den Streikposten anschließen.

Jede Woche gab Fain einen Live-Bericht auf Facebook, um zu berichten, wo die Verhandlungen standen. Am Ende der ersten Woche gab Ford positive Antworten auf einige der Forderungen: Zustimmung, die derzeitigen Leiharbeiter:innen nach 90 Arbeitstagen dauerhaft zu beschäftigen, COLA wiederzubeleben und bis zu zwei Jahre Löhne und Sozialleistungen zu garantieren, wenn ein Werk geschlossen und die Arbeiter:innen entlassen werden. Aufgrund dieses Fortschritts entschied sich die UAW, nur die Vertriebsstandorte von Stellantis und GM zu bestreiken. Diese 38 Standorte sind auf 21 Bundesstaaten verteilt, was es den Arbeiter:innen und anderen aus den Städten erlaubt, sich den Streikposten anzuschließen. Einige Streikende organisierten spontan Konvois von einem bestreikten Standort zum nächsten. In der folgenden Woche vernetzten sich die Konvois über Regionen hinweg.

Als der Streik in die dritte Woche ging, machte Stellantis ein Angebot und wurde „begnadigt“. Bei einem GM-Montagewerk in Lansing, Michigan, und einer Ford-Montage in der Nähe von Chicago streikten insgesamt 25 000 UAW-Arbeiter:innen und einige hundert weitere wurden wegen des Streiks arbeitslos.

Diese Strategie, mit einer minimalen Zahl an bestreikten Betrieben zu beginnen, bedeutet, dass Unternehmen sich jede Woche bewegen müssen oder ihre Standorte geraten ins Visier. Als sich der Streik geografisch ausweitete, solidarisierten sich mehr Gewerkschaften und gesellschaftliche Gruppen – darunter sogar Präsident Joe Biden.

Als erster US-Präsident, der jemals eine Streikpostenkette besuchte, erklärte Biden, dass die Forderungen der Arbeiter:innen gerecht seien. Das bedeutete auch, dass die Biden-Regierung nicht versuchen konnte, ein Ende des Streiks auszuhandeln, sondern außen vor bleiben musste.

Als Trump versuchte, die Streikenden zu unterstützen, sich aber gegen ihre Führung stellte, wies Shain darauf hin, dass auch er nur ein weiterer Milliardär sei — einer aus der Klasse, die sich den Forderungen der Arbeiter:innen entgegenstellt. Anstatt nach Michigan zu kommen, um

sich an der Streikpostenkette zu beteiligen, hielt Trump eine Kundgebung an einem nicht gewerkschaftlich organisierten Teilewerk ab, wo die Presse keine Streikenden unter denen finden konnte, die „Autoarbeiter für Trump“-T-Shirts trugen. Sie fanden zwei Autoarbeiter, die Trump-Unterstützer waren, aber selbst sie stimmten nicht mit Trumps Ansichten über die Streikstrategie der UAW überein.

Die Strategie, die Großen Drei anzugreifen, setzt Unternehmen auf den heißen Stuhl, denn sie müssen ständig auf die Forderungen der UAW reagieren. Sie ist auch transparent, da die wöchentlichen Updates zeigen, was verhandelt wird und sogar, was erreicht wird. Und sie ermutigt die Mitglieder, den Druck aufrechtzuerhalten, egal ob sie mit einem ausgelaufenen Vertrag arbeiten und das Management im Auge behalten oder sich an den Streikposten beteiligen.

Gewerkschaften, gesellschaftliche und politische Organisationen schlossen sich den Streikposten zu jeder Tages- und Nachtzeit an. Sie brachten Essen, Musik und, als das Wetter kalt wurde, Holz für die Feuertonnen. Insbesondere beteiligten sich Ortsgruppen der DSA [Democratic Socialists of America, eine sozialdemokratische bis linkssozialistische Organisation in den USA] im ganzen Land regelmäßig an den Streikpostenketten und leisteten materielle Hilfe.

Als Bill Ford die UAW-Arbeiter:innen im Werk Rouge von Ford anflehte, ihre Zukunft mit dem Unternehmen und im Wettbewerb mit ausländischen Unternehmen zu sehen, in denen die Belegschaft nicht gewerkschaftlich organisiert ist, antwortete Fain, dass diese nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter:innen unsere Brüder und Schwestern seien — und ihnen der Beitritt zu Gewerkschaften offen steht. Fain wies auch darauf hin, dass es bei dem Streik nicht nur um die UAW geht, sondern um das breitere Bedürfnis nach einem Ende der Ungleichheit.

26. Oktober 2023

■■■■■■■■■■ **Dianne Feeley** ist pensionierte Automobilarbeiterin und aktiv im Autoworker Caravan, einer gewerkschaftlichen Basisgruppe, und Redakteurin von *Against the Current*.

Quelle: *International Viewpoint*

■ *Übersetzung und [Anmerkungen]: Björn Mertens*

■■■■■■■■■■

# INDIGENE VÖLKER ZWISCHEN ALLEN INTERESSEN

Minderheiten sind die Opfer von wirtschaftlichen Ambitionen und Machtkämpfen zwischen den Moro-Clans in der Autonomen Muslimischen Region auf der Insel Mindanao. Die Lumad-Völker sind besonders gefährdet.

■ **Pierre Rousset**

Für die Insel Mindanao im Süden des philippinischen Archipels war die 2019 erfolgte Gründung von „Bangsamoro – Autonome Region im Muslimischen Mindanao“ (BARMM) ein Meilenstein in der Geschichte des Landes, denn damit wurden die jahrzehntelangen Konflikte um die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der lange Zeit diskriminierten und unterdrückten Bevölkerung beendet.

In der Region leben jedoch auch christliche Volksgruppen, die aus dem Norden und aus den zentral gelegenen Inseln zugezogen sind, sowie die Lumad, die autochthonen Völker von Mindanao mit unterschiedlichen religiösen Bekenntnissen, aber einer allen gemeinsamen Lebensweise im Einklang mit dem Wald. Sie werden als nicht islamisierte (Moro) indigene Völker (NMIPs) bezeichnet.

Die angestammten Siedlungsräume der Lumad grenzen an Gebiete, die von diversen Moro-Clans beansprucht werden, oder befinden sich innerhalb dieser Gebiete. Während des langen Befreiungskampfes, der von den muslimischen Bewegungen oftmals militärisch geführt wurde, forderten die Lumad die formelle Festlegung der Grenzen ihrer angestammten Gebiete im Einvernehmen mit ihren Nachbarn und deren Anerkennung durch die lokalen, regionalen und nationalen Behörden.

Das war schließlich auf nationaler, nicht aber auf regionaler Ebene, der Fall, sodass die beiden verantwortlichen Verwaltungsebenen aneinandergerieten.

Als die autonome Region BARMM in mehreren aufeinanderfolgenden Schritten geschaffen wurde, stand die Anerkennung der Rechte der indigenen Lumad-Völker auf nationaler Ebene bereits kurz vor dem Abschluss. Aber die Behörden der neuen autonomen Region, im Wesentlichen die Islamische Befreiungsfront der Moro (MILF), blockierten den Anerkennungsprozess.

## **Keine gesetzliche Anerkennung der autochthonen Völker**

Die Rechte der indigenen Völker im Norden des Archipels, insbesondere der Igorot, waren von den nationalen Behörden bereits formell anerkannt worden, aber seitens der Lumad, die sogar eine Delegation nach Manila entsandt hatten, und der sie unterstützenden philippinischen Bewegungen bedurfte es großer Anstrengungen, bevor ihre Existenz überhaupt zur Kenntnis genommen wurde. Die längste Zeit stand die „muslimische Frage“ im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit; immerhin waren auf dem Höhepunkt der Kämpfe zwei Drittel der philippinischen Streitkräfte zu diesem Kriegsschauplatz entsandt worden. Die meisten Organisationen, die sich für die Lumad (ebenso häufig Opfer der Armee) einsetzten, führten Solidaritätskampagnen für die indigenen Völker wie auch für die muslimische Bevölkerung durch. Sie traten im Zentrum und im Süden der Insel für den Aufbau einer aktiven Solidarität zwischen den „drei Völkern von Mindanao“ ein.

Das Ergebnis ist ernüchternd: Die Lumad sind enttäuscht, dass sie nach wie vor auf die Verwirklichung ihrer Rechte warten müssen, deren Anerkennung schon zum Greifen nahe war.

Als die Übergangsregierung von Bangsamoro (BTA) eingesetzt wurde, wurde sie beauftragt, in den autonomen Gebieten neue Verwaltungsstrukturen einzurichten und dafür die wichtigsten rechtlichen Grundlagen auszuarbeiten, darunter auch ein Gesetz über die indigenen Völker. Doch obwohl ihr Mandat verlängert wurde, ist dazu bis heute keine Gesetzesvorlage verabschiedet worden. Stattdessen hat die BTA ein Ministerium für die Angelegenheiten autochthoner Völker (MIPA) ins Leben gerufen. MIPA erkennt jedoch die politischen Strukturen (IPs) der Tëduray und Lambangian nicht an, sondern hat stattdessen Stammesräte eingesetzt, was nicht nur den bestehenden repräsentativen Institutionen der IPs ihre Legitimität abspricht, sondern auch zur Verwirrung und Spaltung der indigenen Gemeinschaften beigetragen hat.<sup>1</sup>

Das erste Parlament der BTA verabschiedete am 25. September 2019 die Resolution Nr. 38, worin die Nationale Kommission für indigene Völker (NCIP) dringend aufgefordert wird, die Festlegung der Grenzen des angestammten Siedlungsgebiets und die Ausstellung von Besitztiteln über das Land der Vorfahren (CADT) für die Tëduray und Lambangian in der Provinz Maguindanao einzustellen und *ad acta zu legen*. Für die indigenen Völker bedeutet das eine Verweigerung ihres Rechts auf Schutz ihres Fusaka Ingëd (angestammten Lebensraums) und eine Beeinträchtigung ihrer vollen Beteiligung an Entscheidungsfindungsprozessen in Bezug auf die Ausarbeitung von Landnutzungsplänen, Projekten und Maßnahmen, die in dem von ihnen beanspruchten Gebiet gesetzlich vorgesehen sind.<sup>2</sup>

Inzwischen hat sich die Lage weiter verschärft, wie einem Bericht vom 23. Juni 2023 an die Menschenrechtskommission<sup>3</sup> zu entnehmen ist, auf den sich Tata bezieht, die sich seit vielen Jahren für die Lumad engagiert. In einem von „Timuay Justice and Governance“ (TJG)<sup>4</sup> und dem „Zentrum für Rechtsschutz und natürliche Ressourcen“ erstellten Bericht heißt es, dass „...die NMIPs nach wie vor gewalttätigen Konflikten ausgesetzt sind, deren Ursache in anhaltenden Landstreitigkeiten innerhalb ihrer angestammten Gebiete liegt. Seit 2018 wurden insgesamt 55 Morde unter den NIMPs registriert, von denen 41 Fälle bis heute nicht aufgeklärt wurden. Darüber hinaus wurde zwischen 2020 und 2022 das Schicksal von mindestens 3.468 NMIP-Familien dokumentiert, die aufgrund von

Schikanen durch Bataillone der offiziell anerkannten Islamischen Milizen der Bangsamoro (BIAF) und verschiedener lokaler bewaffneter Gruppen sowie durch Operationen der philippinischen Armee vertrieben wurden. Obwohl die meisten Binnenvertriebenen inzwischen in ihre Heimat zurückkehren konnten, haben die staatlichen Behörden noch immer nichts für ihre Wiedereingliederung und Rehabilitation getan. Personen, die aufgrund von Todesdrohungen gezwungen waren, sich zu verstecken, sind in diesem Bericht nicht berücksichtigt. Bedrohungen dieser Art gibt es nach wie vor, weil sie [diese Personen] Angriffe gegen ihre Gemeinschaften öffentlich gemacht haben. Sie befinden sich weiterhin in Gefahr und haben keinen sicheren Zufluchtsort.“

Zu den bisherigen Gründen für die Konflikte kommen wichtige neue Faktoren hinzu. Die Regionsregierung von BARMM folgt einem Entwicklungsmodell der Förderung des kommerziellen Tourismus, des Extraktivismus (Bodenschätze, Erdöl) und der großflächigen Ausbeutung der Wälder.<sup>5</sup> Die angestammten Gebiete der Lumad sind somit zum Objekt der Begierde mächtiger Wirtschaftsinteressen geworden. Das ist zwar nichts Neues, doch nun kommen auch die Geschäftsleute der Moro ins Spiel, die auf die Unterstützung lokaler oder regionaler Behörden zählen können.

### **Indigene Völker und die Moro-Clans im Bezirk Biarong: ein Fallbeispiel**

Der Barangay<sup>6</sup> Biarong befindet sich in Süd-Upi in der Provinz Süd-Maguindanao, die wiederum Teil der BARMM-Region ist. Die indigenen Lumad-Völker der Tëduray und Lambangian bewohnten dieses Gebiet, lange bevor 2019 die Autonome Region BARMM gegründet wurde. Die Urbevölkerung bildet auch heute noch die Mehrheit in diesem Gebiet.

Als Sprachrohr der indigenen Bevölkerung veröffentlichte die TJG am 21. August eine Erklärung, die einem regelrechten Alarmruf bezüglich der Lage in einigen Dörfern im Bezirk Biarong<sup>7</sup> gleichkommt. Der Moro-Clan der Maguindanao<sup>8</sup> aus Talayan hat sich nämlich dort niedergelassen und will seine Macht durch die Wahlen im kommenden Oktober, bei denen er hofft, an die Spitze des Bezirks gewählt zu werden, absichern.

Die TJG stellt in ihrer Erklärung fest, dass diese Gebiete „einst ein Ort des Friedens für die Tëduray und die Lambangian waren, wo aufgrund des fruchtbaren Bodens ein sorgloses Leben ohne Entbehrungen möglich war. Die lokalen Bevölkerungsgruppen konnten ihre Kultur,

ihre Stammesautonomie, ihre Sprache, ihre religiösen Praktiken und ihre Subsistenzwirtschaft frei ausüben (...). Die ersten Anführer des [1976 gegründeten] Barangay Biarong waren die Tëduray, aber in letzter Zeit haben die Maguindanaon, obwohl eine Minderheit in der Gegend, durch Waffengewalt und mit Hilfe ihrer Gefolgsleute die Macht übernommen.“

Die Lage ist insofern besonders brisant, als zwei Anführer dieses Moro-Clans jeweils danach streben, bei den für den 30. Oktober angesetzten landesweiten Wahlen die Kontrolle im Bezirk und im Sangguniang Kabataan (Jugendrat) zu übernehmen. Beide verfügen über bewaffnete Milizen, und ihre Auseinandersetzungen haben zuletzt zu Gewaltexzessen geführt. Die Bevölkerung der Nicht-Moro befürchtet daher, ins Kreuzfeuer zu geraten. So sind etwa die Tëduray und Lambangian in den benachbarten Bezirk Lamud oder ins Zentrum des Bezirks Biarong geflüchtet. Inzwischen wurden sie vom Leiter der lokalen Exekutive von Süd-Upi aufgefordert, in ihre Häuser zurückzukehren.

Tatsächlich wollten viele Lumad-Familien wieder zurück in ihre Heimat, um den Reis zu ernten, doch sie verlangten Garantien für ihre Sicherheit. So forderte die TJG „nachdrücklich“ alle relevanten lokalen, regionalen und nationalen Behörden auf, „sich um die missliche Lage der indigenen Nicht-Moro-Völker Tëduray und Lambangian in der Region zu kümmern“.

Das Besondere an diesem Konflikt ist, dass er zwischen zwei starken Männern ausgetragen wird, die beide demselben Clan angehören, wobei Konflikte zwischen den diversen Moro-Clans an der Tagesordnung sind. Auf den Philippinen festigen die dynastischen „Großfamilien“ traditionell ihre wirtschaftliche Macht und ihren politischen Einfluss, indem sie sich die Kontrolle über die regionalen Machtstrukturen sichern, und bei jeder Wahl kommt es gelegentlich zu Abrechnungen mit tödlichem Ausgang. Das gilt insbesondere für die Moro-Clans, deren wirtschaftliche Basis eher schwach ist, auch wenn es unter ihnen eine Reihe von Milliardären gibt. Die „Wahlmorde“ der Moro-Clans könnten ein Ausmaß erreichen, das in anderen Teilen des Archipels unbekannt ist.

Da die Moro mittlerweile in der Autonomen Region an der Macht sind und ein ähnliches „Entwicklungsmodell“ verfolgen wie der gesamte Archipel, also auch die Nicht-Moro-Regionen von Mindanao, könnte durch die Expansion der Tourismus-, Bergbau-, Öl- und Forstindustrie die wirtschaftliche Verankerung der Moro-Clans substanziell gestärkt werden. Wie dem auch sei, die Berei-

cherung der sozialen Elite der Moro wird unweigerlich auf Kosten der Lumad gehen.

Die Verwendung derselben Bezeichnungen (etwa „angestammte Siedlungsgebiete“), um die Ansprüche der Lumad und der Moro-Clans abzuhandeln, ist irreführend, denn letztere agieren in einer entwickelten Klassengesellschaft mit enormen sozialen Ungleichheiten, während es bei den Lumad, den Waldvölkern, nichts dergleichen gibt.

Dazu kommt, dass die verschiedenen Moro-Bewegungen schwer bewaffnet sind und sich ihr Status mit der Gründung der BARMM geändert hat, da ihre bewaffneten Gruppen zum Teil in die offiziellen Streitkräfte der Philippinen (AFP) integriert wurden. Die Großgrundbesitzer der Moro haben zwar ihre Milizen oder Privatarmeen beibehalten, aber das gilt auch für andere Teile des Archipels. Die indigenen Völker, von denen hier die Rede ist, haben in ihren Gebieten Selbstverteidigungskräfte aufgebaut, um sich vor ihren Feinden (von denen es leider viele gibt), zu schützen, aber was die Bewaffnung betrifft, sind sie hoffnungslos unterlegen.

Mindanao ist Schauplatz zahlreicher bewaffneter Konflikte unterschiedlichster Art. Einige können durch Verhandlungen auf lokaler Ebene beigelegt werden. Mitunter tragen auch zivilgesellschaftliche Bewegungen zur Umsetzung solcher Friedensprozesse bei. Bei anderen Konflikten ist das nicht der Fall, etwa dann, wenn die Aggressoren ambitionierte Wirtschaftspläne oder militärische Ziele (beispielsweise die Kontrolle über strategisch wichtige Bergketten) verfolgen.

### **Der Taifun Paeng: eine Tragödie**

Vom 27. bis 29. Oktober 2022 verwüstete der Taifun Paeng (international unter dem Namen Nalgae bekannt) große Teile der Philippinen, vor allem Mindanao (Maguindanao, Cotabato City, Sultan Kudarat, Nord-Cotabato ...), mit fast einer Million betroffener Menschen. Die Tëduray, Lambangian und Mënubo Dulangan wurden mit 1730 betroffenen Familien, 46 Toten und fünf Vermissten besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen. Auch zu dieser Tragödie hat die Nichtanerkennung der Rechte der indigenen Völker beigetragen.

Bereits 1996 hatten die indigenen Völker die zuständigen Behörden um die Ausstellung von Besitztiteln über das Land der Vorfahren (CADT) ersucht – allerdings vergeblich. Die Forderung wurde in Übereinstimmung mit dem Gesetz über die Rechte indigener Völker (IPRA) unter der Schirmherrschaft der Nationalen Kommission für indigene Völker (NCIP) neuerlich vorgebracht. Es dauerte



jedoch 17 Jahre, bis am 2. September 2019 die Untersuchungsberichte dem Büro für angestammte Gebiete in Manila zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt wurden.

Wie bereits erwähnt, forderte das erste Parlament der Übergangsregierung von Bangsamoro (BTA) daraufhin die Kommission auf, die Arbeit an der Festlegung der Grenzen der angestammten Gebiete der Tëduray, Lambangian und Mënubo Dulangan in der Provinz Maguindanao einzustellen und den Fall für abgeschlossen zu erklären. Nichtsdestotrotz verfolgten die indigenen Völker ihre Anliegen auf rechtlicher Ebene weiter, indem sie ihre Gewohnheitsrechte und Forderungen detailliert darlegten. Sie brachten bei der BTA eine Resolution ein, die darauf abzielte, „die Waldhüter der indigenen Völker in den angestammten Gebieten formell anzuerkennen, zu fördern und zu unterstützen. Unter anderem wurde Folgendes vorgeschlagen: Maßnahmen zum Schutz der Wälder; Anwendung und Überwachung der einschlägigen Gesetze in Abstimmung mit den zuständigen Behörden und den lokalen Gemeinden; Planung und Koordination der Versammlungen des Sangguniang Bayan [Jugendrats] und des Barangay-Rats [lokale Verwaltungseinheit] zu Fragen des Waldschutzes in ihrem Zuständigkeitsbereich; Durchführung von Erhebungen über die Waldnutzung in ihrem Zuständigkeitsbereich; Teilnahme an Sitzungen, an der Evaluation der Maßnahmen und an Planungstreffen mit Beamten und Mitarbeitern des Umweltministeriums sowie mit anderen Partnern.“ Diese Resolution wurde von der BTA nicht angenommen.

Weiters forderten sie eine Klärung der Zuständigkeiten zwischen der nationalen Ebene (NCIP), die Entwicklungspläne in ihrem Sinn erstellt hatte, und der regionalen Ebene (MIPA), die die Umsetzung blockiert. Sie verlangten auch Garantien für die vollumfängliche Beteiligung der indigenen Verwaltungsstrukturen und Organisationen innerhalb der BARMM-Region – eine Forderung, die nicht eingelöst wurde. Indes haben lokalen Behörden viele Familien gezwungen, an den Fuß des Minandar-Bergs zu ziehen, wo die Gefahr von Überschwemmungen und Erdbeben groß ist.<sup>9</sup>

Laut Sonia, mit der ich über diese Ereignisse sprechen konnte, „musste der Strand geräumt werden, um seine touristische Erschließung zu gewährleisten. So viel zur Sicherheit der lokalen Bevölkerung. Das sind schließlich nur Lumad.“

Da die Rechte der Lumad nicht anerkannt wurden, konnten sie keine legalen Mittel zu ihrem Schutz ergreifen.

## 2022: Ein administrativer Schachzug

Am 17. September 2022 wurde die Aufteilung der Provinz Maguindanao in einer Volksabstimmung angenommen. Die Befürworter der Teilung argumentierten, dass die Bewohner mit zwei Provinzregierungen (statt wie bisher mit einer) einen besseren Zugang zu grundlegenden sozialen Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und Transport haben würden.<sup>10</sup> Sie wurden dabei von der Vereinigten Gerechtigkeitspartei von Bangsamoro (UBJP), der politischen Partei der Islamischen Befreiungsfront der Moro (MILF), unterstützt, die ebenfalls die Ansicht vertrat, dass dieser Schritt die Regierung näher an die Bevölkerung heranführen würde.<sup>11</sup>

Dabei wurde bewusst außer Acht gelassen, dass die neuen Verwaltungsgrenzen quer durch die angestammten Siedlungsgebiete verlaufen. Tatsächlich überschneiden sich die Gebiete, die die Tëduray- und Lambangian-Stämme beanspruchen, mit den Gemeinden Upi, Süd-Uri und den südlichen Teilen der Gemeinden Datu Odin Sinsuat, Talayan, Guindulungan, Datu Unsay, Shariff Aguak und Ampatuan, die sich alle in der Provinz Maguindanao befinden. Die indigenen Völker, insbesondere die Lumad, waren in den Gemeinden Upi und Süd-Uri in der Mehrheit. Mit der Aufteilung von Maguindanao in zwei Provinzen werden ihre Stimmen noch weniger hörbar sein.

Obwohl die Tëduray und Lambangian gegen die Teilung stimmten und dabei eine überwältigende Unterstützung erhalten hatten, wurden ihre Stimmen ignoriert. Das wirkte sich zusätzlich negativ aus, als der Taifun Paeng weniger als zwei Monate später wütete. Die am stärksten betroffenen Gebiete waren Datu Odin Sinsuat, Datu Blah Sinsuat und Upi. Die angespannten Beziehungen zwischen den Lokalregierungen von Maguindanao und der Regionalregierung von BARMM wurden auch bei den Bemühungen um humanitäre Hilfe sichtbar, wobei erstere es vorzogen, die nationale Regierung um Hilfe zu ersuchen.<sup>12</sup> Die politischen Streitigkeiten hatten also Auswirkungen auf den Umgang mit der Katastrophe, vor allem auf diejenigen, die vom Wirbelsturm am stärksten betroffen waren.

## Solidarität ist vonnöten

Inzwischen hat sich die politische Lage in einem Teil des Archipels, insbesondere in Manila, einigermaßen normalisiert, obwohl Gewerkschaftsaktivisten, Menschenrechtsanwälte, neugierige Journalisten und Umweltschützer weiterhin Gefahr laufen, Opfer von Auftragsmördern oder von polizeilichen Schikanen zu werden.

In Mindanao stellt sich die Lage anders dar. In der Vergangenheit konnten muslimische Gruppierungen, Basisbewegungen und Organisationen der indigenen Völker zumindest in Verteidigungsfragen zusammenarbeiten, da sie gleichermaßen Opfer von Armeeoperationen und Repressionen waren. Auf den Kriegszustand folgte eine lange Phase der Verhandlungen mit der Nationalen Befreiungsfront der Moro (MNLF) und der Islamischen Befreiungsfront der Moro (MILF), wobei die Führung der MILF mehrheitlich erklärte, man dürfe die Frage der Rechte der Lumad nicht aufwerfen, „um den Friedensprozess nicht unnötig zu erschweren“, wie Sonia sich erinnert. Damit deutete sie an, dass die Festlegung der Grenzen der angestammten Gebiete erst nach der Festigung der Macht der MILF erfolgen sollte. Aber bis heute ist nichts geschehen.

In Mindanao, so Sonia, verschlechtert sich die Situation derzeit erheblich. „Die Überwachung von Organisationen, die sich für Menschenrechte, soziale Rechte und Freiheiten einsetzen, nimmt zu, sodass sich Aktivisten ständig in Gefahr befinden. Das Militär fühlt sich völlig sicher vor Strafverfolgung und agiert dementsprechend. Man verfolgt die ‚Roten‘, setzt alle Personen, auf die man es abgesehen hat, mit ‚Kommunisten‘ gleich und schafft so ein Klima der Hexenjagd.“

Aus den oben genannten Gründen ist die Lage unter der BARM-Verwaltung und in den von indigenen Völkern bewohnten Gebieten außerordentlich prekär. Die Lumad-Gemeinschaften, die an der Küste leben, sind besonders gefährdet, denn sie werden überall im Namen der (kapitalistischen, extraktivistischen, räuberischen) Entwicklung bedroht. Dieses Entwicklungsmodell verschärft die globale Klima- und Umweltkrise – wobei man einräumen muss, dass die philippinischen Oligarchien, ob christlich oder muslimisch, nicht die einzigen auf der Welt sind, die sich so verhalten.

„Wir brauchen dringend internationale Unterstützung“, schloss Sonia. „Wir wissen, dass die Lage für die Arbeiterklasse auch in Frankreich, Europa und Nordamerika immer schwieriger wird ... Derzeit<sup>13</sup> steht die Ukraine im Mittelpunkt internationaler Aufmerksamkeit, weil der Krieg in Europa stattfindet. Wir fühlen uns mit euch solidarisch, aber wir wünschen uns auch eure Solidarität.“

1. Oktober 2023 (erweitert am 18. d. M.)

■ *Übersetzung aus dem Französischen: E. F.*

## Endnoten

- 1 Erklärung der Task Force Barat 2022.
- 2 Erklärung der Task Force Barat 2022.
- 3 The Worsening Human Rights Situation of the Non-Moro Indigenous Peoples in the Bangsamoro Autonomous Region in Muslim Mindanao.
- 4 Die TJP, die lange Zeit im Untergrund tätig war, bevor sie aus der Illegalität heraustrat, bildet den Rahmen für die Selbstverwaltung der Lumad. Sie regelt das Zusammenleben in der Gemeinschaft und spricht Recht nach den Regeln der Lumad.
- 5 Galileo de Guzman Castillo: Philippines: Inward Flows And Undertows: Investments In The Bangsamoro Focus in the Global South. (12. April 2022)  
<https://www.europe-solidaire.org/spip.php?article63565>
- 6 Ein Barangay ist die kleinste lokale Verwaltungseinheit auf den Philippinen.
- 7 Philippines: Mindanao: Desperate situation of non-Moro indigenous peoples.  
<https://www.europe-solidaire.org/spip.php?article67850>
- 8 Jemand, der aus der Provinz Maguindanao stammt.
- 9 Task Force Barat, ESSF: Mindanao (Philippines) – Typhoon Paeng Tragedy in Tëduray and Lambangian Fusaka Ingëd: A Testimony of Neglect and Overdue Processing of Ancestral Domains Delineation  
<https://www.europe-solidaire.org/spip.php?article68043>
- 10 <https://www.rappler.com/nation/mindanao/results-maguindanao-plebiscite-2022/>
- 11 <https://newsinfo.inquirer.net/1658439/milf-political-party-urges-supporters-to-back-maguindanao-split>
- 12 <https://www.mindanews.com/peace-process/2022/11/disasters-and-transitions-in-the-bangsamoro-learning-and-teaching-moments-1/>  
<https://www.mindanews.com/peace-process/2022/11/disasters-and-transitions-in-the-bangsamoro-learning-and-teaching-moments-2/>
- 13 d. h. zur Zeit der Verfassung des Texts vor dem 7. Oktober.

## Spendenaufwurf:

Europe Solidaire Sans Frontières (ESSF) setzt seine finanzielle Solidaritätskampagne für Mindanao fort. Die Spenden werden unter anderem dazu verwendet, die Lumad zu unterstützen.

Spenden können direkt auf das Konto von ESSF überwiesen werden.

Bank: Crédit Lyonnais, F-93100 Montreuil

Kontoinhaber: ESSF

IBAN: FR85 3000 2005 2500 0044 5757 C12

BIC / SWIFT: CRLYFRPP

Für den Fall, dass Sie Ihre Spende von der Steuer absetzen können und wollen, benötigen wir Ihre Adresse, um Ihnen eine Bestätigung zukommen zu lassen.

# UNABHÄNGIGKEIT DURCH GEWALTLOSIGKEIT?

Anlässlich des gescheiterten zivilen Widerstands gegen die Militärjunta in Myanmar spricht Pierre Rousset über Dichtung und Wahrheit des legendären indischen Unabhängigkeitskampfes mit **Sushovan Dhar**

Myanmar machte von Februar 2021 an die möglicherweise größte und weitreichendste Bewegung eines gewaltlosen zivilen Ungehorsams in der modernen Gegenwartsgeschichte durch: Es war eine Reaktion der Zivilbevölkerung auf das begehliche Ansinnen des Militärs, sich das Monopol staatlicher und politischer Macht zu sichern, die es bisher mit der Nationalen Liga für Demokratie (National League for Democracy, NLD) teilen musste. Bereits am Tag unmittelbar nach dem Putsch weigerte sich die große Mehrheit der Bevölkerung, mit der Junta zusammenzuarbeiten. Hätte die Bewegung damals die internationale Unterstützung erhalten, die sie verdiente, wäre der Staatsstreich höchstwahrscheinlich fehlgeschlagen. Doch das war leider nicht der Fall.

Die Junta nutzte die gewonnene Atempause, die es ihr erlaubte, nach und nach wieder in die Offensive zu gehen und mit brutalen Mitteln zur Niederschlagung des Widerstands auszuholen, was, soweit wir bis heute wissen, mehr als 4000 Zivilpersonen das Leben gekostet hat. In der Zentralebene Myanmars war die Bürgerbewegung angesichts des rücksichtslosen Vorgehens der Junta gezwungen, sich (wie schon zuvor die ethnischen Staaten der bergigen Randgebiete) auf den bewaffneten Widerstand zu verlegen. Die Bewegung des zivilen Ungehorsams zeigte aber dennoch Wirkung. Die illegitime Natur der Militärregierung wurde überdeutlich sichtbar, wodurch es für die Machthaber unmöglich war, das Regime rasch in der

diplomatischen Arena zu etablieren. Zwischen sämtlichen Regionen der Zentralebene und zahlreichen ethnischen Staaten wurden Verbindungen geschmiedet. Widerstand konnte sich mit der Zeit immer mehr aufbauen. Es gelang der gewaltlosen Massenbewegung jedoch nicht, die Armee von ihrer Politik des Terrors gegen die Bevölkerung abzubringen.

War das in Indien anders?

**Pierre Rousset: Wurde die Unabhängigkeit, die Befreiung vom Joch der britischen Kolonialherrschaft im Jahr 1947, tatsächlich durch die von Gandhi verkörperte Bewegung des zivilen Ungehorsams erreicht?**

**Sushovan Dhar:** Was Indiens Befreiungsbewegung und Gandhis Gewaltlosigkeit angeht, so handelt es sich dabei um eine übertriebene und geschönte Version der indischen Geschichte, die von der Kongresspartei und liberalen Historikern besonders nach der Erreichung der Unabhängigkeit verbreitet wurde.

Tatsache ist, dass die bewaffneten Widerstandsgruppen sehr mächtig waren und im indischen Befreiungskampf einen sehr wichtigen Faktor darstellten. In Bengalen, in Bihar, Uttar Pradesh (damals „Vereinigte Provinz“ genannt) und im Pandschab war die Bewegung besonders stark. Darüber hinaus gab es eine Reihe von der Linken angeführter bewaffneter Massenbewegungen: Telangana,

Tebhaga und zahlreiche weitere Revolten in verschiedenen Teilen Indiens. Bhagat Singh und seine Genossen in der Hindustan Socialist Republican Association spielten ebenfalls eine wichtige Rolle.

Noch am Vorabend der Unabhängigkeit erschütterte die berühmte Marinemeuterei 1946 das Land. Genauso wenig sollten wir die Rolle vergessen, die die von Subhash Chandra Bose angeführte Indische Nationalarmee (Indian National Army) spielte.

Dem Kongress gehörte auch eine Anzahl von Arbeiter- und Bauernbewegungen an. Es wäre daher falsch zu glauben, dass der Kongress ausschließlich die Tradition der Gewaltlosigkeit repräsentierte. Tatsächlich betrat Gandhi mit seiner Bewegung der Kooperationsverweigerung erst 1920 die Bühne. Dabei handelte es sich um den erfolglosen Versuch, die britische Regierung von Indien dazu zu bringen, Indien Autonomie („swaradsch“) zuzugestehen. Dieser Fehlschlag der Bewegung führte dazu, dass Gandhi die Kontrolle über den Kongress verlor. Danach übernahmen die sozialistischen Teile der Partei, zu denen Sektionen gehörten, die es nicht vollständig mit Gandhis Gewaltlosigkeit hielten, die Kontrolle über die Partei. Das gleiche geschah im Jahr 1934, als Gandhi seinem zivilen Ungehorsam abschwor. Wenn wir die Geschichte des indischen Freiheitskampfes analysieren, stellen wir fest, dass Gandhis Bewegung der Gewaltlosigkeit bis 1942 nicht in erster Linie für die Freiheit kämpfte. Gandhis Politik war zum größten Teil auf einzelne Gesetze („satyagraha“) beschränkt.

Und auch die Quit-India-Bewegung im Jahr 1942 kann nicht als völlig gewaltlos bezeichnet werden. Wäre das der Fall gewesen, wäre der auf die imperiale Regierung ausgeübte Druck in seiner Wirkung sehr begrenzt gewesen. Der Bewegung schlossen sich viele Interessengruppen an. Was wir dabei nicht vergessen dürfen, ist, dass sämtliche ranghohen Führungskräfte des Kongresses bereits im Gefängnis waren, als die Quit-India-Bewegung gerade erst ihren Anfang nahm. Die Parteiführer der mittleren Ebene, die in dieser Bewegung eine Führungsrolle innehatten, schlossen sich später der sozialistischen Partei an und fühlten sich dem Gedanken der Gewaltlosigkeit in Gandhis Sinne nicht verbunden.

**Die kommunistische Bewegung Indiens war stark. Trotzdem scheint sie in den Jahren 1946/47 keine Rolle gespielt zu haben ...**

Wie stark die kommunistische Bewegung in Indien war, wurde durch die von der Kolonialmacht initiierten Gerichtsverfahren deutlich. Bereits in den 1920er-Jahren

wurden Kommunisten in einer ganzen Reihe von Gerichtsverfahren der Verschwörung für schuldig befunden und verurteilt:

Die *Peshawar Conspiracy Cases* (1922–1927): Die britische Administration erhob hier aufgeteilt auf fünf Verfahren Anklage wegen Verschwörung gegen 50 (zeitweise) im Exil lebende Inder (Mudschahirîn), die 1920 die KPI in Taschkent gegründet hatten. Diese führenden Personen wurden sowohl in Taschkent, das Teil der früheren Sowjetunion war, als auch an der Kommunistischen Universität der Werktätigen (KUTV) in Moskau politisch und militärisch geschult.

Die Mehrheit der Mudschahirîn waren Khilafatis („Kalfatsanhänger“). Sie hatten geplant, in die Türkei zu reisen und dort gegen die Briten zu kämpfen. In Taschkent trafen sie jedoch Manabendra Nath Roy und gemeinsam mit ihm gründeten sie Indiens erste kommunistische Partei. Ihnen wurde vorgeworfen, „eine proletarische Revolution gegen die imperialistischen britischen Unterdrücker anzuzetteln, um den Massen ihre Freiheit zurückzugeben“, was ihnen eine Anklage gemäß Paragraph 121-A einbrachte.

Der *Kanpur Communist (Bolshevik) Conspiracy Case* (1924–25): Die Anklage richtete sich gegen kommunistische Führungspersonen wie M. N. Roy, Shaukat Usmani, SA Dange, Muzaffar Ahmad, Ghulam Hussain, Singaravelu Chettiar und andere. Von ihnen gehörten viele der Taschkenter Gruppe an, andere waren Bauern- und Arbeiter-Aktivistinnen aus verschiedenen Teilen Indiens. Die oben genannten Personen wurden ebenfalls nach § 121-A angeklagt. Laut britischer Regierung hätten sie versucht, „den Kaiser und König durch eine vollständige Loslösung Indiens vom imperialistischen Britannien durch eine gewaltsame Revolution seiner Souveränität über Britisch-Indien zu berauben“.

Der *Meerut Conspiracy Case* (1929–1933): Dieser Prozess erwies sich als einer der wichtigsten für die Gründung der Kommunistischen Partei Indiens als Partei der Arbeiter- und Bauernklasse. Zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre aus ganz Indien und auch drei mit der Kommunistischen Internationale verbundene Engländer wurden verhaftet und vor Gericht gestellt. Ihnen wurde vorgeworfen, einen Streik der Angestellten der indischen Eisenbahnen und der Textilindustrie organisiert zu haben. Zu diesen Angeklagten gehörten auch Sohan Singh Josh, Muzaffar Ahmed, Philip Spratt, Shaukat Usmani und SA Dange. Sie wurden gemäß § 121-A vorgeladen. Die Weltwirtschaftskrise löste in den späten 1920er-Jahren eine Welle von Gewerkschaftsaktivitäten, Organisierungen und Streiks in den

wichtigsten Industriegebieten Indiens aus. Die Antwort darauf waren die Meerut-Prozesse.

Unglücklicherweise beteiligte sich die Kommunistische Partei Indiens nicht an der Quit-India-Bewegung im Jahr 1942!

### Was für Konsequenzen hatte die Absenz der KPI?

Die Massen verblieben unter der Regie der Kongresspartei. Das Ergebnis war ein bloßer Machttransfer anstatt einer sozialen Revolution ... Unabhängigkeit gab es nur für die nationale Bourgeoisie, nicht für die arbeitende Masse, die im Unabhängigkeitskampf eine große Rolle gespielt hatte. Die Unabhängigkeit wurde auf Kosten von Volkskämpfen in verschiedenen Teilen des Landes erreicht, Kämpfe, die sich über fast ein ganzes Jahrhundert hinzogen.

In diversen Landesteilen taten sich Möglichkeiten auf, lokale Selbstverwaltungen einzurichten (wie z. B. die unabhängige Verwaltung von Tamranlipta in Bengalen). Durch das Fehlen einer starken unterstützenden Führung blieb diesen Volksaufständen jedoch nichts anderes übrig, als Gandhis Diktum zu akzeptieren und aufzugeben.

Trotzdem sollten wir nicht vergessen, dass linke Volksorganisationen, allen voran die Gewerkschaften, in der Quit-India-Bewegung eine Hauptrolle spielten. Linke Kräfte von Nicht-CP-Traditionen (RSP, RCPI, BLPI und andere) arbeiteten in der Bewegung mit vollem Einsatz mit.

1942 gab es also weder eine Bewegung der Gewaltlosigkeit noch sonst eine von Gandhi angeführte Bewegung. Leider ging die nationale Bourgeoisie, die ganz auf der Seite Gandhis stand, als einzige siegreich aus dem Kampf hervor. Mit der Unabhängigkeit Indiens erhielt sie eine führende Rolle im Land und bestimmte den weiteren Verlauf der indischen Geschichte, in der fundamentale Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrukturen (betr. Kaste, Geschlecht usw.) selbst nach dem Ende der Kolonialherrschaft gang und gäbe sind. Die in Indien gewonnenen Erfahrungen wurden zum Vorbild für die Bourgeoisien der Dritten Welt, die sich in den meisten Teilen der entkolonisierten Welt als stärkste Kraft herausbildeten.

Es sollte allerdings nicht vergessen werden, dass man, wenn man über Gewalt und Gewaltlosigkeit als sich ausschließende Pole diskutiert, dazu beiträgt, dass methodische bzw. taktische Fragen den politischen Inhalt des Kampfes in den Hintergrund drängen. Genau das gilt dabei nicht nur für die Gandhi-Politik, sondern auch für ihr Gegenstück, die bewaffneten marxistischen, maoistischen

oder anderen Guerilla-Bewegungen in vielen Teilen der Welt. Wir wurden wieder und wieder Zeugen des Scheiterns dieser Politik.

17.09.2023

### Bibliografie

- Bipan Chandra, Mridula Mukherjee, Aditya Mukherjee, Sucheta Mahajan und K. N. Panikkar: *India's Struggle for Independence*. Penguin Random House, 1987
- E. M. S. Namboodiripad: *The Mahatma and the Ism*. Left-Word 2010 (Erstveröffentlichung 1959)
- Sumit Sarkar: *Modern India 1885–1947*. London: Palgrave Macmillan, 1989
- E. M. S. Namboodiripad: *A History of Indian Freedom Struggle*. Social Scientist Press, 1986
- Sekhar Bandyopadhyay: *From Plassey to Partition and After. A History of Modern India*. Orient Longman, 2004
- Leo Trotzki: *An Open Letter to the Workers of India*. Juli 1939. (<https://www.marxists.org/archive/trotsky/1939/07/india.htm>)

■■■■■■■■■■ **Pierre Rousset** ist Leitungsmitglied der Vierten Internationale und Mitglied der NPA in Frankreich. **Sushovan Dhar** ist Aktivist, Gewerkschafter und Unterstützer der Vierten Internationale in Indien.

Quelle: <https://www.europe-solidaire.org/spip.php?article67745>

■ Übersetzung: A. H.

■■■■■■■■■■

# TROTZKIS LITERATURSCHRIFTEN

„Politik und Literatur bilden ja den eigentlichen Inhalt meines persönlichen Lebens“ (Trotzki, 1935).\*

## ■ Helmut Dahmer

Jahrzehnte der Verfehlung des großen Revolutionärs zeigen Wirkung, auch heute noch. Und so ist der Rosa Luxemburg ebenbürtige politische Analytiker, Gesellschaftstheoretiker und Verfechter der Rätedemokratie noch immer erst zu entdecken. Er war der einzige Soziologe, der in den dreißiger Jahren des barbarischen zwanzigsten Jahrhunderts sowohl die Faschisierung Deutschlands als auch die Stalinisierung der Sowjetunion nicht nur kontinuierlich analysierte und kommentierte, sondern aus seinen Diagnosen stets auch praktikable Vorschläge für eine alternative Politik entwickelte.

Unter den marxistischen Revolutionären seiner Zeit nimmt Trotzki in verschiedener Hinsicht eine Sonderstellung ein, nicht nur wegen seiner (1917 bestätigten) Prognose von 1906, dass das zaristische Regime im rückständigen Russland nur durch eine – mit der bäuerlichen Mehrheit verbündete – Arbeiterpartei gestürzt werden könne, sondern auch als Inspirator des Petersburger Arbeiter-Rats in den Jahren 1905 und 1917, als Aufstands-Organisator und Armeeführer sowie als Literat, Biograph und Historiker. In diesem Zusammenhang ist auch sein dauerhaftes Interesse für Freuds Kritik der *psychischen* Ökonomie hervorzuheben, die er in seinen Wiener Emigrations-Jahren (1907–14) – durch seinen Freund Adolf Joffe, der bei Alfred Adler in Therapie war – kennenlernte und deren *Verwandtschaft* mit der Marxschen Kritik der *politischen* Ökonomie ihn faszinierte. Trotzki's Marx-Verständnis war – wie das seines Zeitgenossen Max Horkheimer (des Begründers der „Frankfurter Schule“) – durch seine Freud-Rezeption geprägt (wie auch umgekehrt beider Freud-Verständnis durch den historischen Materialismus).

Im Rahmen unserer, in 12 Teilbänden erscheinenden Auswahl seiner *Schriften*, von denen inzwischen der 8. Band vorliegt<sup>1</sup>, sollen die „Literatur und Revolution“ betitelten Bände 4.1 und 4.2 den *Literatur- und Kulturkritiker Trotzki* vergegenwärtigen. Er lebte fürs Schreiben und vom Schreiben<sup>2</sup>, und wann immer seine politisch-organisatorische Aktivität ihm dafür Zeit ließ, vertiefte er sich in klassische und moderne Literatur<sup>3</sup> und kommentierte sie im Hinblick auf die Möglichkeit, die kapitalistische Krisen- und Kriegswirtschaft – rechtzeitig vor dem drohenden gemeinsamen „Untergang der gegeneinander kämpfenden Klassen“ – durch *eine demokratisch kontrollierte Welt-Planwirtschaft* abzulösen. In den Jahren 1900 und 1901 in den Gefängnissen von Odessa und Moskau – damals „Universitäten“ für Revolutionäre – in Haft, lernte er aus den Schriften des italienischen Hegelianer-Marxisten Antonio Labriola<sup>4</sup>, dass die Kenntnis der literarischen Tradition und der zeitgenössischen Literatur für das Verständnis von Gesellschaft und Geschichte ebenso unentbehrlich ist wie die Kenntnis der Psychologie der Massen und der Individuen, aus denen sie sich rekrutieren.

Die Bände 8 und 9 (die Teilbände 4.1 und 4.2) unserer *Schriften*-Ausgabe stellen den Literatur- und Kultur-Kritiker Trotzki vor. Wie bei den (vor Jahren erschienenen) Bänden 2.1 und 2.2 „Über die chinesische Revolution“ haben wir uns auch in diesem Fall bemüht, seine Schriften zu Literatur und Kultur möglichst *vollständig* – in kommentierten Erst- oder Neu-Übersetzungen (aus dem Russischen) – zu dokumentieren. Diese Edition wird es allererst ermöglichen, Methode<sup>5</sup> und Niveau seiner literatursoziologischen Studien kennenzulernen.

Der erste Teilband enthält 69 Texte aus den Jahren 1900–1916. Deren erste Serie entstand in den Jahren 1901–02 während Trotzki's Verbannung nach Süd-Sibirien. Mit seiner (ersten) Frau, Alexandra L. Sokolowskaja, und ihren beiden Töchtern lebte er, 6000 Meilen entfernt von Odessa, im Gouvernement Irkutsk (kurze Zeit in Ust-Kut, dann in Wercholensk). Die Handelsstadt Irkutsk galt um 1900 als „das Paris Sibiriens“ – ein Zentrum der

Wissenschaft und Kultur mit Theater und Bibliothek. Dort begann der 22-jährige Trotzki seine Karriere als Schriftsteller. Er schrieb (unter Pseudonym) für die (legale) „Östliche Rundschau“ (*Wostotschnoje Obosrenije*) und war bald ein gefragter Autor. In den beiden Jahren vor seiner Flucht aus Wercholenk erschienen 27 seiner Texte in dieser Zeitung. Sein Debut war (im Dezember 1900) eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Werk des kurz zuvor verstorbenen Nietzsche; darauf folgten Essays über Gerhart Hauptmann, Ibsen, Arthur Schnitzler und Sudermann, Gogol und Gorki sowie Studien über Uspenski und Leonid Andrejew.

Nach der Revolution von 1905 im November 1906 ein zweites Mal (und diesmal „lebenslänglich“) nach Obdorsk (Salechard) am Polarkreis verbannt, gelang ihm Ende Februar 1907 abermals die Flucht (aus Beresow) nach Westen (mit Rentier-Schlitten über die Tundra), dann weiter mit der Bahn<sup>6</sup> via Petersburg nach Finnland. Über London und nach einem Deutschland Aufenthalt im Sommer 1907 kam er im Oktober nach Wien, wo sich Victor Adler und der russische Revolutionär Salomon Kljatschko, der Emigranten und Flüchtlinge aus dem Zarenreich in seinem Salon versammelte, seiner annahm. Die sieben Jahre, die Trotzki in Wien verbrachte<sup>7</sup>, waren in Russland – nach der Niederschlagung der Revolution von 1905 – Jahre der Konterrevolution, der sich auch ein großer Teil der Intelligenzija anpasste. Im „Westen“ ging derweil die „Belle Époque“ ihrem Ende entgegen, und die Gefahr eines großen Krieges zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn auf der einen, Großbritannien, Frankreich und Russland auf der anderen Seite wuchs von Jahr zu Jahr. In diesen Jahren schrieb Trotzki (unter anderem) eine zweite Serie literarischer Studien und Kritiken, die zumeist im „Kiewer Gedanken“ (der *Kiewskaja Mysl*) erschienen.<sup>8</sup>

Diese „Wiener“ Serie wird durch eine (damals gekürzt in Kautskys *Die Neue Zeit* erschienenen) Studie über Wedekind eröffnet. Es folgen eine kritische Präsentation der Münchner Satire-Zeitschrift *Simplicissimus* und zwei Würdigungen Tolstois, große Polemiken gegen Mereschkowski, Tschukowski und Masaryk, ein Rückblick auf Alexander Herzen, drei ausführliche Besprechungen von Wiener Kunstausstellungen, Caféhaus-Gespräche in Paris und Wien, ein Überblick über die russischen „Journale“, ein Referat über die Entwicklung der russischen Intelligenzija (ergänzt durch eine kritische Besprechung von Max Adlers Buch über das Verhältnis der Intellektuellen zum Sozialismus), schließlich die großartigen „unsystematischen Notizen eines russischen Lesers und Zuhörers im europäi-

schen Westen“ (vom Frühjahr 1909). Ein ständig präsenten Hintergrund-Thema auch dieser literarischen Exkurse ist die spezifische Entwicklung der „halb-asiatischen“ russischen Gesellschaft (im Vergleich mit derjenigen der westeuropäisch-bürgerlichen)<sup>9</sup> und – in diesem Rahmen – die Auseinandersetzung mit den Slawophilen, deren Ideologie im „Putinismus“ unserer Tage wiederauferstanden ist, und mit den Narodniki-Revolutionären, die auf die bäuerliche Mehrheit des Landes als Träger der antifeudalen Revolution setzten.<sup>10</sup> Die letzte Text-Gruppe in diesem Band bilden fünf Artikel aus dem Paris der Kriegsjahre 1915/16 und ein Bericht über Trotzkis Erfahrungen in Spanien (nach seiner Ausweisung aus Frankreich). Der Kritik der literarisch-philosophischen Wendehälse nach der gescheiterten russischen Revolution von 1905 korrespondiert in der „Pariser“ Textgruppe das „Sittenbild“ der hypernationalistisch-präfaschistischen Action française (um Maurras und Daudet).

Insgesamt zeigt das Buch den geistigen Fundus, aus dem der Theoretiker der russischen Revolution und Kritiker ihrer späteren Entartung schöpfen konnte.

Der Folgeband (4.2) enthält weitere 100 Texte und Briefe zu kunsttheoretischen Fragen aus den Jahren 1919–40. Es geht um die russische Literatur der Revolutionszeit (und eine zukünftige „sozialistische“ Kunst), um die Politik der Kommunistischen Partei gegenüber Kunst und Künstlern, um den Futurismus und die „Formalisten“. Trotzki schreibt über Block, Pilnjak, Majakowski und Jessenin, über Malraux, Jack London und Céline, Silone, Romain Rolland und Gide. Schließlich wird Trotzkis Bündnis mit dem Surrealisten Breton und dem Muralisten Diego Rivera dokumentiert, die (1938) die „Autonomie“ der Kunst verteidigten, während sie in den totalitären Staaten Stalins und Hitlers auf Propaganda reduziert wurde.

\* *Tagebuch im Exil* ([1935] 1958); Köln (Kiepenheuer & Witsch) 2018, S. 69. (Eintrag vom 25. 3. 1935.)

1 Trotzki, Leo D. ([1900–1916] 2023): *Literatur und Revolution; Schriften*, Band 4.1 (hg. von H. Dahmer, W. Feikert und J. Ranc). Köln/Karlsruhe (Neuer ISP Verlag).

2 Trotzki's Gesamtwerk würde, komplett gedruckt, etwa 80 starke Bände füllen.

3 Nach der Verhaftung des Petersburger Arbeiterrats (1905) in verschiedenen Moskauer Gefängnissen inhaftiert, verwandelte sich Trotzki's Gefängniszelle [wie sein Mithäftling Swertschkow berichtet] „bald in eine Bibliothek. Man brachte ihm buchstäblich alle einigermaßen beachtenswerten neuen Bücher; er las sie und war den ganzen Tag [...] mit literarischen Arbeiten beschäftigt.“ Trotzki selbst schreibt: „Zur Erholung las ich die Klassiker der europäischen Literatur. Ich lag auf der Pritsche und verschlang die Werke mit einem solchen physi-

schen Lustgefühl, wie Gourmets einen feinen Wein schlürfen oder an einer duftenden Zigarre ziehen.“ *Mein Leben*; Berlin (Fischer) 1930, S. 179 f.

**4** Labriola, Antonio (1895-99): *Über den historischen Materialismus*. [Hg. von A. Ascheri-Osterlow und C. Pozzoli.] Frankfurt (Suhrkamp) 1974.

**5** Trotzki kombinierte drei Formen von Kritik – zum einen die „äußere“, die Texte im Hinblick auf ihre politische Tendenz (und Wirkung) politisch einordnet und beurteilt, zum andern die „immanente“, die Problemen der Form, des Erfahrungsgehalts und der immanenten Widersprüche literarischer Kunstwerke gilt, und schließlich die „soziologische“, die nach den sozialhistorischen Voraussetzungen (den Bedingungen der Möglichkeit und der Grenzen) ästhetischer Gebilde und philosophischer Systeme fragt. Vgl. dazu Korsch, Karl (1938): *Karl Marx*. Frankfurt (Europäische Verlagsanstalt) 1967, Anhang III.

**6** „Ich fuhr mit der sibirischen Eisenbahn gen Westen“, „in den Händen hielt ich Homer in russischen Hexametern von Gnjeditsch“, erinnert sich Trotzki. *Mein Leben*, a. a. O., S. 129.

**7** Im Herbst 1912 entsandte ihn die *Kijewskaja Mysl* für drei Monate als Kriegsberichterstatte in den (ersten) Balkankrieg (Serbiens, Bulgariens und Griechenlands gegen das Osmanische Reich). Vgl. dazu Trotzki (1926): *Die Balkankriege 1912–13*; Essen (Arbeiterpresse-Verlag) 1996.

**8** „Die *Kijewskaja Mysl* war die im Süden verbreitetste radikale Zeitung marxistischer Färbung.“ *Mein Leben*, a. a. O., S. 220.

**9** Vgl. dazu Trotzki's Einleitungs-Kapitel zu seiner *Geschichte der russischen Revolution*, Berlin (Fischer) 1931, S. 15-27: „Die Eigenarten der Entwicklung Russlands.“

**10** Trotzki rühmt in diesem Zusammenhang Gleb Uspenski, dessen realistische Skizzen des bäuerlichen Lebens in Russland zur Überwindung der „Volkstümeler“-Ideologie beitrugen, der der Dichter selbst anhing.



## Neu bei ISP



### Trotzki Schriften 4

#### Teilband 4.1

#### *Literatur und Revolution (1900-1916)*

749 Seiten, Hardcover  
mit Schutzumschlag  
Subskriptionspreis 60,00 €  
ISBN 978-3-89900-912-5

*Subskriptionsprospekt bestellen (PDF oder gedruckt)!*

»Trotzki repräsentiert die marxistische Schule des Denkens unverfälscht, wie sie vor ihrer Korruption durch die sozialdemokratischen und stalinistischen Organisationen existierte«, schrieb sein Biograph Isaac Deutscher. Bei der thematisch-chronologisch geordneten, kommentierten Edition Trotzki Schriften handelt es sich um die erste große deutsche Werkausgabe. Die Texte wurden aus dem Russischen neu übersetzt oder erscheinen erstmals in deutscher Sprache. Die in dem hier vorliegenden ersten Teilband von Band 4 enthaltenen 69 Texte dokumentieren Trotzki's Veröffentlichungen zu Kunst und Kultur aus den Jahren 1900-1916. 31 Texte liegen erstmals auf deutsch vor.

### Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

e-mail: [neuer.isp.verlag@t-online.de](mailto:neuer.isp.verlag@t-online.de)

Internet: [www.neuerispverlag.de](http://www.neuerispverlag.de)



# DER ABSCHIED VOM HISTORISCHEN MATERIALISMUS

Gedanken zu Kohei Saitos Buch über den „Systemsturz“<sup>1</sup>

■ **Friedrich Voßkübler**

## 1. Die Kernaussage Kohei Saitos

Zunächst einmal: Ich spitze die Kernaussage Saitos mit dem von mir gewählten Titel zu. Saito spricht nicht von einem Abschied vom historischen Materialismus, sondern von der Notwendigkeit seiner Revision (S. 126). Allerdings ist seine Begründung so gewichtig, dass ich es für angemessen halte, von einem Abschied zu sprechen. Wie sieht seine Kernaussage aus? Folgendermaßen:

„Als Marx rund um den Erscheinungszeitpunkt des ersten Bandes von ‚Das Kapital‘ mit seinem einseitigen Lob der Produktivkräfte aufhörte, vertiefte er sich in die Lektüre verschiedenster Schriften und fing an, nach einem Weg zur nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung im Sozialismus zu suchen. Soll heißen, egal wie sehr man die Produktivkräfte im Kapitalismus aufbiegen und Brechen verbessern will, zum Sozialismus führt das sicher nicht. Hier sehen wir also, dass sich Marx‘ Anschauungen geändert hatten. Er kam zu dem Schluss, dass es nicht um die Produktionssteigerung im Kapitalismus geht, sondern dass man zuerst zu einem anderen Wirtschaftssystem, konkret zum Sozialismus, übergehen sollte, und dass es dann gilt, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fordern. Das ist die Vision des ‚Ökosozialismus‘, die Marx hegte, als der erste Band des ‚Kapitals‘ auf den Markt kam. Dennoch möchte ich darauf hinweisen, dass Marx in seinen letzten Lebensjahren auch über den Ökosozialismus hinausging. Seine Hinwendung zum Ökosozialismus ist natürlich ein wichtiger Wandel seiner Ansichten. Doch durch den Bruch mit dem Produktivismus kommt auch eine weitaus größere Weltanschauung, die des progressiven Geschichts-

bildes, ins Wanken ... Wiederholen wir ein paar Aspekte. Dem Marxschen progressiven Geschichtsbild zufolge ist vor allem die Entwicklung der Produktivkräfte die Triebfeder der menschlichen Entwicklungsgeschichte. Daraus folgt, dass jedes Land zuerst eine Industrialisierung nach dem Modell des westeuropäischen Kapitalismus durchlaufen muss, um die Produktivität zu erhöhen. In diesem Sinne setzt das progressive Geschichtsbild also den Produktivismus voraus, doch dieser legitimiert den Eurozentrismus. Wenn wir den Produktivismus aber aufgeben, ist die Höhe der Produktivkräfte noch kein Beweis dafür, dass wir uns in einem fortgeschrittenen Stadium der Geschichte befinden ... Wenn Marx also den Produktivismus aufgäbe, müsste er demzufolge auch den Eurozentrismus, der mit dem Produktivismus eng verbunden ist, neu überdenken. Deshalb täte es nichts zur Sache, welche dieser beiden ‚Ismen‘ er aufgäbe, letztlich wäre er gezwungen, mit dem progressiven Geschichtsbild zu brechen. Der historische Materialismus müsste somit gänzlich revidiert werden“ (S. 125 f.).

Saitos These ist, dass es bei Marx nicht beim Konjunktiv geblieben ist. Seine Aussage ist: Marx verabschiedete sich in seinen letzten Jahren tatsächlich vom „Produktivismus“, vom „progressiven Geschichtsbild“ und vom „Eurozentrismus“. Saito sieht darin eine Revision des historischen Materialismus verwirklicht. Ich sehe darin den Abschied von ihm. Wieso? Weil damit Überzeugungen negiert werden, auf die sich die Kommunist:innen welcher Fraktion auch immer geeinigt hatten. Saito geht dem historischen Materialismus ans Leder und plädiert für ein neues Leitbild, nämlich für den „Degrowth-Kommunismus“.

## 2. Die Klimakrise als neue historische Situation

Die Klimakrise stellt eine neue historische Situation dar. Es geht ums Überleben der Menschheit. Wir können dem nicht entfliehen, indem wir immer noch behaupten, dass

wir die Gesetze der Geschichte und der gesellschaftlichen Entwicklung kennen. Die diesbezüglichen Theorien geben keine Lösungsmöglichkeiten für die entstandene Situation an die Hand. Die bolschewistische Vision vom Anfang der zwanziger Jahre, dass der Arbeiter als l'homme machine in der Lage sei, den Mechanismus der Natur und der Gesellschaft zu beherrschen (Bucharin), und dass allein schon deswegen der Sozialismus dem Kapitalismus überlegen sei, hat sich als Irrtum erwiesen. Der hochoffizielle Artikel Stalins mit dem Titel „Über dialektischen und historischen Materialismus“ (1938), der einen enormen Einfluss ausübte, ist nichts anderes als die theoretische Legitimation der Barbarei gewesen. Er bringt zum Ausdruck, wohin sich „Produktivismus“ und „progressives Geschichtsbild“ auf der Seite eines Großteils der Kommunist:innen verstiegen hatten. Stalin schreibt: „Wenn der Zusammenhang der Naturerscheinungen und ihre wechselseitige Bedingtheit Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Natur darstellen, so folgt daraus, dass der Zusammenhang und die Bedingtheit der Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens ebenfalls nichts Zufälliges, sondern Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Gesellschaft darstellen. Also hört das gesellschaftliche Leben, die Geschichte der Gesellschaft auf, eine Anhäufung von ‚Zufälligkeiten‘ zu sein, denn die Geschichte der Gesellschaft wird zur gesetzmäßigen Entwicklung der Gesellschaft und die Erforschung der Geschichte der Gesellschaft verwandelt sich in eine Wissenschaft“ (J. W. Stalin: Über dialektischen und historischen Materialismus. In: Zu den Fragen des Leninismus. Frankfurt 1970, S. 261). Wobei klar ist: Die „Partei des Proletariats“ setzt diese „Wissenschaft“ in politische Praxis um und weiß sich dabei im Einklang mit den objektiven Gesetzen der Natur und der „Geschichte der Gesellschaft“. Diese „Legitimationswissenschaft“ (Negt) war daran beteiligt, den Kommunismus an die Wand zu fahren. Es hat sich jedoch auch gezeigt, dass die Vision Trotzki's von „einer neuen und glücklicheren“ Menschenrasse nicht dazu taugt, die eingetretene historische Situation zu bewältigen. Trotzki sagt 1932: „Ist er einmal mit den anarchischen Kräften der eigenen Gesellschaft fertig geworden, wird der Mensch sich selbst in Arbeit nehmen, in den Mörser, in die Retorte des Chemikers. Die Menschheit wird zum ersten Mal sich selbst als Rohmaterial, bestenfalls als physisches und psychisches Halbprodukt betrachten. Der Sozialismus wird einen Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit auch in dem Sinne bedeuten, dass der gegenwärtige, widerspruchsvolle und unharmonische Mensch einer neuen und glücklicheren Rasse den Weg

ebnen wird“ (Leo Trotzki: Kopenhagener Rede. In: Leo Trotzki. Denksatz. Herausgegeben von Novack und Dahmer. Wien 2010, S. 430). Aber weder der proletarische l'homme machine, noch die um die Gesetzmäßigkeiten der Geschichte angeblich wissende „Partei des Proletariats“ und auch nicht die in der „Retorte“ harmonisierte Menschenrasse können etwas zur Bewältigung unserer Situation beitragen. Im Gegenteil: Alle diese Konzepte sind genauso „produktivistisch“ orientiert wie der Kapitalismus und spannen zudem die Menschen auf das Prokrustesbett ihrer Geschichtsvisionen, die sich als Verblendungen erwiesen haben. Es geht darum, die Idee des Kommunismus gegen sie zurückzugewinnen. Ich schlage vor, Saitos Vorstellungen über den „Degrowth-Kommunismus“ in diesem Sinn zu lesen. Sie schlagen den Pflöck grosso modo an der richtigen Stelle ein.

### 3. „Degrowth-Kommunismus“

Was bedeutet „Degrowth-Kommunismus“? Er bedeutet eine „Neudefinition des Überflusses“ (S. 171). „Wollen wir dem Kapitalismus ... wirklich entgegentreten, braucht es eine Neudefinition des Überflusses, die mit dem Konsumismus des Kapitalismus nicht vereinbar ist“. Um überleben zu können, „sollten wir unsere Hoffnungen nicht in eine exponentielle technologische Entwicklung setzen, sondern unser Leben als solches verändern und darin neue Formen des Überflusses finden. Wir sollten Überfluss folglich nicht mehr mit Wirtschaftswachstum assoziieren, ...“ (ibid.) Und: „... der Weg zur Wiederherstellung des Überflusses führt über die Rekonstruktion der Commons. Sie sind das Instrument, das den Kapitalismus überwinden und den radikalen Überfluss im 21. Jahrhundert verwirklichen wird“ (S. 192). Was ist „radikaler Überfluss“? „Überfluss“, der dann den Menschen zur Verfügung steht, wenn sie dem Kapitalismus an die Wurzeln gehen. Wann gehen sie ihm an die Wurzeln? Wenn sie mit dem „Mangel“ Schluss machen, den der Kapitalismus benötigt, um die Menschen an sich zu ketten. Welchen Mangel? Den „Mangel“ an den „Commons“, also den „Mangel“ an gemeinschaftlich produzierten, organisierten und genutzten Gütern, mithin den „Mangel“ an gemeinschaftlich geteiltem und verwaltetem Reichtum. Wodurch entstand dieser „Mangel“? Durch die „ursprüngliche Akkumulation des Kapitals“ mittels der Inbesitznahme der materiellen und natürlichen Produktionsbedingungen der Bauern durch die gewaltsame Enteignung des Gemeinbesitzes. Was war das Resultat? Die massenhafte Vertreibung der Bauern von ihrem Grund und Boden und ihre Verwandlung in

Lohnsklaven. Der so entstandene „Mangel“ an gemeinschaftlich geteiltem und verwaltetem Reichtum besteht bis heute und wird vom Kapital durch seine Verfügung über die Lebensgrundlagen der Lohnabhängigen – Nahrung, Wohnung, Elektrizität, Wasser, Bildung, medizinische Versorgung etc. – aufrechterhalten. Mit diesem Mangel muss „radikal“ gebrochen werden. Es geht jetzt darum, die „Verwaltung der Commons“ in die eigene Hand zu nehmen. „Wasser kann von Gemeinden, Energie und landwirtschaftliche Anbauflächen von Bürgern verwaltet werden. Für Sharing-Economy-Modelle reicht eine App, die von den Nutzern gemeinsam betrieben wird, wodurch mit dem Einsatz von IT-Technologien eine ‚gemeinschaftliche‘ Plattform erschaffen wird. Je mehr radikaler Überfluss ... wiederhergestellt wird, desto kleiner wird die kommerzialisierte Sphäre. Dadurch sinkt das BIP, wir haben Degrowth. Diese Entwicklung heißt aber nicht, dass die Menschen ärmer werden. Vielmehr führt der dadurch wachsende Bereich der Sachleistungen sowie die Ausweitung einer Sphäre, in der Abhängigkeit von Geld nicht im Zentrum steht, zu einer allmählichen Befreiung vom konstanten Arbeitsdruck. Im Gegenzug hätten die Menschen dann mehr Freizeit“ (S. 199), oder anders gesagt: ein reicheres Leben. Kommunismus bedeutet somit, sich die „Commons“ zurückzuholen.

#### 4. Kommune und „soziale Ökologie“

Dass das nicht so einfach geht, liegt auf der Hand. Denn sich die „Commons“ zurückzuholen erfordert erstens den revolutionären Bruch mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Und es erfordert zweitens die Neuorganisation des Zusammenlebens und ineins damit eine grundlegende Änderung der Natur-Mensch-Beziehung. Dafür möchte ich von Bookchin den Begriff der „sozialen Ökologie“ (z. B. in Murray Bookchin: Die nächste Revolution. Libertärer Kommunalismus und die Zukunft der Linken. London und Münster 2015) übernehmen und mit der Zielrichtung der Rückgewinnung der kommunistischen Idee benutzen. Ich werde allerdings aus Platzgründen nur kurz und sehr abstrakt argumentieren können. Wie verstehe ich „soziale Ökologie“? Als eine Form der Organisation des gesellschaftlichen Produktionsprozesses und des menschlichen Zusammenlebens, welche den Stoffwechsel mit der Natur nach rationalen und zugleich humanen Maßstäben reguliert. Welche gesellschaftliche Organisationsform wird dazu benötigt? Die Kommune. Ich fasse die Kommune nicht nur als die endlich gefundene politische Form der revolutionären Befreiung der Arbeit

auf, sondern zugleich als die sozialökologische Form des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses. Die kommunale Organisation von Arbeit und Leben macht somit den Kern der sozialistischen Produktionsverhältnisse aus. Sie ist ohne die Arbeiterselbstverwaltung der industriellen Betriebe nicht möglich, fügt aber die industrielle Produktion so weit als möglich in die Lebensverhältnisse ein, sodass sie mit einer intakten und nachhaltigen Naturbeziehung kompatibel ist. Das erfordert örtliche, regionale und auch überregionale Planungsprozesse, die dem Prinzip eines radikaldemokratischen „Konföderalismus“ (Bookchin) aufrufen. Insgesamt wird das eine Revolutionierung des gesamtgesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses bedeuten, die nichts bei dem belassen kann, wie es unter der Bedingung der Hegemonie des Kapitals abläuft. Das hat sich Saito strategisch nicht klargemacht. Bei der Forderung nach „Degrowth“ wird es nicht bleiben können.

1 Kohei Saito: *Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus*, München (dtv) 2023



# EIN PLÄDOYER FÜR DEN UNIVERSALISMUS

Im August 2023 erschien im Hanser Verlag das Buch „Links ≠ Woke“ von Susan Neiman<sup>1</sup>

■ **Jakob Schäfer**

Im Klappentext heißt es: „Ist woke das neue links oder hat sich die woke Linke ausgerechnet von den Überzeugungen losgesagt, die linkes Denken im Kern ausmachen? Ein flammender, eindringlicher Aufruf von einer der engagiertesten Denkerinnen unserer Zeit: Lasst uns nicht die Ideale über Bord werfen, die wir brauchen, um dem weltweiten Rechtsruck entgegenzuwirken.“

Zur Bedeutung von „woke“ schreibt Wikipedia: „Woke [...] (engl. für ‚aufgewacht, wach; aufmerksam, wachsam‘) ist ein im afroamerikanischen Englisch in den 1930er Jahren entstandener Ausdruck, der ein ‚wachsam‘ Bewusstsein für mangelnde soziale Gerechtigkeit und Rassismus beschreibt. Im Zuge der durch die Erschießung des 18-jährigen Afroamerikaners Michael Brown 2014 in Ferguson im US-amerikanischen Bundesstaat Missouri ausgelösten Proteste gelangte der Begriff zu weiter Verbreitung, unter anderem in den Reihen der Black-Lives-Matter-Bewegung. In diesem Kontext entwickelt sich auch der abgeleitete Ausdruck stay woke als Warnung vor Polizeiübergriffen und ganz allgemein als Aufruf, sensibler und entschlossener auf systembedingte Benachteiligung zu reagieren.“

Um auf die besondere Schutzbedürftigkeit einer Person in einer bestimmten historischen Lage und gesellschaftlichen Konfliktsituation hinzuweisen, hatte der Begriff „woke“ eine konkrete Funktion der Hilfestellung für unterdrückte Bevölkerungsgruppen. Doch die Orientierung auf das Identitäre ist nicht per se und in jedem Zusammenhang ein fortschrittliches Konzept. Schlimmer noch: Der Begriff wird inzwischen von der Gegenseite genutzt. „Von Ron DeSantis bis Rishi Sunak und Éric Zemmour

ist woke zu einem Schlachtruf geworden, der zum Kampf gegen alle Antirassisten aufruft, ähnlich wie der Begriff Identitätspolitik ein paar Jahre früher umgekrempelt wurde.“ (Neiman: 10)

Heute steht die Betonung des Besonderen, des Andersartigen im Vordergrund. Neiman ordnet die Bedeutung des Woke-Konzepts in die geschichtliche Entwicklung und in den internationalen Zusammenhang ein. Was in einem bestimmten Kontext einen emanzipatorischen Anspruch hat, muss ihn in einer anderen gesellschaftlichen Konstellation nicht zwangsläufig behalten.

Neiman macht deutlich, dass „Opfer sein“ per se noch keine Tugend ist. Wer Opfer ist, hat nicht automatisch die richtige Sicht auf mögliche Lösungen oder auf Fortschritte. Aus der Opferperspektive heraus entwickeln aber so manche der Betroffenen die Legitimität ihrer eigenen Position. Genau diese falsche Sicht wird mit der Verbreitung des modernen Woke-Konzepts verstärkt. Opfer sollten Empathie hervorrufen, nicht aber die Unterwerfung unter die politischen oder moralischen Positionen des Opfers.

## Universalismus contra Stammesdenken

Eine Umdeutung der Identitätspolitik und des Konzepts Woke ist kein Ergebnis nur „innerlinker“ Debatten. „Die Verschiebung nach rechts findet international statt und ist gut organisiert. In Bangalore, Budapest und anderswo kommen rechte Nationalisten regelmäßig zusammen, um sich gegenseitig zu unterstützen und Strategien abzusprechen, auch wenn jede Nation dabei ihre Zivilisation für die höhere hält. Die Solidarität unter den Rechten zeigt, dass nationalistische Überzeugungen nur am Rande auf der Idee fußen, Ungarn/Norweger/Juden/Deutsche/Angelsachsen/Hindus seien der beste aller möglichen Stämme. Was sie eint, ist vielmehr das Prinzip des Stammesdenkens selbst: Echte Verbindungen entstehen nur zwischen Menschen gleicher Stämme, folglich haben wir keine tiefen Verpflichtungen gegenüber den anderen.“ (Neiman: 9 f.)

Fatal ist, dass so manche Linke sich nicht der Fallstricke des Woke-Konzepts im Klaren sind. „Von links steht der Universalismus unter Beschuss, weil er mit einem falschen Universalismus in einen Topf geworfen wird: dem Versuch, im Namen einer abstrakten Menschheit anderen Kulturen etwas überzustülpen, von dem sich herausstellt, dass es bloß die Interessen einer vorherrschenden Kultur spiegelt.“ (Neiman: 31 f.)

So vertreten die Anhänger dieses Konzepts eine Orientierung der Absonderung und der Betonung des Besonderen jeder nur denkbaren Bevölkerungsgruppe. Menschen also, mit denen wir als Linke wichtige Ziele teilen, können sich nicht mehr in einen gemeinsamen Kampf begeben, weil für sie die Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen bedeutender sind als die gemeinsame Sache. So tritt das „Stammesdenken“ (Neiman) – besser: der Partikularismus – an die Stelle des Universalismus.

Nicht selten wird der Universalismus inzwischen von linker Seite angegriffen, weil er angeblich im Namen einer abstrakten Menschheit anderen Kulturen etwas vorschreiben will. Neiman dazu: „Mittlerweile ist es zum Credo geworden, dass der Universalismus ebenso wie jede andere Idee der Aufklärung ein Taschenspielertrick ist, mit dem die eurozentrischen, kolonialistischen Ansichten verschleiert werden sollten. [... Diese These] stellt die Aufklärung auf den Kopf. Es waren schließlich die Aufklärer, welche die Kritik am Eurozentrismus erfanden und den Kolonialismus als Erste verurteilten – und dies taten sie auf der Grundlage universalistischer Ideen. Um das zu erkennen, muss man keine der schwierigeren Schriften der Aufklärung lesen: Eine Taschenbuchausgabe des *Candide* genügt da vollkommen.“ (Neiman: 41)

Zur Verteidigung des Universalismus zitiert Neiman Amilcar Cabral: „Alle Kulturen bestehen aus wesentlichen und zweitrangigen Elementen, sie haben ihre Stärken und Schwächen, ihre Tugenden und Mängel, Faktoren, die sie weiterbringen, hemmen oder Rückschritte machen lassen.“<sup>2</sup> Und Neiman fügt an: „Statt jeden Kulturbegriff zu verwerfen, der im Verdacht steht, aus Europa zu stammen, tritt Cabral dafür ein, aus anderen Kulturen das zu übernehmen, was seiner Natur nach universell ist, so dass wir weiterhin mit den zahllosen Möglichkeiten der Menschheit wachsen.“<sup>3</sup>

Es ist erfrischend, wie Neiman die geistige Verwirrung aufdeckt und ein flammendes Plädoyer für die Aufklärung und den Universalismus hält. Neiman hält sehr berechtigt auch an der Leitlinie Gerechtigkeit fest. Hier steht sie in scharfem Gegensatz zu wesentlichen Positionen Fou-

caults.<sup>4</sup> Dieser französische Philosoph – gerade bei Anhängern des Woke-Konzepts stark en vogue – findet die Zielvorstellung der Gerechtigkeit irreführend. Foucault kann dem Humanismus nichts abgewinnen. Dass sein defätistisches und anti-aufklärerisches Denken bei den Anhängern des Woke-Konzepts so viel Anklang findet, sollte uns wachsam machen.

Wer nicht der Spaltung der Unterdrückten und der Demoralisierung das Wort reden will, sollte den Universalismus verteidigen und für den gemeinsamen Kampf der Unterdrückten und Ausgebeuteten eintreten. Hierfür ist das Buch von Neiman eine große Hilfe. Eine Lücke sollte dennoch genannt werden: Neiman erklärt zu Recht die Bedeutung des Universalismus, aber sie hätte die konkreten Auswirkungen an ein paar handfesten Beispielen erläutern können. Dann hätte das Buch noch mehr Überzeugungskraft.

**1** Susan Neiman: *Links ≠ Woke*, Berlin (Hanser), 2023. Das Buch hat 175 Seiten und kostet 22 €.

**2** Amilcar Cabral: „National Liberation and Culture“, in: Patrick Williams and Laura Chrisman (Hg.), *Colonial Discourse and Postcolonial Theory*, New York 1994 (hier zitiert nach Neiman: 65)

**3** Cabralista (Film) zitiert nach Neiman: 65

**4** Sie bezieht sich vor allem auf ein Gespräch zwischen Foucault und Noam Chomsky im niederländischen Fernsehen 1971, als Buch in Foucault/Chomsky: *Macht und Gerechtigkeit*. Freiburg 2008.



# UNTERSTÜTZUNG DER PAKISTANISCHEN ONLINE- ZEITUNG *JEDDOJEHAD*

Seit dem 22. April 2019 erscheint die elektronische Tageszeitung *Jeddojehad* (Kampf). In den letzten vier Jahren hat sich diese kleine, aber wichtige Initiative zur sichtbarsten und lautesten Stimme des Sozialismus in Pakistan entwickelt. Gelegentlich sind Nachrichten, die zuerst auf *Jeddojehad* zu lesen waren, in *Mainstream-Veröffentlichungen* gelangt – ein Beweis dafür, wie wichtig solch ein Medienprojekt werden kann.

Der Start von *Jeddojehad* an diesem Tag war kein Zufall: Die Entscheidung für den 22. April war ein Bekenntnis zu dem Engagement der Redaktion; es war eine bewusste Entscheidung, die Pionierausgabe am 149. Geburtstag von Wladimir Iljitsch Lenin zu veröffentlichen.

Diese Symbolik ist für das Projekt sehr konkret und wichtig:

- Es geht um eine Identifikationsmöglichkeit für ein breites Spektrum der pakistanischen Linken, alle Strömungen sind mit Beiträgen willkommen, nur gegenseitige Angriffe werden nicht publiziert.
- Das Selbstbestimmungsrecht – insbesondere für Jammu und Kaschmir – und eine konsequent antikolonialistische Bewusstseinsbildungsarbeit nehmen einen wichtigen Stellenwert ein.

Für das *Jeddojehad*-Team ist es ein großer Erfolg, dass es seine Publikation seither regelmäßig erscheinen lassen kann. Das ist einer engagierten Gruppe von Mitstreiter:innen zu verdanken, die aus einem verantwortlichen Redakteur, zwei weiteren Hauptamtlichen und einer Reihe von Freiwilligen besteht. Die monatlichen Ausgaben für die Gehälter belaufen sich auf rund 100 000 Rupien (etwa 500 US-Dollar).

Im *Jeddojehad*-Team arbeiten Mitglieder verschiedener Strömungen der pakistanischen Linken, die Publikation ist bewusst nicht als „Parteiorgan“ konzipiert. Sie leistet einen wichtigen Beitrag zu den laufenden und von ersten

Erfolgen gekrönten Bemühungen zum (Wieder-)Aufbau von sozialistischen politischen Strukturen mit Massenbasis unter den Unterdrückten.

*Jeddojehad* berichtet in der pakistanischen Nationalsprache Urdu täglich über Themen wie gewerkschaftliche Kämpfe, Klima, Feminismus, pakistanische und globale Linke, Kunst und Kultur, aktuelle Themen, auch über Afghanistan, Kaschmir oder Palästina.

Die Redaktion möchte das Team erweitern und *Jeddojehad* an pakistanischen Universitäten, Arbeitsplätzen usw. noch mehr bekannt machen. Dafür bittet sie um finanzielle Unterstützung.

Einige Unterstützungsgruppen in Schweden, dem Vereinigten Königreich, den USA und auch in Pakistan selber sammeln bereits kontinuierlich Spenden für *Jeddojehad*.

In Deutschland können Spenden, die an das Team von *Jeddojehad* weitergeleitet werden, auf dieses Konto eingezahlt werden

Christiaan Boissevain

ING-DiBa

IBAN DE87 5001 0517 5426 9968 24

BIC INGDDEFFXXX

Bitte unbedingt das Stichwort „Pakistan“ angeben. Sowohl Einzelspenden als auch Daueraufträge sind willkommen.

Wer sich einen Eindruck verschaffen möchte, schaue auf diese Webseite: [www.jeddojehad.com](http://www.jeddojehad.com).



## REGISTER 2023

### REGISTER NACH LÄNDERN

Titel	Autor:in	Heft	Seite
<b>Afrika</b>			
Der Hinterhof wird immer kleiner	Paul Martial	6/2023	35
<b>Belgien</b>			
Folgen der Desintegration	Paul Van Pelt	2/2023	12
<b>Brasilien</b>			
Was folgt auf Lulas Sieg?	Israel Dutra	1/2023	54
Lulas Gratwanderung	Gabriella Lima	3/2023	50
Ein Schuss vor den Bug der Klassenkollaboration	Nationales Sekretariat der MES	5/2023	55
<b>Chile</b>			
Salvador Allende – Rücktritt oder Selbstmord	Franck Gaudichaud	6/2023	25
Ein revolutionäres Experiment	Franck Gaudichaud	6/2023	29
<b>China</b>			
Eine politische Konterrevolution	Pierre Rousset	1/2023	50
<b>Frankreich</b>			
Gewerkschaften in Frankreich	Léon Crémieux	2/2023	20
Streiken und gegen Macron gewinnen	Nationales Politisches Komitee der NPA	3/2023	22
413 Milliarden für die militaristische Flucht nach vorn	Claude Serfati (Interview)	5/2023	46
Der autoritäre Staat auf dem Vormarsch	Mathieu Rigouste (Interview)	5/2023	52
<b>Griechenland</b>			
Ursachen und Folgen eines Zugunglücks	Antonis Ntavanellos	3/2023	46
VIO.ME – Vom Betriebskampf zum politischen Projekt	Hans Bürger	4/2023	22
<b>Großbritannien</b>			
Streikwelle in Großbritannien weitet sich aus	Terry Conway	2/2023	15
<b>Iran</b>			
Das Besondere an den aktuellen Protesten im Iran	Amir Kianpour (Interview)	1/2023	43
Der Aufstand hat eine revolutionäre Dynamik entwickelt	Peyman Jafari	2/2023	55
Frau, Leben, Freiheit	Internationaler Aufruf	2/2023	58
Islamische Republik Iran: kapitalistisch-theokratisch-patriarchalisch	Babak Kia	2/2023	60
Die Frau und der Aufstand im Iran	Houshang Sepehr	4/2023	35
<b>Israel</b>			
Wenn die Hüllen fallen	Jonathan Cook	1/2023	46
Dreißig Jahre nach Oslo	Edouard Soulier	6/2023	39
Palästina: Kein Thema bei den Protesten	Sami Abu Shehade (Interview)	6/2023	42
Heuchelei und falsche Komplizenschaft	Fabrizio Burattini	6/2023	45
Stoppt den Völkermord	Jewish Voice for Peace	6/2023	49
Es droht eine Verschärfung der ethnischen Säuberung	Daniel Berger	6/2023	50
Zionismus und palästinensische Befreiungsbewegung	Jakob Taut	6/2023	53
Position der IV. Internationale zur Palästina-Frage		6/2023	60
<b>Italien</b>			
Für Vaterland und Kapital	Franco Turigliatto	1/2023	38
Ein Schatten ihrer selbst	Franco Turigliatto	2/2023	24
Keine Träne für den „Cavaliere“	Eliana Como	4/2023	62
<b>Myanmar</b>			
Der vergessene Krieg	Pierre Rousset	3/2023	31
<b>Niederlande</b>			
Neue sozialistische Organisation entsteht	Alex de Jong	1/2023	40
<b>Palästina</b>			
Wider die deutsche Staatsräson	Koordination der ISO	4/2023	25
Dschenin – das Bemühen um Widerstandsfähigkeit	Abdaljawad Omar	5/2023	58
Dreißig Jahre nach Oslo	Edouard Soulier	6/2023	39
Heuchelei und falsche Komplizenschaft	Fabrizio Burattini	6/2023	45
Stoppt den Völkermord	Jewish Voice for Peace	6/2023	49
Es droht eine Verschärfung der ethnischen Säuberung	Daniel Berger	6/2023	50
Zionismus und palästinensische Befreiungsbewegung	Jakob Taut	6/2023	53
Position der IV. Internationale zur Palästina-Frage		6/2023	60
<b>Peru</b>			
Unterstützen wir den Volksaufstand in Peru!	Israel Dutra	2/2023	53
<b>Portugal</b>			
Die Sozialdemokratie im Gegenwind	Jorge Costa	3/2023	28
<b>Sudan</b>			
Weder Sieger noch Besiegte	Luiza Toscani	3/2023	37
Was wird aus dem Sudan angesichts des Machtkampfs der Generäle	Ali Taha	4/2023	28
Was steckt hinter dem Kampf der Generäle?	Qiddam	4/2023	31
<b>Taiwan</b>			
Ein rechtmäßiger Platz für Taiwan	Au Loong-Yu	4/2023	50
<b>Tunesien</b>			
Ahlem Belhadj (1964–2023)	Gilbert Achcar	3/2023	63
<b>Ukraine</b>			
Spendenaufruf Humanitäre Hilfe für ukrainische Gewerkschaften		3/2023	62
Von Lissabon nach Krywyj Rih	Jurij Samoil (Interview)	5/2023	41
Keine Streubomben – auch nicht für die Ukraine	Fred Leplat	5/2023	44

### REGISTER NACH THEMEN (AUSWAHL)

Titel	Autor:in	Heft	Seite
<b>AfD</b>			
Gegen Rechts hilft nur Links	Thies Gleiss	5/2023	3
<b>Bankenkrise</b>			
Welchen Charakter hat die neue Finanzkrise?	Guenther Sandleben	3/2023	6
Banken auf der Kippe? Ursprung, Natur und Verlauf der Krise	Michael Roberts (Interview)	3/2023	12
<b>Buchbesprechung</b>			
Gemeinsamkeiten zwischen Gesellschafts- und Psychoanalyse	Jakob Schäfer	1/2023	61
Emanzipation und Alltagsleben	Friedrich Voßkuhler	3/2023	59
Die „Linke Opposition“ in Deutschland	Helmut Dahmer	4/2023	58
<b>Energie</b>			
Energiekrise in Europa und die Lage in Frankreich	Ökologiekommision der NPA	2/2023	3
Marokkanische Energiewirtschaft	Jawad Moustakbal	2/2023	9

**Ernest Mandel**

Zum 100. Geburtstag von Ernest Mandel	Manuel Kellner	4/2023	11
Ernest Mandel – das Jahr '68 ... ein paar Denkanstöße	Pierre Rousset	4/2023	14

**Faschismus**

Auf dem Weg zu Brauner Internationale?	Giorgos Mitralias	1/2023	24
100 Jahre „Faschismus“: 1922–2022	Helmut Dahmer	1/2023	33
Einheitsfront gegen Faschismus?	W. A.	2/2023	47
Globaler Postfaschismus und der Krieg in der Ukraine	Enzo Traverso (Interview)	5/2023	19

**Festung Europa**

Das EU-Grenzregime – Abschottung statt Asylsystem	Inge Höger	6/2023	9
Festung Europa	Galia Trépère	6/2023	13
Die EU-Politik vermehrt die Fluchtursachen	Jakob Schäfer	6/2023	15

**Gewerkschaften**

Gewerkschaften in Europa heute – Dossier	Daniel Berger	2/2023	11
Folgen der Desintegration	Paul Van Pelt	2/2023	12
Streikwelle in Großbritannien weitet sich aus	Terry Conway	2/2023	15
Gewerkschaften in Frankreich	Léon Crémieux	2/2023	20
Ein Schatten ihrer selbst	Franco Turigliatto	2/2023	24
Systemkonforme Gewerkschaften?	Ernest Mandel	2/2023	28
Betriebsräte im Visier	H. N.	5/2023	66
Gewerkschaftslinker teilweise erfolgreich	Helmut Born	6/2023	3

**Heißer Herbst**

Generalstreik am 9. November in Belgien	Mateo Alaluf	1/2023	13
„Heißer Herbst“ in Deutschland	Daniel Berger	1/2023	15

**Inflation**

Verteidigung der Kaufkraft	Ernest Mandel	1/2023	3
Mobilisieren wir gegen den Anstieg der Lebenshaltungskosten!	Europäische Sektionen der Vierten Internationale	1/2023	10

**Livio Maitan**

Konferenz in Rom Zur Erinnerung an Livio Maitan	Diego Giachetti	2/2023	62
Das 20. Jahrhundert von Livio Maitan	Enzo Traverso	3/2023	54

**Nachruf**

Ahlem Belhadj (1964–2023)	Gilbert Achcar	3/2023	63
Redmole meldet sich nicht mehr auf Winfried „Winnie“ Wolf	Ein Nachruf W. A.	4/2023	56
Gedenken an Marjike	Daniel Tanuro	4/2023	59
Nachruf auf Esteban Volkov (1926–2023)	Büro der Vierten Internationale	5/2023	61
Ángel Hugo Blanco Galdós ¡Presente!	Büro der Vierten Internationale	5/2023	63

**NATO**

NATO auf Expansionskurs	Galia Trépère	5/2023	37
-------------------------	---------------	--------	----

**Ökologie**

Sozial-ökologische Transformationskonflikte	Jakob Schäfer	3/2023	17
Ökosozialistische Konferenz der ISO		3/2023	64
Wie können die Städte klimaneutral geheizt werden?	Klaus Meier	4/2023	7

**Ökonomie**

Ein Krieg mit anderen Mitteln	Claude Serfati	2/2023	37
Der Kapitalismus am Anschlag	Eric Toussaint (Intv.)	5/2023	26
Zum Verhältnis von Lebenshaltungskosten und Profiten	Michael Roberts	5/2023	29
Asset-Management-Unternehmen	Brett Christophers (Interview)	5/2023	32
Ökologischer Umbau der Autoindustrie erforderlich	Klaus Meier	6/2023	5

Money Makes the World Go Round	Dharna Noor	6/2023	19
--------------------------------	-------------	--------	----

**Ökosozialismus**

Neun Thesen zu ökosozialistischem Degrowth	Michael Löwy	6/2023	21
--	--------------	--------	----

**Oktober 1923**

Auf Messers Schneide? Die Ruhrbesetzung 1923	Pierre Frank	1/2023	27
Oktober 1923 – Dossier		5/2023	6
Hat es 1923 in Deutschland eine revolutionäre Situation gegeben?	Pierre Frank	5/2023	7
Der Hamburger Aufstand und die Thälmann-Erich Wollenberg Legende		5/2023	14

**Soziale Bewegungen**

Zwischen Krise und Herausforderungen der Zukunft	der Julia Cámara	3/2023	40
--	------------------	--------	----

**Tarifpolitik**

Die zwei Teile von Tarifpolitik	Thies Gleiss	4/2023	3
---------------------------------	--------------	--------	---

**Tariffrunden 2023**

Hohe Erwartungen und hohe Streikbereitschaft	Helmut Born	3/2023	3
Keine falsche Hoffnung auf die Schlichtung!	Streikende aus Leipzig	3/2023	5

**Theorie**

Drei Wege zum Sozialismus?	Gonzalo Bárcena	1/2023	17
----------------------------	-----------------	--------	----

**REGISTER NACH AUTOR:INNEN**

Titel	Land/Thema	Heft	Seite
<b>W. A.</b>			
Einheitsfront gegen Faschismus?	Faschismus	2/2023	47
Redmole meldet sich nicht mehr auf Winfried „Winnie“ Wolf (4. März 1949 – 22. Mai 2023)	Ein Nachruf	4/2023	56
<b>Gilbert Achcar</b>			
Ahlem Belhadj (1964–2023)	Nachruf, Tunesien	3/2023	63
<b>Mateo Alaluf</b>			
Generalstreik am 9. November in Belgien	Heißer Herbst	1/2023	13
<b>Internationaler Aufruf</b>			
Frau, Leben, Freiheit	Iran	2/2023	58
<b>Au Loong-Yu</b>			
Ein rechtmäßiger Platz für Taiwan	Taiwan	4/2023	50
<b>Gonzalo Bárcena</b>			
Drei Wege zum Sozialismus?	Theorie	1/2023	17
<b>Daniel Berger</b>			
„Heißer Herbst“ in Deutschland	Heißer Herbst	1/2023	15
Gewerkschaften in Europa heute – Dossier	Gewerkschaften	2/2023	11
Es droht eine Verschärfung der ethnischen Säuberung	Israel, Palästina	6/2023	50
<b>Helmut Born</b>			
Hohe Erwartungen und hohe Streikbereitschaft	Tariffrunden 2023	3/2023	3
Gewerkschaftslinker teilweise erfolgreich	Gewerkschaften	6/2023	3
<b>Fabrizio Burattini</b>			
Heuchelei und falsche Komplizenschaft	Israel, Palästina	6/2023	45
<b>Hans Bürger</b>			
VIO.ME – Vom Betriebskampf zum politischen Projekt	Griechenland	4/2023	22



<b>Julia Cámara</b> Zwischen Krise und Herausforderungen der Soziale Bewegungen Zukunft		3/2023	40	<b>Amir Kianpour</b> Das Besondere an den aktuellen Protesten im Iran Iran		1/2023	43
<b>Brett Christophers</b> Asset-Management-Unternehmen	Ökonomie	5/2023	32	<b>Streikende aus Leipzig</b> Keine falsche Hoffnung auf die Schlichtung!	Tarifrunden 2023	3/2023	5
<b>Eliana Como</b> Keine Träne für den „Cavaliere“	Italien	4/2023	62	<b>Fred Leplat</b> Keine Streubomben – auch nicht für die Ukraine	Ukraine	5/2023	44
<b>Terry Conway</b> Streikwelle in Großbritannien weitet sich aus	Gewerkschaften, Großbritannien	2/2023	15	<b>Gabriella Lima</b> Lulas Gratwanderung	Brasilien	3/2023	50
<b>Jonathan Cook</b> Wenn die Hüllen fallen	Israel	1/2023	46	<b>Michael Löwy</b> Neun Thesen zu ökosozialistischem Degrowth	Ökosozialismus	6/2023	21
<b>Jorge Costa</b> Die Sozialdemokratie im Gegenwind	Portugal	3/2023	28	<b>Ernest Mandel</b> Verteidigung der Kaufkraft Systemkonforme Gewerkschaften?	Inflation Gewerkschaften	1/2023 2/2023	3 28
<b>Léon Crémieux</b> Gewerkschaften in Frankreich	Gewerkschaften, Frankreich	2/2023	20	<b>Paul Martial</b> Der Hinterhof wird immer kleiner	Afrika	6/2023	35
<b>Helmut Dahmer</b> 100 Jahre „Faschismus“: 1922–2022 Die „Linke Opposition“ in Deutschland	Faschismus Buchbesprechung	1/2023 4/2023	33 58	<b>Klaus Meier</b> Wie können die Städte klimaneutral geheizt werden? Ökologischer Umbau der Autoindustrie erforderlich	Ökologie Ökonomie	4/2023 6/2023	7 5
<b>Israel Dutra</b> Was folgt auf Lulas Sieg? Unterstützen wir den Volksaufstand in Peru!	Brasilien Peru	1/2023 2/2023	54 53	<b>Nationales Sekretariat der MES</b> Ein Schuss vor den Bug der Klassenkollaboration	Brasilien	5/2023	55
<b>Pierre Frank</b> Auf Messers Schneide? Die Ruhrbesetzung Oktober 1923 1923 Hat es 1923 in Deutschland eine revolutionäre Oktober 1923 Situation gegeben?		1/2023 5/2023	27 7	<b>Giorgos Mitralias</b> Auf dem Weg zu Brauner Internationale?	Faschismus	1/2023	24
<b>Franck Gaudichaud</b> Salvador Allende – Rücktritt oder Selbstmord Ein revolutionäres Experiment	Chile Chile	6/2023 6/2023	25 29	<b>Jawad Moustakbal</b> Marokkanische Energiewirtschaft	Energie	2/2023	9
<b>Diego Giachetti</b> Konferenz in Rom. Zur Erinnerung an Livio Livio Maitan Maitan		2/2023	62	<b>H. N.</b> Betriebsräte im Visier	Gewerkschaften	5/2023	66
<b>Thies Gleiss</b> Die zwei Teile von Tarifpolitik Gegen Rechts hilft nur Links	Tarifpolitik AfD	4/2023 5/2023	3 3	<b>Dharna Noor</b> Money Makes the World Go Round	Ökonomie	6/2023	19
<b>Inge Höger</b> Das EU-Grenzregime – Abschottung statt Asyl- system		6/2023	9	<b>Ökologiekommission der NPA</b> Energiekrise in Europa und die Lage in Frank- reich	Energie	2/2023	3
<b>Koordination der ISO</b> Wider die deutsche Staatsräson	Palästina	4/2023	25	<b>Nationales Politisches Komitee der NPA</b> Streiken und gegen Macron gewinnen	Frankreich	3/2023	22
<b>Peyman Jafari</b> Der Aufstand hat eine revolutionäre Dynamik entwickelt		2/2023	55	<b>Antonis Ntavanellos</b> Ursachen und Folgen eines Zugunglücks	Griechenland	3/2023	46
<b>Alex de Jong</b> Neue sozialistische Organisation entsteht	Niederlande	1/2023	40	<b>Abdaljawad Omar</b> Dschenin – das Bemühen um Widerstandsfä- higkeit	Palästina	5/2023	58
<b>Manuel Kellner</b> Zum 100. Geburtstag von Ernest Mandel	Ernest Mandel	4/2023	11	<b>Paul Van Pelt</b> Folgen der Desintegration	Gewerkschaften, Belgien	2/2023	12
<b>Babak Kia</b> Islamische Republik Iran: kapitalistisch-theo- kratisch-patriarchalisch		2/2023	60	<b>Qiddam</b> Was steckt hinter dem Kampf der Generäle?	Sudan	4/2023	31
				<b>Mathieu Rigouste</b> Der autoritäre Staat auf dem Vormarsch	Frankreich	5/2023	52

<b>Michael Roberts</b>				Ángel Hugo Blanco Galdós ¡Presente!	Nachruf	5/2023	63
Banken auf der Kippe? Ursprung, Natur und Bankenkrise		3/2023	12				
Verlauf der Krise							
Zum Verhältnis von Lebenshaltungskosten und Ökonomie		5/2023	29	<b>Europäische Sektionen der Vierten Internationale</b>			
Profiten				Mobilisieren wir gegen den Anstieg der Lebens- Inflation		1/2023	10
				haltungskosten!			
<b>Pierre Rousset</b>				<b>Jewish Voice for Peace</b>			
Eine politische Konterrevolution	China	1/2023	50	Stoppt den Völkermord	Israel, Palästina	6/2023	49
Der vergessene Krieg	Myanmar	3/2023	31				
Ernest Mandel – das Jahr '68 ... ein paar Denk- anstöße	Ernest Mandel	4/2023	14	<b>Friedrich Voßkuhler</b>			
				Emanzipation und Alltagsleben	Buchbesprechung	3/2023	59
<b>Jurij Samoil</b>				<b>Erich Wollenberg</b>			
Von Lissabon nach Krywyj Rih	Ukraine	5/2023	41	Der Hamburger Aufstand und die Thälmann- Oktober 1923		5/2023	14
				Legende			
<b>Guenther Sandleben</b>							
Welchen Charakter hat die neue Finanzkrise?	Bankenkrise	3/2023	6				
<b>Jakob Schäfer</b>							
Gemeinsamkeiten zwischen Gesellschafts- und Psychoanalyse	Buchbesprechung	1/2023	61				
Sozial-ökologische Transformationskonflikte	Ökologie	3/2023	17				
Die EU-Politik vermehrt die Fluchtursachen	Festung Europa	6/2023	15				
<b>Houshang Sepehr</b>							
Die Frau und der Aufstand im Iran	Iran	4/2023	35				
<b>Claude Serfati</b>							
Ein Krieg mit anderen Mitteln	Ökonomie	2/2023	37				
413 Milliarden für die militaristische Flucht nach vorn	Frankreich	5/2023	46				
<b>Sami Abu Shehade</b>							
Palästina: Kein Thema bei den Protesten	Israel	6/2023	42				
<b>Edouard Soulier</b>							
Dreißig Jahre nach Oslo	Israel, Palästina	6/2023	39				
<b>Ali Taha</b>							
Was wird aus dem Sudan angesichts des Machtkampfs der Generäle		4/2023	28				
<b>Daniel Tanuro</b>							
Gedenken an Marijke	Nachruf	4/2023	59				
<b>Jakob Taut</b>							
Zionismus und palästinensische Befreiungsbewegung	Israel, Palästina	6/2023	53				
<b>Luiza Toscano</b>							
Weder Sieger noch Besiegte	Sudan	3/2023	37				
<b>Eric Toussaint</b>							
Der Kapitalismus am Anschlag	Ökonomie	5/2023	26				
<b>Enzo Traverso</b>							
Das 20. Jahrhundert von Livio Maitan	Livio Maitan	3/2023	54				
Globaler Postfaschismus und der Krieg in der Ukraine	Faschismus	5/2023	19				
<b>Galia Trépère</b>							
NATO auf Expansionskurs	NATO	5/2023	37				
Festung Europa	Festung Europa	6/2023	13				
<b>Franco Turigliatto</b>							
Für Vaterland und Kapital	Italien	1/2023	38				
Ein Schatten ihrer selbst	Gewerkschaften, Italien	2/2023	24				
<b>Büro der Vierten Internationale</b>							
Nachruf auf Esteban Volkov (1926–2023)	Nachruf	5/2023	61				